

Die Investitionssparkasse,

**eine Studie zum Problem der Investitionsfinanzierung
bei nicht emissionsfähigen Unternehmungen.**

Otto Mayer

Die Investitionssparkasse,
=====
eine Studie zum Problem der Investitionsfinanzierung
bei nicht emissionsfähigen Unternehmungen.

Inauguraldissertation zur Erlangung der Doktorwürde
einer hohen staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig - Maximilians - Universität
zu München



vorgelegt von Dipl.Kfm. Otto Mayer
1957

Die Investitionsgütertheorie
als Problem der Investitionsentscheidung
bei nicht rationalen Entscheidungen

Investitionsgütertheorie zur Klärung der Investitionsentscheidung
einer kleinen unternehmerischen Einheit
bei Investitions- und Finanzierungsmöglichkeiten
an München

Referent: Professor Dr. Otto H i n t n e r

Tag der mündlichen Prüfung: 26.2.1958.

Als Manuskript gedruckt - Alle Rechte vorbehalten

V o r w o r t

=====

Mit der Problematik der Kreditgewährung an gewerbliche Unternehmen hat sich in jüngster Zeit Herr Dr. Fritz Fink in seiner Arbeit "Dynamische Kreditbegebung" eingehend befasst. Vorliegende Arbeit versucht die Lösung der Gesamtproblematik auf eine völlig andere Weise.

Massgebend war hierbei die nach Meinung des Verfassers gegebene Vorrangigkeit der Beschaffung langfristiger Mittel gegenüber der Frage des mit gewerblichen Krediten verbundenen Risikos, das zudem durch die bestehenden Möglichkeiten zur Erlangung öffentlicher Bürgschaften im Bedarfsfalle weitgehend abgedeckt werden kann.

Meine Ausführungen gehen auf eine Anregung meines hochverehrten Chefs, Herrn Dr. Wilhelm Scheuermann, zurück. Verwendet habe ich in ihnen die in meiner Tätigkeit im langfristigen gewerblichen Kreditgeschäft gewonnenen praktischen Erfahrungen und nicht zuletzt die theoretischen Kenntnisse, die mir die Seminare meines hochverehrten Lehrers, Herrn Professor Dr. Otto Hintner, vermittelten.

An dieser Stelle sei allen jenen, die die Arbeit ermöglichen und förderten, insbesondere meinem hochgeschätzten Lehrer und seinem Assistenten, Herrn Dr. Gerhard Mann, mein verbindlicher Dank ausgesprochen.

München, im Advent 1957.

Otto Mayer

A	Seite
Abriss des Grundsätzlichen in der Investitionsfinanzierung:	2
1. Ideale Ausstattung mit langfristigem Kapital.	2
2. Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten auf Grund der Rechtsform und Grösse der Unternehmungen.	6
3. Möglichkeiten zur Bereitstellung langfristiger Kredite durch Organe des Kapitalmarktes.	10
B	
I. Kurzer Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit dem 2. Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der sich daraus entwickelnden Kapitalmarktverhältnisse.	18
1. Die heute bestehende Hochkonjunktur, ihre Grundlagen und ihre Auswirkungen.	18
2. Entwicklung des Kapitalmarktes in den vergangenen Jahren unter besonderer Berücksichtigung der festverzinslichen Börsenwerte.	22
3. Abriss der Entwicklung der nicht emissionsfähigen Betriebswirtschaften unter besonderer Berücksichtigung ihrer Kapitalversorgung.	29
a) Niedriger Jahresertrag und geringes Eigenkapital begründete hohen Bedarf an langfristigem Fremdkapital.	29
b) Unzureichende Fremdkapitalversorgung.	31
c) Die Finanzierung des Wiederaufbaues erfolgte notgedrungen mit kurzfristigen Krediten.	34
II. Folgerungen und Forderungen aus der vorbeschriebenen heutigen finanziellen Situation des gewerblichen Mittelstandes.	38
III. Beispiel einer Zwecksparkasse: Die deutsche Bausparkasse, ihre Entwicklung und heutige Leistungsfähigkeit.	41
IV. Vorschlag: Gründung einer Investitionssparkasse des gewerblichen Mittelstandes unter Zugrundelegung des Bausparsystems.	44

1. Grundsätzliches.	44
2. Wesentliche Einzelheiten.	48
a) Allgemeine Vertragsgrundlagen.	49
b) Absicherung des Investitionssparkassen- darlehens.	50
c) Zinssätze.	55
d) Tarifstruktur, Zuteilungsmodus.	56
e) Vertragsdauer; Laufzeit und Tilgungs- modus des Darlehens.	58
3. Steuerliche Behandlung der Sparbeiträge für Investitionssparverträge.	63
a) Steuerliche Begünstigung der an Bauspar- kassen geleisteten Sparzahlungen.	63
b) Grundsätzliches zur steuerlichen Begün- stigung von Investitionssparzahlungen.	64
c) Ausmass der steuerlichen Begünstigung von Investitionssparbeiträgen.	66
d) Durchführungsvorschläge.	71
e) Zusammenfassung.	74
V. Privatwirtschaftliche Vorteile für die mittel- ständische Betriebswirtschaft aus der Tätigkeit einer Investitionssparkasse.	77
1. Unmittelbare Vorteile.	77
a) Die Finanzstruktur der Unternehmen kann gemäss den klassischen Grundsätzen gesund gestaltet werden.	77
b) Die Planung und Durchführung von Inve- stitionen wird nicht mehr von der mög- lichen Steuereinsparung beeinflusst.	79
c) Wirtschaftlich sinnvolle abgerundete Investitionen werden ermöglicht.	80
d) Die Bildung von Reserven allgemeiner Art wird ermöglicht.	81
2. Mittelbare Vorteile.	82
a) Die Einschätzung der eigenen wirtschaft- lichen Kräfte wird erleichtert.	83
b) Die Umstellung auf neue Tätigkeitsge- biete wird erleichtert.	84

	Seite
VI. Auswirkungen der Tätigkeit der Investitionssparkasse in der Wirtschaftspolitik.	86
1. Bisherige Förderung des gewerblichen Mittelstandes.	86
a) Steuerliche Erleichterungen.	86
b) Wettbewerbsregelnde und gewerbefördernde Massnahmen.	89
c) Kredithilfen aus öffentlichen Mitteln.	92
2. Die Investitionssparkasse als wirtschafts-politisches Hilfsmittel.	96

C

Das unternehmerische Risiko der Investitionssparkasse.	102
1. Heute zu erwartendes Geschäftsrisiko der Investitionssparkasse.	102
2. Aussichten für die künftige Entwicklung des Unternehmensrisikos.	107
3. Zusammenfassung und Schluss.	108

Abriss des Grundsätzlichen in der Investitionsfinanzierung:

1. Ideale Ausstattung mit langfristigem Kapital.

Im Zuge der Entwicklung der modernen Betriebswirtschaftslehre fanden die Finanzierungsprobleme naturgemäss zuerst bei den Aktiengesellschaften ihre Darstellung. Es war schon kurz nach dem Auftreten der ersten Aktiengesellschaften in der "Gründerzeit" eine von der Wissenschaft allgemein erhobene Forderung, dass bei einer Aktiengesellschaft das Anlagevermögen von dem vorhandenen Eigenkapital gedeckt werden soll. Nur behelfsweise wurden zur Finanzierung von einem Teil des Anlagevermögens Obligationen als zweckentsprechende Mittel angesehen. Sie durften jedoch ein angemessenes Verhältnis zum vorhandenen Aktienkapital nicht übersteigen und mussten sich aus dem zu erwartenden Ertrag ohne weiteres verzinsen und tilgen lassen, was angesichts der seinerzeit bestehenden geringen steuerlichen Belastung in den meisten Fällen auch ohne weiteres möglich war.

Bei kleineren Betriebswirtschaften, insbesondere bei der seinerzeit noch betont vorherrschenden Einzelunternehmung, bestand grundsätzlich die Forderung, dass, abgesehen von geringfügigen Lieferantenkrediten und relativ seltenen kurzfristigen Bankkrediten oder Wechseln, das gesamte vorhandene Vermögen durch eigene Mittel des Inhabers gedeckt sein musste. Wenn wir uns daran erinnern, dass noch bis zum 1. Weltkrieg der Satz der Einkommensteuer um 5% lag, so ist einleuchtend, dass seinerzeit diese Forderung in den allermeisten Fällen, spätestens einige Jahre nach der Gründung einer Betriebswirtschaft durch Selbstfinanzierung erfüllt werden konnte.

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und insbesondere der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg hat dann zu den vorher schon bekannten Grundsätzen eine wesentliche Verfeinerung in der wirtschaftlichen Lehre über die zweckmässige Finanzierung eines Unternehmens mit sich gebracht. Ausgehend von dem Grundsatz, dass jedes Wirtschaftsgut gemäss der Dauer seiner Nutzung im Rahmen des Betriebes finanziert werden soll, finden wir bei Rössle¹⁾ die Feststellung: "Betriebswirtschaften mit relativ hohem Anlagevermögen werden auch viel Eigenkapital benötigen". Beckmann²⁾ stellt zum Verhältnis zwischen Kapitalstruktur und Vermögensstruktur fest: "Grundsätzlich gilt hier die Faustregel, dass mindestens das Anlagevermögen und die betriebsnotwendigen Teile des Umlaufvermögens (= fixer Kapitalbedarf) vom Eigenkapital gedeckt sein müssten". Berg³⁾ stellt die Forderung auf, dass "das Eigenkapital im allgemeinen grösser als das Anlagevermögen sein sollte". Neben anderen bringt Fischer⁴⁾ den Hinweis, es "ist vom Standpunkt der Kapitalsicherung darauf zu achten, dass kurzfristiges Kapital auch nur kurzfristig angelegt werden darf. Langfristiges Kapital kann kurz- und langfristig angelegt werden". Bei Baier⁵⁾ finden wir als äusserste Grenze fixiert: "Das Anlagevermögen einer Betriebswirtschaft darf nicht grösser sein als die Summe von Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital".

1) Rössle, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1956, Seite 100.

2) Beckmann, L., Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, Stuttgart, 1956, Seite 24.

3) Berg, K., Bilanzkunde und Bilanzkritik in Handbuch des Kaufmanns, Hamburg, 1950, Seite 229.

4) Fischer, G., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Heidelberg, 1952, Seite 130.

5) Baier, C.G., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart, 1951, Seite 72.

Zu diesen allgemeingültigen Forderungen bringt Kolbe¹⁾ eine zunächst konträr wirkende Feststellung "dass es im Grunde genommen ganz unwichtig sein kann, ob die Anlagewerte voll durch langfristige Mittel finanziert sind. Die entscheidende Frage ist jeweils, ob die Laufzeiten des Fremdkapitals im Einklang mit den Rücklaufzeiten stehen". Diese vor allem im Hinblick auf die Entwicklung des Liquiditätsstatus im Zuge des zeitlichen Fortschritts des Wirtschaftsgeschehens in der Betriebswirtschaft und der darin vorgesehenen Rückzahlungstermine von langfristigen Schulden bedeutungsvolle Feststellung widerspricht jedoch nur scheinbar den oben skizzierten Maximen und stellt tatsächlich lediglich eine Verfeinerung derselben unter Berücksichtigung besonderer Verhältnisse in einzelnen Branchen und bei einzelnen Unternehmen (überdurchschnittlich hohe Rentabilität usw.) dar. Im Rahmen dieser Arbeit, die sich weniger mit Einzelfällen befasst, kann darüber hinweggesehen werden, dass in Spezialfällen der allgemeine Grundsatz von der Deckung der vorhandenen Anlagevermögenswerte durch Eigenkapital bzw. langfristiges Fremdkapital nicht in vollem Umfange gültig ist; dies um so mehr, als gerade bei den hier wesentlichen Betriebswirtschaften die Rentabilität im Schnitt gegenüber sonstigen Unternehmungen als niedrig anzusprechen ist.

Unter Investitionen werden in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre in volkswirtschaftlicher Sicht mit Schneider²⁾ "Käufe von Produktionsmitteln" durch die einzelnen Unternehmungen verstanden, wobei "der Produktionsprozess selbst" "das Investitionsobjekt" darstellt. Stackelberg³⁾ bezeichnet "den gesamten Einsatz originärer Produktivleistungen zur Herstellung von Sachgütern" als "die (gesamte) Investition", die er in "Ersatz-Investition" und "Netto-Investition" gliedert.

¹⁾ Kolbe, K., Der Finanzbedarf, Düsseldorf, 1956, Seite 115.

²⁾ Schneider, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie 2. Teil, Tübingen, 1955, Seite 202.

³⁾ Stackelberg, H., Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Tübingen, 1951, Seite 8.

Darüber hinaus unterscheidet er zwischen "Vorrats-Investition"¹⁾, die "originäre Produktivleistungen in der Erzeugung von Verbrauchsgütern" umfasst, und "Anlage-Investition", unter der er "originäre Produktivleistungen, die in der betreffenden Zeiteinheit zur Erzeugung dauerhafter Güter eingesetzt werden", versteht. Halm²⁾ definiert "Investieren im volkswirtschaftlichen Sinn als den Kauf oder die Produktion von Kapitalgütern durch Unternehmungen" und bezeichnet "die Verwendung von Produktionsmitteln zur Herstellung von Kapitalgütern"³⁾ als Investition, wobei er unter Kapitalgütern sowohl "festes (fixes) Kapital in der Form von dauerhaften Produktionswerkzeugen",⁴⁾ als auch "umlaufendes Kapital in der Form von Produktionsstoffen in den verschiedenen Stadien der Urproduktion, der Fabrikation, des Transports und des Absatzes" versteht.

Den genannten volkswirtschaftlichen Definitionen entsprechend wird in der Betriebswirtschaftslehre unter Investition und Investieren grundsätzlich die Beschaffung von Gütern des Anlage- und des Umlaufvermögens verstanden. So bezeichnet Rössle⁵⁾ "die Summe der investierten Kapitalien" als die Selbstkosten bei der Errichtung einer Betriebswirtschaft und erwähnt speziell "das im Umlaufvermögen investierte Kapital"⁶⁾ im Rahmen der Kapitalbedarfsrechnung. Auch bei Kolbe finden wir den Begriff "investiertes Kapital" sowohl in Bezug auf das Anlagevermögen⁷⁾

1) Stackelberg, H., aaO. S. 8.

2) Halm, G., Geld Aussenhandel und Beschäftigung, München, 1954, Seite 24.

3) Halm, G., aaO. S. 234.

4) Halm, G., aaO. S. 225.

5) Rössle, K., aaO. S. 95.

6) Rössle, K., aaO. S. 102.

7) Kolbe, K., aaO. S. 63.

als auch auf das Umlaufvermögen.¹⁾ Hesse²⁾ bringt demgegenüber bereits eine wesentliche Einengung des Begriffs Investierung, indem er feststellt, dass diese "das Verhältnis der Passiven zu den Aktiven - insbesondere von Eigenkapital zu Anlagevermögen" beinhaltet. Berg³⁾ verwendet diesen Begriff in gleicher Weise, da er "die Art der Investierung" "durch das Verhältnis von Eigenkapital zu Anlagevermögen" kennzeichnet.

Im Einklang mit der aus den letztgenannten Zitaten ersichtlichen Definition unterscheidet die moderne Kreditwirtschaft zwischen "Investitionskrediten", die der Finanzierung von Gegenständen des Anlagevermögens dienen, und "Betriebsmittelkrediten", die ausschliesslich zur Finanzierung des Umlaufvermögens Verwendung finden. In vorliegender Arbeit wird daher im Anschluss an die Praxis der Kreditinstitute unter dem Begriff Investition alles eingeschlossen, was als Anschaffung von Anlagegütern einer Betriebswirtschaft bezeichnet werden kann. Folglich werden darunter sowohl Ersatzanschaffungen aller Art als auch Neuanschaffungen, sei es zum Zwecke einer sofortigen Erweiterung des Betriebes, sei es zur Sicherung künftiger Erweiterungsmöglichkeiten des Betriebes, verstanden.

2. Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten auf Grund der Rechtsform und Grösse der Unternehmungen.

Die Möglichkeit zur Erfüllung der grundsätzlichen Forderung, dass zumindest das Anlagevermögen von Eigen- und langfristigem Fremdkapital gedeckt wird, ist in unserem heutigen Wirtschaftssystem bei den einzelnen Rechtsformen wesentlich verschieden.

1) Kolbe, K., aaO. S. 52.

2) Hesse, K., Die Gliederung des Jahresabschlusses in Das neuzeitliche Rechnungswesen, Hamburg, 1952, Seite 88.

3) Berg, K., aaO. S. 228.

Grosse Aktiengesellschaften und bergrechtliche Gewerkschaften sowie diesen ähnliche Unternehmen besitzen auf Grund ihrer Rechtsform und ihres Rufes jederzeit die Möglichkeit, für Zwecke der Ausweitung ihrer Anlagen und der Vergrösserung ihrer Lagerhaltung eine Aufstockung ihres Eigenkapitals durch Ausgabe von Aktien oder Kuxen bzw. eine Verstärkung ihres langfristigen Kapitals durch Ausgabe von Obligationen über den herkömmlichen Kapitalmarkt im engeren Sinne, laut Beckmann¹⁾ den "offenen Kapitalmarkt" an der Börse durchzuführen. Da sie selbst in der Lage sind, die jeweils gewählte Wertpapierart auf Grund des wegen ihrer guten Vermögensstruktur und Rentabilität vorhandenen Allgemeininteresses für ihr Unternehmen über die Börse zum Verkauf zu bringen bzw. durch ein Bankenkonsortium zum Verkauf bringen zu lassen, werden sie als emissionsfähig bezeichnet. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit interessieren sie nur am Rande, da sie gegenüber den hier betrachteten Unternehmungen den oben genannten wesentlichen Vorsprung besitzen.

Anders liegen die Verhältnisse bei der grossen Zahl von Einzelunternehmen, Personengesellschaften sowie kleineren Kapitalgesellschaften. Letztere sind, obwohl juristisch von den vorgenannten zu unterscheiden, mit ihnen zusammen aufgeführt, weil auch bei den kleineren Kapitalgesellschaften wie bei den Personengesellschaften überwiegend die Persönlichkeit der Gesellschafter und ihre wirtschaftlichen Fähigkeiten für die Entwicklung des Unternehmens von Bedeutung sind. Sie ähneln somit wirtschaftlich den Personengesellschaften bzw. den Einzelunternehmen.

¹⁾ Beckmann, L., aaO. S. 85.

Abweichend von der in der Betriebswirtschaftslehre allgemein üblichen Grösseneinteilung der Betriebswirtschaften nach verschiedenen Merkmalen des Betriebes ist für die Zwecke dieser Arbeit ferner in Einklang mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie festzustellen: "Vom kreditpolitischen Blickpunkt aus bedarf es keiner statistischen Abgrenzung des Bereiches der mittelständischen Industrie. Vielmehr genügt der gleichzeitig qualitative Maßstab der Kapitalmarktfähigkeit"¹⁾. Allen Unternehmen dieser Gruppe ist der unmittelbare Zugang zum Kapitalmarkt im engeren Sinne verwehrt; sie sind "nicht emissionsfähig". Diese Kennzeichnung des Mittelstandes auf dem Sektor der Industrie gilt in gleicher Weise auch für das Handwerk und den Handel.

Bei dieser Gesamtgruppe ist die Frage der Aufbringung des erforderlichen Eigenkapitals im Gegensatz zu den grossen Aktiengesellschaften zumeist schon beantwortet, bevor die notwendige Klarheit über den auftretenden Gesamtkapitalbedarf besteht, da dem jeweiligen Inhaber bzw. den Gesellschaftern nur Mittel in bestimmter Höhe zur Verfügung stehen. Grundsätzlich besteht auch für sie die Möglichkeit, ihre Eigenmittelbasis durch Aufnahme eines weiteren im Betrieb tätigen und persönlich haftenden Gesellschafters zu verbreitern. Hierdurch wird jedoch die Handlungsfreiheit der bisher tätigen Personen geschmälert und dadurch die speziell bei der Einzelunternehmung zum Bestehen der wirtschaftlichen Auseinandersetzung notwendige hohe Elastizität nach Rössle²⁾ "sowohl marktwirtschaftlich und finanziell als auch hinsichtlich der Fassung rascher Entschlüsse gemäss den jeweils vorhandenen betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gegebenheiten" beeinträchtigt, da das Naturell und die Absichten eines neu eingetretenen Gesellschafters in den meisten Fällen bei seinem Eintritt noch nicht in genügender Weise

1) Bundesverband der Deutschen Industrie, Jahresbericht 1956/57, Köln, 1957, S.69.

2) Rössle, K., aaO. S. 76.

bekannt sind. Diese für Personengesellschaften vollgültigen Feststellungen gelten für kleinere Kapitalgesellschaften entsprechend, soweit hier die Persönlichkeit der Gesellschafter ausschlaggebend ist. Als weitere Möglichkeit zur Verbreiterung der Eigenmittelbasis ist die Aufnahme eines stillen Gesellschafters oder Kommanditisten zu erwähnen. Die Vertragsgestaltung lässt hier sehr viele Möglichkeiten offen. Sofern es sich jedoch um wesentliche Kapitalbeträge handelt und das Risiko des Unternehmens eine gewisse Höhe erreicht, bringt auch diese Beteiligungsart, abgesehen von der daraus erwachsenden finanziellen Belastung für den Inhaber (Teilung des Gewinns mit dem stillen Gesellschafter), eine je nach Lage des Falles sich auswirkende Beschneidung seiner Entscheidungsfreiheit. Hinzu kommt, dass anlagensuchendes Kapital, falls es nicht in Händen unternehmerisch begabter Personen liegt und Verwendung im eigenen Unternehmen findet, im Hinblick auf die bestehenden vielseitigen Anlagemöglichkeiten über die Börse usw., nur in den seltensten Fällen das mit einer stillen Beteiligung naturgemäss verbundene Risiko einzugehen bereit ist und aus diesem Grunde schon auf diverse Sicherheiten bzw. Einschränkungen in der wirtschaftlichen Freiheit des Darlehensnehmers nicht verzichten wird.

Der Vollständigkeit dieses Abschnittes halber ist noch auf die Möglichkeit der Selbstfinanzierung hinzuweisen. Das "Sparen im Betriebe" mit Beckmann¹⁾ dient zweifellos der Verstärkung des wirtschaftlichen Potentials, wenn es nach Rössele²⁾ so durchgeführt wird, "dass die Wirtschaftlichkeit, Rentabilität und Leistungsfähigkeit der Betriebswirtschaft günstig beeinflusst werden". Diese Finanzierungsweise hat in den vergangenen Jahren wesentlich an Bedeutung gewonnen. Sie ist jedoch einmal nur für

1) Beckmann, L., aaO. S. 54.

2) Rössele, K., aaO. S. 112.

bereits bestehende Unternehmen gangbar, zum anderen brachte sie speziell bei den hier betrachteten Unternehmen auf Grund der in dieser Gruppe durch ihre grossenteils ungünstige Marktposition relativ niedrigen Rentabilität eine Reihe von Risiken mit sich, auf die später noch eingegangen werden wird.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die hier betrachteten Unternehmen, zu denen neben allen Betriebswirtschaften des Handwerks auch ein Grossteil der Betriebswirtschaften der Industrie und des Handels zu rechnen ist, zur Befriedigung ihres Bedarfes an langfristigem Kapital bei in nicht ausreichender Höhe vorhandenen eigenen Mitteln angesichts der bei ihnen üblicherweise relativ niedrigen Rentabilität auf die nachstehend skizzierten Organe des Kapitalmarktes angewiesen sind, sofern sie nicht mit einer je nach den Umständen sich auswirkenden Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und Gewinnchance einverstanden sind.

3. Möglichkeiten zur Bereitstellung langfristiger Kredite durch Organe des Kapitalmarktes.

Wesentliche Organe des Kapitalmarktes sind die Banken. Hintner¹⁾ unterscheidet nach dem für diese Arbeit massgeblichen Gesichtspunkt der Dauer des gewährten Kredites folgende Arten:

- "1. Banken, die hauptsächlich k u r z fristigen Kredit gewähren:
 - a) Kreditbanken,
 - b) Diskontobanken (unter Einschluss von Notenbanken),
 - c) Kreditgenossenschaften und Vorschussvereine,

¹⁾Obst-Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Stuttgart, 1955, S. 186.

2. Banken, die langfristigen Kredit gewähren:

- a) Hypothekenbanken,
- b) Landschaften und Stadtschaften,
- c) Grundrentenbanken,
- d) Finanzierungsgesellschaften."

Derselbe Autor bezeichnet noch folgende Institute als Kreditgeber für den langfristigen und hypothekarischen Kredit:

- "a) die Versicherungsgesellschaften,
- b) die sozialen Versicherungsanstalten,
- c) die Sparkassen, welche aber auch kurzfristige Kredite geben."

Die Banken des kurzfristigen Geschäfts geben in der Hauptsache die ihnen aus kurzfristigen Einlagen zufließenden Mittel in Form kurzfristiger Kredite an Kreditsuchende aus ihrem Kundenkreis weiter. Zu einer mittel- oder langfristigen Kreditgewährung aus eigenen Geldern sind sie nur in Ausnahmefällen in der Lage, da sie nach den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes nur langfristige Einlagen langfristig ausleihen dürfen. Auf die ihnen im Wege der Refinanzierung aus den in der jüngsten Gegenwart geschaffenen öffentlichen Sonderfonds zufließenden Mittel und die hieraus gewährten Kredite wird im Rahmen der Besprechung dieser Institutionen noch eingegangen.

Die Landschaften, Grundrentenbanken und Stadtschaften sind im langfristigen Kreditgeschäft an gewerbliche Unternehmen nicht tätig, da ihr Geschäftsbereich sich ausschliesslich auf die Finanzierung der Landwirtschaft bzw. des städtischen Hausbesitzes beschränkt. Die Finanzierungsgesellschaften sind weniger an der Gewährung langfristiger Darlehen an kleine Betriebswirtschaften interessiert als vielmehr an Beteiligungen und der Finanzierung von Grossprojekten. Sie haben daher an

der im Rahmen dieser Arbeit massgeblichen langfristigen Kapitalversorgung der mittleren und kleineren Unternehmen nur geringen Anteil.

Es verbleiben somit aus obiger Zusammenstellung die Hypothekenbanken, die Versicherungsgesellschaften sowie die Sozialversicherungsanstalten und Sparkassen. Sie gewähren ihre langfristigen Gelder in Form von Hypotheken und sind hierbei an die Bestimmungen des Hypothekengesetzes und die für ihre Geschäftspolitik speziell gültigen internen Vorschriften gebunden. Die Beurteilung der Kreditmöglichkeiten erfolgt hier im Gleichklang mit den Bestimmungen des Hypothekengesetzes nach den vorhandenen Sicherungsmöglichkeiten und hierbei insbesondere nach der Gewährleistung der Erzielung eines Dauerertrages aus dem beliebigen Grundstück. Ganz allgemein stellt hier § 11 Abs. 2 des Hypothekengesetzes fest: "Die Beleihung darf die ersten drei Fünftelle des Wertes des Grundstückes nicht übersteigen", sowie § 12 Abs. 1: "Der bei der Beleihung angenommene Wert des Grundstückes darf den durch sorgfältige Ermittlung festgestellten Verkaufswert nicht übersteigen. Bei der Feststellung dieses Wertes sind nur die dauernden Eigenschaften des Grundstückes und der Ertrag zu berücksichtigen, welchen das Grundstück bei ordnungsmässiger Wirtschaft jedem Besitzer nachhaltig gewähren kann." Gemäss § 12 Abs. 3, Satz 2 sind "Hypotheken an Grundstücken, die einen dauernden Ertrag nicht gewähren, insbesondere an Gruben und Brüchen, von der Verwendung zur Deckung von Hypothekenspfandbriefen ausgeschlossen". Die zuletzt aufgeführte Bestimmung bringt bei gewerblichen Grundstücken erhebliche Schwierigkeiten in der Beleihung mit Hypotheken, da die vorhandenen Gebäude für die Zwecke des darin arbeitenden Betriebes geschaffen sind und nicht ohne weiteres für andere Branchen in gleicher Weise ver-

wendbar sind. Falls nun tatsächlich der Ernstfall eintritt und ein Unternehmen zum Erliegen kommt, so ist damit auch die Erzielung eines dauernden Ertrages sehr in Frage gestellt. Mit Barocka¹⁾ besteht daher "weitgehende Übereinstimmung darüber, dass mit Rücksicht auf die Abhängigkeit des Ertrages gewerblich genutzter Grundstücke von der Wirtschaftslage und der Konjunkturentwicklung sowie von der Person des Betriebsinhabers und auch in Anbetracht der hohen Abnutzung der Beleihungswert und die Beleihungsgrenze von gewerblich genutzten Grundstücken besonders vorsichtig zu beurteilen sind". Aus diesem Grunde sind die Beleihungsgrenzen bei eigenbetrieblich genutzten Grundstücken allgemein niedriger als bei Wohngrundstücken. Ferner ist bei der Bewertung dieser Grundstücke das Ausmass der gewerblichen Nutzung entscheidend. Daher "empfiehlt es sich, bei der Beleihung von gewerblich genutzten Grundstücken im einzelnen zu unterscheiden zwischen

1. gemischt gewerblich genutzten Grundstücken,
2. überwiegend gewerblich genutzten Grundstücken,
3. ausschliesslich gewerblich genutzten Grundstücken und
4. gewerblich genutzten Grundstücken mit wertmindernder Nutzung²⁾.

Während bei den gemischt gewerblich genutzten Grundstücken Schwierigkeiten hinsichtlich der Beleihung nur in den seltensten Fällen entstehen, ist

1) Barocka, E., Die Beleihung von gewerblich genutzten Grundstücken in "Der langfristige Kredit", München, 1956, S. 237.

2) Barocka, E., aaO. S. 239.

"die Beleihung von überwiegend gewerblich genutzten Grundstücken bei manchen Instituten eingeschränkt oder ausgeschlossen"¹⁾. Ferner "richtet sich die Bewertung danach, ob sie vermietet sind"¹⁾. Grundsätzlich wird hierbei vom Ertragswert ausgegangen, wobei manche Institute den Mietertrag der gewerblich genutzten Räume höchstens mit der Hälfte ansetzen. Ausserdem werden erststellige Hypotheken nur bis zu höchstens 50% des zu ermittelnden Dauerwertes des Objektes gewährt.

"In vielen Fällen wird die Beleihungsgrenze für 1. Hypotheken bei 30 - 40% angenommen"¹⁾. Auch bei ausschliesslich gewerblich genutzten Grundstücken ist die Beleihungspraxis nicht einheitlich. So haben mehrere Real-Kreditinstitute "in ihren Richtlinien die Beleihung von rein gewerblich genutzten Grundstücken ganz ausgeschlossen"²⁾. Bei anderen finden wir in den institutseigenen Richtlinien Hinweise auf die Konjunkturrempfindlichkeit; "so heisst es in den Beleihungsrichtlinien der Sparkassen: Objekte, die wegen besonderer Konjunkturrempfindlichkeit keinen dauernden Ertrag gewährleisten, sind ausser Betracht zu lassen"²⁾. Auch bei grossen Kreditinstituten sind "reine Industriebetriebe mit fabrikmässiger Produktion von der Beleihung im Rahmen des Hypothekengeschäftes gewöhnlich ausgeschlossen"²⁾.

Bei Grundstücken mit wertmindernder Nutzung ist eine Beleihung schon zufolge der oben angeführten Bestimmung des Hypothekenbankgesetzes im allgemeinen nicht möglich.

¹⁾ Barocka, E., aaO. S. 240.

²⁾ Barocka, E., aaO. S. 253.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Befriedigung des langfristigen Kreditbedarfs gewerblicher Unternehmen durch die herkömmlichen Organe des Kapitalmarktes, soweit sie sich mit der Hypothekengewährung befassen, auf eine Reihe von Schwierigkeiten stösst und daher nicht in wirtschaftlich befriedigendem Ausmass für die notwendige Versorgung der nicht emissionsfähigen Betriebswirtschaften mit langfristigem Kapital ausreichend ist. Es verbleiben als letzte Gruppe Bankinstitute, die sich auf das langfristige Kreditgeschäft bei gewerblichen Unternehmen spezialisiert haben und ihre Kreditgewährung nicht in erster Linie nach der Sicherheit, sondern den wirtschaftlichen Verhältnissen der Kreditbewerber orientieren.

Zwischen den beiden Weltkriegen war in dieser Sparte die "auf Grund des Industriebelastungsgesetzes vom 30.8.1924"¹⁾ gegründete Bank für deutsche Industriebobligationen tätig. Sie hatte ursprünglich die Aufgabe, "die zunächst nur für Reparationszwecke bestimmte Industrieumlage" anzusammeln und gemäss den Bestimmungen des Versailler Vertrages abzuführen. Nach Auslaufen dieser Zahlungen wurde die Bank in der landwirtschaftlichen Entschuldungsaktion, die Ende März 1937 ihren Abschluss fand, eingeschaltet. Im Anschluss daran gab die zwischenzeitlich in Deutsche Industriebank umfirmierte Bank "Kredite an gewerbliche Betriebe zur Förderung der Ertragsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, insbesondere l a n g f r i s t i g e Kredite an mittlere und kleinere Betriebe in Industrie, Handel und Handwerk für Investitionen und zur Verstärkung

¹⁾Obst-Hintner, aaO. S. 243.

der Betriebsmittel"¹⁾. Zur Mittelbeschaffung wurden von der Bank nach Auslaufen der Industrieumlage Obligationen ausgegeben.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges verlegte die Bank ihren Sitz ins Bundesgebiet, sie konnte jedoch "nur in stark eingeschränktem Umfang Geschäfte tätigen"¹⁾.

Um das hiedurch entstandene Vacuum auszufüllen, wurde Ende März 1949 die Industriekreditbank AG. mit dem Sitz in Düsseldorf gegründet. Ihre heutige Betätigung²⁾ liegt ausschliesslich auf dem Gebiet der "Gewährung von Krediten zur Förderung des Wiederaufbaues und der Ertragsfähigkeit der deutschen gewerblichen Wirtschaft"³⁾, insbesondere durch Bereitstellung von Krediten an gewerbliche Betriebe "kleinen und mittleren Umfanges"³⁾. "Die Kredite sollen vorwiegend langfristig oder mittelfristig sein und in der Regel durch Grundpfandrechte oder andere nach kaufmännischen Grundsätzen ausreichende Sicherheiten gedeckt sein". Ein Vergleich der von der Bank praktizierten Sicherungsgrundsätze mit den Beleihungsgrundsätzen der Hypothekenbanken zeigt, dass die Industriekreditbank AG. die für die gewerbliche Kreditgewährung notwendige Beweglichkeit in der Beurteilung der Sicherheiten besitzt. Die Mittel für die Kredite der Industriekreditbank AG. stammen zum Teil aus eigenen Schuldverschreibungen, daneben werden die heute häufigen Schuldscheindarlehen von Versicherungsgesellschaften und öffentliche Mittel aller Art hereingenommen.

1) Obst-Hintner, aaO. S. 244.

2) Bekannt wurde sie vor allem durch ihre Einschaltung in die Abwicklung der Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft für die Grundstoffindustrie. Diese Tätigkeit ist heute abgeschlossen.

3) Obst-Hintner, aaO. S. 245.

Als weitere Bank der gewerblichen Finanzierung ist die unter "der Aufsicht der Bundesregierung"¹⁾ stehende Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt/Main zu nennen. Sie wurde 1948 gegründet und hat die Aufgabe "alle Zweige der Wirtschaft mit mittel- und langfristigen Darlehen für die Durchführung von Wiederaufbauvorhaben auszustatten"²⁾. Ihre Darlehen³⁾ werden in erster Linie im Wege der Refinanzierung der Banken vergeben. Sie fließen an Bergbau, Elektrizitätswirtschaft, verarbeitende Industrie und Wohnungsbau, wobei die verarbeitende Industrie zum Grossteil als zu den nicht emissionsfähigen Unternehmen gehörig zu bezeichnen ist. Die zur Darlehensgewährung erforderlichen Mittel werden zum Teil durch Inhaberschuldverschreibungen aufgebracht, der Grossteil entstammt dem ERP-Sondervermögen.

Für eine Reihe von durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse besonders geschädigten nicht emissionsfähigen Unternehmen ist die Lastenausgleichsbank, die "am 12.5.1950 als 'Vertriebenenbank AG' in Bonn"⁴⁾ gegründet wurde, von Bedeutung. Sie hat ihren Sitz heute in Bad Godesberg und ist hinsichtlich der im Rahmen dieser Arbeit interessierenden mittelständischen Wirtschaft vor allem in die Zentralverwaltung der "im Lastenausgleich vorgesehenen Eingliederungskredite"⁵⁾ an Flüchtlinge, Vertriebene und

1) Obst-Hintner, aaO. S. 242.

2) Obst-Hintner, aaO. S. 240.

3) Laut Obst-Hintner, aaO. S. 242 betrugen die Ausleihungen bis Ende 1952 "rund DM 4,17 Milliarden, die im wesentlichen an Bergbau (DM 733 Millionen), Elektrizitätswirtschaft (DM 1142 Millionen), verarbeitende Industrie (DM 1060 Millionen), Wohnungsbau DM 614 Millionen) gegeben wurden".

4) Obst-Hintner, aaO. S. 245.

5) Obst-Hintner, aaO. S. 246.

Sachgeschädigte eingeschaltet. Ihre Mittel entstammen zum überwiegenden Teil aus Geldern des Lastenausgleichs sowie aus dem ERP-Sondervermögen, ein geringerer Teil wurde mit Hilfe einer "zur Vorfinanzierung des Lastenausgleichs"¹⁾ aufgelegten Anleihe aufgebracht.

Die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank sind nach der heute üblichen Unterscheidung grundsätzlich zu den Krediten aus öffentlichen Mitteln zu rechnen, während die Kredite der Industriekreditbank nur im Falle der Refinanzierung durch diese Banken oder andere öffentliche Stellen zu dieser Kreditart zählen.

B

I. Kurzer Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit dem 2. Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der sich daraus entwickelnden Kapitalmarktverhältnisse.

1. Die heute bestehende Hochkonjunktur, ihre Grundlagen und ihre Auswirkungen.

Wenn wir rückblickend die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik seit dem 2. Weltkrieg betrachten, so ist abgesehen von uns heute als geringfügig anmutenden Schwankungen wie die Koreakrise u.a. festzustellen, dass insgesamt gesehen seit der Währungsreform eine starke Investitionskonjunktur den Wirtschaftsablauf beherrscht. An wirtschaftlichen Gründen, die zu dieser Entwicklung geführt haben, fehlt es nicht. Neben der überwiegenden Zerstörung der Produktionsanlagen im letzten Krieg steht die Vernichtung eines Grossteils der langfristigen privaten Verbrauchsgüter, wie Wohnungen und Hausrat. Hinzu kommt der Zufluss einer grossen Anzahl

¹⁾ Obst-Hintner, aaO. S. 246.

von Bedarfsträgern und Arbeitskräften aus den verlorenen Ostgebieten.

Bei einem Vergleich dieser heutigen wirtschaftlichen Situation mit der Zeit nach 1870, in der die heute noch den Markt beherrschenden Grossunternehmen gegründet wurden, ist festzustellen, dass seinerzeit zur Finanzierung der gewerblichen Investitionen für damalige Begriffe erhebliches Sparkapital in vielen Bevölkerungskreisen vorhanden war. Die Finanzierung der Investitionen in dieser Epoche erfolgte daher zum überwiegenden Teil über den damals auflebenden Wertpapiermarkt. Der industrielle Aufschwung konnte andererseits seinerzeit nicht überall den zum gesunden Weiterentwickeln der Betriebe erforderlichen Absatz in genügendem Ausmass finden, da bei weiten Kreisen der Bevölkerung das Interesse an den angebotenen Artikeln noch nicht im notwendigen Ausmass geweckt war.

Heute sind demgegenüber durch die Massnahmen der Währungsreform vorhanden gewesene Sparkapitalien zu unwesentlichen Resten zusammengeschrumpft. Andererseits ist ein grosser Teil der seinerzeit als Luxus angesehenen Artikel infolge der zwischenzeitlich erheblich angestiegenen Ansprüche der Massen heute zu den alltäglichen Gebrauchsgegenständen zu rechnen, was im Hinblick auf die grossen Zerstörungen des letzten Krieges das Vorhandensein eines hohen Bedarfs an industriellen Gütern aller Art begründet.

Ein kurzer Vergleich der heutigen Zeit mit den Jahren nach dem 1. Weltkrieg zeigt, dass seinerzeit zwar auch wesentliche Teile des Sparkapitals durch die Inflation vernichtet worden waren (das Gesamtausmass war jedoch nicht so stark wie heute), andererseits aber die Kapitalapparaturen der Volkswirtschaft (von der durch den Krieg

bedingten Überalterung abgesehen), sei es auf dem gewerblichen Sektor, sei es im privaten Sektor, noch im wesentlichen erhalten waren. Der vorhandene Bedarf an den diversen wirtschaftlichen Gütern war daher bei weitem nicht so gross, wie er heute anzusprechen ist. Hinzu kommt, dass seinerzeit das Lohneinkommen insgesamt noch wesentlich niedriger lag als heute, weshalb ein Grossteil des Bedürfnisses nicht in Nachfrage umgesetzt werden konnte.

Aus vorstehenden, in kurzen Zügen das für den Problemkreis dieser Arbeit Wesentliche skizzierenden Ausführungen ist festzuhalten, dass nach dem 2. Weltkrieg einerseits ein erhebliches gewerbliches Investitionsbedürfnis einem zunächst völlig versagenden Kapitalmarkt und andererseits hohe private Bedürfnisse angesichts der wenigen noch vorhandenen, kaum produktiven und daher schlechtbezahlten Arbeitsplätze einem geringen Masseneinkommen gegenüberstanden. Um die bestehenden relevanten Bedürfnisse in nachfragenden Bedarf umzusetzen, war es daher wirtschaftspolitisch zunächst notwendig, einmal die Vermögensbildung jeweils unmittelbar bei den mit dem volkswirtschaftlichen Kapital Arbeitenden, als den an der volkswirtschaftlichen Kapitalbildung im einzelnen besonders Interessierten, zu forcieren und auf der anderen Seite sowohl den Unternehmern als auch den bei ihnen Tätigen eine wesentliche Steigerung des tagtäglichen Einkommens zu ermöglichen. Der Vermögensbildung bei den Unternehmern dienten vor allem die im Rahmen der 7er Paragraphen des Einkommensteuergesetzes geschaffenen Sonderabschreibungsmöglichkeiten. Für die Steigerung des Einkommens der arbeitenden Menschen war die Gewerkschaftspolitik der vergangenen Jahre besonders bedeutsam. Sie erbrachte eine Steigerung der durchschnittlichen Wochenverdienste der Industriearbeiter ohne Bergbau

von DM 54,75¹⁾ im Jahre 1949
auf DM 80,99²⁾ im Jahre 1954 und
DM 92,96²⁾ im Jahre 1956.

In Auswirkung dieser beiden Fakten stiegen allerdings auch die Erzeugerpreise inländischer Industrieprodukte

(Basis 1938 = 100%) von 191% im Jahre 1949 auf
216% im Jahre 1954¹⁾.

Es kann somit gefolgert werden, dass die Finanzierung des Wiederaufbaues nach dem Kriege über den Preis, sei es der Arbeitskraft, sei es der einzelnen Güter, und damit, betriebswirtschaftlich gesehen, durch Selbstfinanzierung erfolgte.

Zu dieser Betrachtung ist noch hinzuzufügen, dass der Staat auf Grund der Situation nach dem verlorenen Krieg für erhebliche allgemeine Lasten aufkommen musste, zu deren Finanzierung die Steuern wesentlich gegenüber dem Vorkriegsstand erhöht werden mussten. Während in der Periode der Kontrollratsgesetzgebung die vorhandenen rechtlichen Strukturen beibehalten und zugleich die einzelnen Sätze wesentlich erhöht wurden, erfolgte zur Förderung des wirtschaftlichen Aufbaues nach Einsetzen der deutschen Gesetzgebung in den Folgejahren eine wesentliche Strukturänderung der einzelnen Abgaben durch Schaffung des Lastenausgleichsgesetzes und diverser anderer Sondergesetze unter gleichzeitiger Ermässigung der in den bisherigen Steuergesetzen enthaltenen Steuersätze. Es wurde damit erreicht, dass die Wirtschaft in den vergangenen Jahren einen gesunden Aufschwung nehmen

1) Entnommen aus Geschäftsbericht der Bank Deutscher Länder für das Jahr 1954, Frankfurt/M., 1955, S.2.

2) Entnommen aus Geschäftsbericht der Bank Deutscher Länder für das Jahr 1956, Frankfurt/M., 1957, S.2. Laut dieser Quelle stiegen die Erzeugerpreise inländischer Industrieprodukte im Jahre 1956 auf 121% gegenüber von 1950. (In diesem Jahr standen sie auf 186% von 1938).

konnte, ohne dass die Aufbringung der zur Durchführung der öffentlichen Aufgaben notwendigen Beträge auf Schwierigkeiten stiess.

2. Entwicklung des Kapitalmarktes in den vergangenen Jahren unter besonderer Berücksichtigung der festverzinslichen Börsenwerte.

Die im vorigen Abschnitt skizzierte Erleichterung der Selbstfinanzierung durch steuerliche Bestimmungen reichte jedoch, insbesondere auf dem Wohnbausektor, nicht aus, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Es mussten daher noch weitere Wege gesucht werden, die man durch die Gewährung von Steuervergünstigungen an Pfandbriefkäufer und sonstige Sparer fand. Durch die geschaffene Möglichkeit zum Abzug der ersparten Beträge vom steuerpflichtigen Einkommen und die dadurch bewirkte Steuerermässigung ergab sich einmal für den Sparer trotz nominell niedriger Zinsen eine hohe Rendite bei Hinzurechnung der ersparten Steuern zur Zinsvergütung und auf der anderen Seite für den jeweiligen Bauherrn nur eine normale Belastung mit Hypothekenzinsen. Zunächst erwies sich diese Handhabung als zweckentsprechend, da, wie Biber¹⁾ berichtet, das Absatzvolumen der Emissionen bei den Kreditinstituten folgende Bewegung zeigte:

"1952: 628,1 Mill. DM Pfandbriefe u. 161,3 Mill. DM Kommunalobligationen,

1953: 1043,4 Mill. DM Pfandbriefe u. 429,4 Mill. DM Kommunalobligationen,

1954: 2238,8 Mill. DM Pfandbriefe u. 1001,4 Mill. DM Kommunalobligationen."

1) Biber, W., Das Pfandbriefjahr 1955 und seine Lehren in "Der langfristige Kredit", München, 1956, S. 4.
Zur Weiterentwicklung des Absatzvolumens vergl. Anlage I.

Für den kritischen Beobachter des Marktes zeigte jedoch die Aufteilung der Käuferschichten eine wesentlich andere Struktur als vor dem Krieg. Der Absatz dieser Papiere erfolgte nämlich zu einem wesentlichen Teil an Banken und Wirtschaftsunternehmungen sowie an Sozialversicherungsträger und sonstige Kapitalsammelstellen. Private Sparer, die vor dem Krieg den wesentlichen Teil der Wertpapiere aufkauften, haben im Gegensatz dazu in den vergangenen Jahren nur verhältnismässig kleine Beträge zum Gesamtvolumen beigesteuert.

Es betrug der Absatz an Private¹⁾

	von Pfandbriefen		von Kommunalobligationen	
	<u>in % d.Ges.Abs.in Mio-DM</u>		<u>in % d.Ges.Abs.in Mio-DM</u>	
1952	8	50,2	3	4,8
1953	11	114,8	4	17,2
1954	9	201,5	5	50,1
1955 (April mit Oktober)	5	46,2	1	7,8

Da die Wirtschaftsunternehmen und Banken den grössten Teil der erworbenen Wertpapiere auf Grund einer gewissen Verkennung der Situation auf dem Wertpapiermarkt nur als Liquiditätsreserve hielten, brachte die im Jahre 1955 einsetzende und bis Ende 1956 andauernde restriktive Diskontpolitik der Bank Deutscher Länder eine starke Verkaufswelle am Wertpapiermarkt und einen kräftigen Rückschlag im Kurs der festverzinslichen Werte und der Aktien. Einher ging gleichzeitig auf Grund der in der Marktlage begründeten vorsichtigen Haltung der Emittenten ein wesentlicher Rückgang im Erstabsatz der Papiere. Gelegentlich wurde aus der damals bestehenden Situation der Schluss gezogen, der Kapitalmarkt sei tot. Hierzu schreibt

¹⁾ Zahlen laut Biber, aaO. S. 4, vergl. hierzu Anlage I dieser Arbeit mit der Zahlenentwicklung bis einschliesslich 1956.

die Deutsche Pfandbriefanstalt in ihrem Jahresbericht 1956¹⁾: "Diese aus gewissen Zuspitzungen der Marktlage gezogene Schlussfolgerung ist wohl zu weitgehend; sie trifft auch für das Teilgebiet des Rentenmarktes nicht zu, wie folgende Gegenüberstellung ausweist:

Erstabsatz an festverzinslichen Schuldverschreibungen

Art der Schuldverschreibungen	1952	1953	1954	1955	1956
		Millionen DM			
Pfandbriefe und Kommunalobligationen	790	1473	3240	2408	1654
Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	220	225	65	258	14
Industrieobligationen	130	396	792	432	564
Öffentliche Anleihen	418	774	590	583	332
Zusammen:	1558	2868	4687	3681	2564."

Aus den Zahlen ist ersichtlich, dass die Wertpapiere des Realkredites in ihrem Absatz 1956 nur mehr die Hälfte des Absatzes im Jahre 1954 erreichten. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass im Jahre 1954 letztmalig ertrag-steuerbefreite Titel zum Erstverkauf standen, während 1955 eine besonders flüssige Marktlage noch zu diversen Käufen anregte. Im Jahre 1956 wirkten diese Momente nicht mehr, die getätigte Kurspflege brachte im Gegenteil wesentliche Rückflüsse.

Bei den im Rahmen vorliegender Arbeit am Rande interessierenden Industrieobligationen ist im Jahre 1954 eine wesentliche Absatzspitze von rd. 800 Mio DM festzustellen; im Folgejahr konnte etwas mehr als die Hälfte (rd. 430 Mio DM) abgesetzt werden, während im Jahre 1956

1) Deutsche Pfandbriefanstalt, Jahresbericht 1956, Wiesbaden, 1957, S.8.

wieder ein Anstieg auf rd. 560 Mio DM zu verzeichnen ist. Der Absatzanstieg im Jahre 1956 rührt davon her, dass in der 2. Jahreshälfte namhafte grosse Industrieunternehmen in Würdigung der Tatsache, dass dem Wertpapiersparer nach Wegfall der steuerlichen Vergünstigungen (speziell bei Industrieobligationen) eine entsprechend erhöhte Effektivverzinsung zugebilligt werden muss, um sein Interesse am Sparen zu wecken, hochverzinsliche Anleihen aufgelegt haben und damit gute Absatzerfolge erzielen konnten. Diese Anleihen wurden nach der ersten, der 40 Mio DM Anleihe der Robert Bosch GmbH, Stuttgart, als Anleihen nach dem "Bosch-Typ" bezeichnet. Sie wurden mit einem Kurs von 98% aufgelegt und werden mit 8% verzinst. Im Laufe des Jahres 1957 stieg ihr Kurs bald auf 99%, ja sogar auf 101% bzw. 102%. Auf Grund des Kursanstieges dieser Papiere sah sich "die Rheinische AG für Braunkohlenbergbau"¹⁾ dazu ermutigt, "in der ersten Septemberwoche" 1957 eine "40-Mill.-Anleihe, die mit einer Nominalverzinsung von 7½ Prozent ausgestattet ist, zu 96 Prozent" anzubieten, mit dem Erfolg, dass die Anleihe "bereits am ersten Tag" "in voller Höhe gezeichnet" war. Wenn auch die Effektivverzinsung dieser Anleihe bei einer mittleren Laufzeit von 12½ Jahren gleich einer solchen mit 8%iger Verzinsung bei 99% Ausgabekurs ist, so ist doch bemerkenswert, dass das Börsenpublikum den vorher nicht gewagten niedrigen Nominalzinssatz so freudig akzeptierte. Sicherlich ist die daraus erkennbare Auflockerung des Kapitalmarktes auch auf die in den letzten Wochen aufgetretene Auslandsnachfrage zurückzuführen. Bei Beurteilung der herrschenden Tendenz am Kapitalmarkt lässt sich jedoch mit Richardi²⁾ zweifellos "feststellen, dass der Gipfelpunkt des Kapitalzinses überschritten ist". Auch das von

1) Richardi, H., Ein Blick auf den Wertpapiermarkt/Die Zinssenkung nimmt Gestalt an in "Der langfristige Kredit", München, 1957, S. 302.

2) Richardi, H., aaO. S. 303.

Richardi¹⁾ zitierte Kommentar der Bundesnotenbank zur Höhe des Erstabsatzes an Wertpapieren im Juli des Jahres 1957 von rd. 0,75 Mrd DM "ein deutlicher Gegenbeweis gegen die verschiedentlich immer noch anzutreffende These von der angeblich nur geringen Leistungsfähigkeit des Wertpapiermarktes" ist zweifellos richtig.

Die Frage sowohl nach der Schnelligkeit der Zinssenkung als auch nach der künftigen Aufnahmefähigkeit des Marktes ist jedoch damit nicht beantwortet. Wenn wir berücksichtigen, dass zurzeit eine Reihe von Emittenten angesichts der heute vom Markt geforderten Zinssätze Zurückhaltung üben, so können wir erwarten, dass jede auch noch so geringe Zinssenkung einen neuen Kreis von Kapitalinteressenten auf den Markt bringen wird, weshalb die Zinssenkung mit grosser Wahrscheinlichkeit eine ziemlich lange Zeit benötigen dürfte, bis in der Effektivverzinsung auch nur zum Beispiel 2% p.a. weniger als heute allgemein akzeptiert werden. Die heutige Aufnahmefähigkeit des Marktes ist, wie bereits erwähnt, auch darauf zurückzuführen, dass das Ausland durch die häufigen Gerüchte über eine Aufwertung der DM an einer Geldanlage im westdeutschen Währungsgebiet interessiert wurde. Falls diese Massnahme entgegen der bisherigen häufigen Dementis tatsächlich durchgeführt werden sollte, ist sicher zu erwarten, dass ein heute noch in keiner Weise bezifferbarer Betrag von den in den letzten Monaten von Ausländern gekauften Wertpapieren wieder auf den Markt kommt und je nach Lage desselben eine mehr oder minder grosse Störung hervorruft. Doch selbst wenn die Aufwertung nicht erfolgen sollte, bleibt die Frage offen, ob das Auslandsinteresse nicht in wenigen Monaten wieder erlahmt und dadurch das Kapitalangebot wesentlich zusammenschrumpft.

1) Richardi, H., aaO. S. 304.

Die Lage am Markt der festverzinslichen Wertpapiere allgemein kann daher noch auf längere Zeit damit skizziert werden, dass das Netto-Sparaufkommen des Inlands nur einen Teil des vorhandenen Bedarfs befriedigt, weshalb der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nur bei hohen Zinssätzen möglich ist. Unter diesen Umständen verwundert es nicht, dass die eingangs dieser Arbeit erwähnten Spezialkreditinstitute für die Versorgung des gewerblichen Mittelstandes mit langfristigen Krediten entsprechend den Ausführungen der Industriekreditbank AG in ihrem Geschäftsbericht über das achte Geschäftsjahr (1956/57) sich gezwungen sahen "eigene Anleihepläne vorerst zurückzustellen und die Entwicklung abzuwarten"¹⁾. Die genannte Bank fasste, nachdem es sich herausgestellt hatte, dass anderweitige Mittelbeschaffungspläne nicht in kurzer Frist Verwirklichung finden können, "im Frühjahr 1957 den Entschluss, gleichwohl eine mit marktgerechten Bedingungen ausgestattete Anleihe in Höhe von DM 50 Millionen zu begeben, um wenigstens an solche Antragsteller Kredite gewähren zu können, die in der Lage sind, auch einen höheren Zinssatz zu zahlen"¹⁾. Wie sie mitteilt, erwies es sich, dass die Mittel aus dieser nach dem Bosch-Typ ausgestatteten Anleihe entgegen ihrer Erwartung nicht ausreichten, alle an sie herangetragenen Anträge zu bedienen. Trotzdem ist sie sich "darüber im klaren, dass hier nur ein gewisser Ausschnitt von Betrieben -gleich welcher Größenordnung- in Betracht kommt"²⁾, da der Nutzeffekt einer Investition nicht allgemein so hoch ist, dass die bei Bedienung aus diesen Anleihemitteln entstehenden Kapitalbeschaffungs- und Nutzungskosten tragbar erscheinen. Mit dieser Einschränkung ist gleichzeitig ausgedrückt, was die Bank im Anschluss an ihren Bericht über ihre An-

1) Industriekreditbank AG, Geschäftsbericht über das achte Geschäftsjahr, Düsseldorf, 1957, S. 18.

2) Industriekreditbank AG, Geschäftsbericht über das achte Geschäftsjahr, Düsseldorf, 1957, S. 19.

leihebegebung feststellt: "Das eigentliche Problem der besseren Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft ist allerdings auf dem eingeschlagenen Weg einer Anleihebegebung unter den augenblicklichen Verhältnissen des Kapitalmarktes allein nicht zu lösen."¹⁾

Zur Vervollständigung dieses Abschnittes sei noch kurz über die Entwicklung des Kontensparens in den vergangenen Jahren berichtet. Nach den statistischen Unterlagen der Bank Deutscher Länder, der heutigen Deutschen Bundesbank, in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1956²⁾ betrug der Zuwachs an Spareinlagen im Jahre 1954 DM 5,5 Mrd., 1955 nur noch DM 3,9 Mrd. und 1956 noch DM 2,7 Mrd. Bei dieser Entwicklung ist bedeutsam, dass die steuerliche Begünstigung der Spareinlagen mehrfache Veränderungen erfuhr. Nach dem Hinweis, dass die Zahlen durch mancherlei Umschuldungen beeinflusst sein dürften, erwähnt das genannte Institut, "dass die Spartätigkeit der privaten Haushalte, soweit sie sich auf Sparkonten vollzog, sicher höher war, als dies in der Zunahme des Spareinlagenbestandes zum Ausdruck kommt"³⁾. Es weist jedoch darauf hin, dass nach seiner Meinung "das Sparen der breiten Schichten der Privaten mit der Entwicklung des Masseneinkommens nicht Schritt gehalten hat". Wenn sich auch "in den ersten Monaten des neuen Jahres "(1957) die Spartätigkeit "wieder merklich belebt hat", so gilt doch grundsätzlich für das Kontensparen die im letzten Satz zitierte Meinung der Bundesbank, die zweifellos mit entsprechender Modifizierung auch auf das Wertpapiersparen anzuwenden ist. Über das Ausmass der aus Spareinlagen und Wertpapieren an die nicht emissionsfähigen Betriebe geflossenen Kreditmittel

1) Industriekreditbank AG, Geschäftsbericht über das achte Geschäftsjahr, Düsseldorf, 1957, S. 19.

2) Vergl. Anlage II dieser Arbeit.

3) Bank Deutscher Länder, Geschäftsbericht für das Jahr 1956, Frankfurt/M., 1957, S. 41.

enthält der nächste Abschnitt nähere Einzelheiten.

3. Abriss der Entwicklung der nicht emissionsfähigen Betriebswirtschaften unter besonderer Berücksichtigung ihrer Kapitalversorgung.

a) Niedriger Jahresertrag und geringes Eigenkapital begründete hohen Bedarf an langfristigem Fremdkapital.

Zweifellos hat auch die grosse Anzahl mittelständischer Betriebswirtschaften durch die mit Hilfe der eingeräumten Sonderabschreibungsmöglichkeiten geschaffenen Selbstfinanzierungs-Erleichterungen im Laufe der letzten Jahre einen wesentlichen Aufschwung nehmen können. Zu den allgemein bestehenden wirtschaftlichen Vorteilen der Grossunternehmen, die nach Bickert¹⁾ "etwa durch Gross-einkauf, eigene Vertriebsorganisation, Mehrstufigkeit und entsprechende Ersparnis an der Umsatzsteuer sowie durch eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen gekennzeichnet sind" treten jedoch speziell bei der im Rahmen dieser Arbeit notwendigen Blickrichtung die sich aus der geringeren Kapitalkraft der mittelständischen Betriebe ergebenden Nachteile für diese. Es dürfte allgemein einleuchten, dass die Summe des in einem Grossbetrieb im Laufe eines Jahres erwirtschafteten Ertrages viel eher zur Durchführung eines wirtschaftlich sinnvollen, in sich abgeschlossenen Investitionsvorhabens ausreicht, als dies bei kleinen wirtschaftlichen Einheiten der Fall ist. Mit Hilfe der Sonderabschreibungsmöglichkeiten hatten somit in den vergangenen Jahren Grossunternehmen jederzeit die Möglichkeit, ihre Anlagen auf wirtschaftlich sinnvolle Weise ausschliesslich durch Selbstfinanzierung zu erweitern. Bei Mittel- und Kleinbetrieben ergeben sich demgegenüber zwischen der Grössenordnung

1) Bickert, G., Kapitalbildung -eine Lebensfrage der mittelständischen Wirtschaft in "Der langfristige Kredit", München, 1956, S. 197.

einer wirtschaftlich sinnvollen Investition und der Höhe des in einem bestimmten Zeitraum erzielbaren Ertrages fast immer kleinere oder grössere Divergenzen. Dieser Grundsatz erfährt auch dadurch keine Veränderung, dass hier die einzelnen wirtschaftlich sinnvollen Investitionsabschnitte wesentlich kleiner gehalten werden können.

Was gemäss Vorstehendem zur Selbstfinanzierung zu sagen ist, ergibt sich in entsprechender Abwandlung auch für die Eigenfinanzierung. Bei Grossunternehmen bestand auch in den vergangenen Jahren immer wieder die Möglichkeit der Aktienemission, während die mittelständischen Unternehmen nach der Vernichtung des Geldkapitals durch die Währungsreform auf keine wesentliche finanzielle Reserve zurückgreifen konnten. Es verwundert daher nicht, dass in der Phase des Wiederaufbaues der Eigenkapitalsanteil in der Bilanz, der zu Anfang schon niedrig war, noch weiter abnahm. Hierzu berichtet Bickert¹⁾ über 945 kleinere und mittlere Betriebswirtschaften aus dem Geschäftsbereich der Industriekreditbank AG., dass dort "der Anteil des Eigenkapitals von 43 Prozent im Jahre 1951 auf 38 Prozent im Jahre 1954" gefallen ist. Ferner "bei fast einem Viertel dieser Betriebe erreicht er nur 21,5 Prozent bis 23,5 Prozent".

Wir können somit allgemein davon ausgehen, dass speziell bei den nicht emissionsfähigen Betriebswirtschaften der Bedarf an zusätzlichem Kapital im Verhältnis zu den notwendigen Investitionsvorhaben relativ wesentlich höhere Grössenordnungen in den vergangenen Jahren annahm und noch heute annimmt als bei grossen Betriebswirtschaften. Bickert²⁾ schreibt hierzu, "am meisten gehen die Investitionsnotwendigkeiten und die greifbaren Mittel bei den kleinen und mittleren Betrieben auseinander. Wie der

1) Bickert, G., aaO. S. 198.

2) Bickert, G., Die Vorfinanzierung industrieller Investitionen in betrieblicher Sicht in "Der langfristige Kredit", München, 1956, S. 354.

Investitionstest des JFO-Institutes "(über die Investitionstätigkeit 1954 und 1955 sowie die Absichten für 1956)" vermuten lässt, müssten sich diese Betriebskategorien im wesentlichen auf Ersatzinvestitionen beschränken, wenn sie auf die eigene Finanzkraft angewiesen blieben. Bezüglich der Rationalisierung und Modernisierung ist eine breite Schicht von Unternehmen auf langfristige Kredite angewiesen".

b) Unzureichende Fremdkapitalversorgung.

Unter den in den Jahren nach der Währungsreform bestehenden Möglichkeiten zur Aufnahme eines langfristigen Kredits für mittelständische Unternehmen sind insbesondere die aus verschiedenen öffentlichen Fonds bereitgestellten Mittel zu nennen. Diese Gelder wurden vom Bund, den Ländern und diversen sonstigen öffentlichen Instanzen über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Vertriebenenbank und die in einzelnen Ländern der Bundesrepublik tätigen öffentlichen Spezialbanken -unter Einschaltung der örtlichen Hausbanken oder der Industriekreditbank AG.- ausgereicht. Der Einsatz dieser Kreditmittel musste jedoch naturgemäss, schon im Hinblick auf die Begrenzung der zur Verfügung stehenden Beträge, in erster Linie nach den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in den jeweils bestehenden Schwerpunkten erfolgen. Hier liegt schon ein wesentlicher Grund dafür, dass die im Rahmen dieser Arbeit betrachtete mittelständische Wirtschaft nicht in dem Ausmass Berücksichtigung finden konnte, wie es im Interesse einer gesunden Gesamtstruktur wünschenswert gewesen wäre. Daneben haben die Industriekreditbank AG aus dem Erlös ihrer Schuldverschreibungen und die Sparkassen und sonstigen Bankgruppen aus einem Teil der ihnen zur Verfügung stehenden Spareinlagen in nennenswertem Umfang Kredite an die mittelständische Wirtschaft gewährt.

Bickert¹⁾ berichtet hierzu, dass nach den Monatsberichten der Bank Deutscher Länder bis Ende 1955 mittel- und langfristige Kredite in Höhe von 40,8 Mrd DM gewährt wurden, in denen auch die über Banken geleiteten öffentlichen Mittel enthalten sind. "Unter den Kreditnehmern empfangt der Wohnungsbau den Hauptposten (15,9 Mrd DM). In weiterem Abstand folgte die Industrie (7,6 Mrd DM) und noch wesentlich weniger konnten Handwerk (0,8 Mrd DM) und Handel (1,4 Mrd DM) partizipieren." Eindeutig sind hierin lediglich die an das Handwerk gewährten Kredite dem Mittelstand zugeflossen. Bei den Krediten an den Handel kann unterstellt werden, dass ein Grossteil an nicht emissionsfähige Unternehmen ausgereicht wurde. Um über die in der Sparte Industrie den mittelständischen Betriebswirtschaften zugeflossenen Mittel Klarheit zu gewinnen, gliedert Bickert diese Mittel folgendermassen auf:

"Wichtige Grundstoffindustrie	5,29 Mrd DM
Investitionsgüter-Industrie	1,89 Mrd DM
Verbrauchsgüter-Industrie	1,52 Mrd DM"

und kommt angesichts der grossbetrieblichen Struktur der Grundstoffindustrien zu dem Schluss, dass einschliesslich der oben genannten Kredite an Handwerk und Handel die den Mittelstand repräsentierende Investitionsgüter- und Verbrauchsgüter-Industrie insgesamt nur etwa 5,6 Mrd DM erhalten hat. Dieser Betrag ist angesichts der grossen Zahl der mittelständischen Betriebe und ihres grossen Bedarfs auf jeden Fall als zu gering anzusprechen. Bickert²⁾ nennt im Anschluss an diese Ausführungen das Gesamtvolumen an Ausreichungen der speziell im langfristigen gewerblichen Kreditgeschäft tätigen Industriekreditbank mit 1.102 Mill DM, von denen 525 Mill DM zu den eingeplanten Mitteln gehören, "die von behördlicher Seite im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interes-

1) Bickert, G., Kapitalbildung, aao. S. 199.

2) Bickert, G., Kapitalbildung, aao. S. 200.

se zur Verfügung gestellt wurden und durch ihre Bindung an vordringliche Zweckaufgaben gekennzeichnet sind". Von den freiverfügbaren Mitteln von 576 Mill DM wurden 6.360 Kredite gewährt, die sich mit $2/5$ auf Beträge bis zu TDM 35 und mit fast $9/10$ auf Beträge bis zu TDM 100 verteilten. Ein wesentlicher Teilbetrag dieser freien Marktmittel entstammt aus den von dieser Bank in den Jahren 1949, 1954 und 1955 emittierten steuerfreien bzw. steuerbegünstigten Obligationen mit einem Gesamtbetrag per Ende 1955 von 405 Mill DM; der Rest stammt aus Versicherungsmitteln. Wie die Bank in ihren Jahresberichten mehrfach mitteilte, war ihr trotz häufigen Bemühens die Beschaffung weiterer Kapitalien zur Befriedigung der bestehenden realen Kreditnachfrage nicht möglich. So berichtet sie z.B. im Jahresbericht für das 6. Geschäftsjahr¹⁾: "Angesichts des auffallend grossen Kreditbedürfnisses, vor allem derjenigen Betriebe, die selbst keine Wertpapiere ausgeben können, musste die Bank auch im abgelaufenen Geschäftsjahr in erster Linie darauf bedacht sein, die notwendigen Finanzierungsmittel zu erhalten. Die Beschaffung bereitete jedoch trotz der sich bessernden Kapitalmarktlage noch immer erhebliche Schwierigkeiten." Durch Heranziehung verschiedener Finanzierungsquellen gelang es, "insgesamt grössere Mittel zu mobilisieren". Trotzdem war es nicht möglich, "die Nachfrage nach Investitionskrediten auch nur einigermaßen zu befriedigen, zumal der Anteil der Mittel öffentlicher Herkunft zurückging".

Von den Sparkassen, die nach Bickert²⁾ Ende 1955 13,2 Mrd DM Spareinlagenbestand aufweisen konnten, wurden "an Industrie, Gewerbe und Handel" "mittel- und langfristige Kredite in Höhe von 1.590 Mio DM gegeben".

1) Industriekreditbank AG., Geschäftsbericht über das sechste Geschäftsjahr (1. April 1954 bis 31. März 1955), Düsseldorf, 1955, S. 13.

2) Bickert, G., Kapitalbildung, aaO. S. 200.

Da der Kundenkreis der Sparkassen fast ausschliesslich dem Mittelstand zugehört, kann unterstellt werden, dass dieser Betrag voll der in dieser Arbeit interessierenden Firmengruppe zugeflossen ist. Bemerkenswert ist jedoch, dass im Einklang mit den Ausführungen zu Beginn dieser Arbeit der überwiegende Teil der Spareinlagen, soweit er zu langfristiger Ausreichung verwendet wurde, dem Wohnungsbau zufluss, da im gewerblichen Sektor diverse sicherungsmässige und sonstige Schwierigkeiten für Sparkassen bestehen.

Bickert erwähnt in diesem Zusammenhang auch die gewerblichen Kreditgenossenschaften, die nach dem Geschäftsbericht der Deutschen Genossenschaftskasse bis Ende 1954 an gewerbliche Betriebe langfristige Kredite von 230 Mill DM ausreichten. Im Rahmen des Gesamtbedarfs der mittelständischen Wirtschaft kommt dieser Summe jedoch eine untergeordnete Bedeutung zu.

c) Die Finanzierung des Wiederaufbaues erfolgte notgedrungen mit kurzfristigen Krediten.

Auf Grund der geringen Mittelbereitstellung war fast jeder mittelständische Betrieb in den vergangenen Jahren gezwungen, seine Investitionen in Erwartung einer weiteren guten Entwicklung aus kurzfristigen Bank-oder Lieferantenkrediten zu finanzieren. Bickert¹⁾ bringt in seinem Aufsatz über die Vorfinanzierung industrieller Investitionen in betrieblicher Sicht 2 Bilanzbeispiele, von denen das Beispiel 1 als Anlage III und das Bilanzbeispiel 2 als Anlage IV beigelegt sind. Beim Bilanzbeispiel 1 handelt es sich um einen "Mittelbetrieb der eisenverarbeitenden Industrie mit 50 Beschäftigten und einem Umsatz von DM 1,3 Mill im Jahre 1954"²⁾, der in diesem Jahr einen Gewinn von TDM 63 nach TDM 74 Abschrei-

1) Bickert, G., Vorfinanzierung, aaO. S. 355.

2) Bickert, G., Vorfinanzierung, aaO. S. 354.

bungen erzielte. Eigenkapitalausstattung und Liquiditätssituation sind als gesund anzusprechen. Ende 1954 wird der Entschluss gefasst "eine Erweiterungsinvestition im Betrage von DM 150.000,-- durchzuführen"¹⁾. Auf Grund des Auftragsbestandes und der Geschäftsentwicklung ist zu erwarten, dass im Jahre 1955 aus Abschreibungen und nicht entnommenem Gewinn insges. TDM 100 zur Finanzierung zur Verfügung stehen, so dass nur TDM 50 aus Betriebsmitteln entnommen werden müssten, was angesichts der bestehenden Situation als durchführbar anzusprechen ist. Wie jedoch die Aufgliederung der Bilanz 1955 zeigt, wuchs infolge der Investition der Betriebsmittelbedarf auch wesentlich an, so dass eine starke Erhöhung der kurzfristigen Schulden, vor allem der Lieferantenverbindlichkeiten, eintrat. Bickert²⁾ kommt angesichts der Liquidität zu dem Schluss, dass es erforderlich ist, "die Investitionen wenigstens Ende 1955 durch einen langfristigen Kredit von möglichst DM 100.000,-- nachzufinanzieren". Bilanzbeispiel 2 ist der Verbrauchsgüterindustrie entnommen. Es handelt sich um einen "grösseren Mittelbetrieb mit rd. 200 Beschäftigten und einem Umsatz von DM 2,82 Mill DM im Jahr 1954"²⁾. Bei Abschreibungen von TDM 137 wurde 1954 ein Gewinn von TDM 89 ausgewiesen. Eine Besonderheit des Betriebes ist, dass er nach dem Krieg stark ausgebaut wurde und alljährlich wesentliche Sonderabschreibungen absetzen kann. Für 1955 wird "eine Erweiterungsinvestition von DM 300.000,-- vergeben". Die bisherigen Investitionen wurden überwiegend durch Eigenfinanzierung und kurzfristige Fremdfinanzierung getragen, weshalb die Liquidität schon Ende 1954 als schwach anzusprechen ist. Wenn auch lt. Bilanzbild 1955 über die Hälfte der Investitionen aus Abschreibungen gedeckt werden konnte, hat sich die

1) Bickert, G., Vorfinanzierung, aaO. S. 354.

2) Bickert, G., Vorfinanzierung, aaO. S. 355.

Liquiditätsslage doch weiter angespannt. Bickert¹⁾ kommt daher zu dem Ergebnis: "Obwohl der hohe Kapitalumschlag bei anhaltend guter Beschäftigung im Laufe der Zeit eine Verflüssigung ermöglichen würde, erscheint auch hier in Anbetracht möglicher Absatzschwankungen eine Konsolidierung dringend geboten."

Zur Begründung dieser Meinung Bickerts seien die bei beiden Beispielen per Ende 1955 ausgewiesenen Bilanzsituationen mit den eingangs dieser Arbeit skizzierten Grundsätzen für eine ideale Finanzierung verglichen. Es ergibt sich, dass in beiden Fällen die dort fixierten Mindestanforderungen noch erfüllt sind. Die gemäss der zitierten Faustregel Beckmanns notwendige Mindestdeckung des Anlagevermögens und des betriebsnotwendigen Teils des Umlaufvermögens durch Eigenkapital ist jedoch in beiden Fällen nicht mehr vorhanden. Insbesondere beim Beispiel 2 muss es darüber hinaus als zumindest zweifelhaft angesehen werden, ob Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital zusammen den fixen Kapitalbedarf decken. Damit ist die finanzielle Situation bei beiden Unternehmen bereits als risikobehaftet anzusprechen. Hierzu sei vorausgeschickt, dass mittelständische Unternehmen im allgemeinen eine wesentlich schwächere Marktposition einnehmen, als Firmen der Grossindustrie. Im Hinblick darauf erscheint die Annahme, dass im Laufe eines Jahres eine Verschlechterung der Verdienstspanne b.z. 10% des Umsatzes eintritt, nicht abwegig, wenn man berücksichtigt, dass Kosten erhöhungen, Preissenkungen oder Forderungsverluste insgesamt ohne weiteres diesen Betrag in einem Jahr erreichen können. In diesem Falle würde bei Betrieb 1 eine Verminderung des Gesamtergebnisses (Gewinn + Abschreibungen) um TDM 191 eintreten, wodurch diese Betriebswirtschaft gezwungen wäre, einen Verlust auszuweisen, der über die

¹⁾ Bickert, G., Vorfinanzierung, aaO. S. 356

Höhe der jährlichen Abschreibungen hinausgeht. Bei Betrieb 2 wäre eine Minderung des Gesamtergebnisses um TDM 339 eingetreten, wodurch ebenfalls ein Verlust über die Höhe der Abschreibungen hinaus ausgewiesen werden müsste.

Infolge dieses Verlustausweises und der damit verbundenen Einengung der Eigenkapitalbasis müssten beide Unternehmen einen Überhang der kurzfristigen Schulden über das Umlaufvermögen von wesentlichem Ausmass ausweisen, wodurch die eingangs dieser Arbeit skizzierten Grundsätze für eine gesunde Finanzierung selbst in ihren Mindestforderungen nicht mehr eingehalten werden könnten.

Die allgemein bekannte schwächere Marktposition der mittelständischen Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren bei nicht wenigen Firmen, wenn auch mitunter verteilt auf mehrere Jahre, zu einer Entwicklung mit der oben beschriebenen Tendenz geführt. Wohl kann man hierzu feststellen, dass hieraus noch keine akute Gefährdung für die Existenz der betroffenen Betriebe hergeleitet zu werden braucht, schwerwiegend ist jedoch in diesem Zusammenhang, dass es diesen Unternehmen angesichts der bestehenden Anspannung, je nach dem Grad derselben, fast nicht mehr möglich ist, nennenswerte Rationalisierungsmaßnahmen zu finanzieren, um dadurch ihre Kostenstruktur soweit zu verbessern, dass sie wieder eine Aufwärtsentwicklung nehmen können.

Es verwundert in diesem Zusammenhang nicht, dass diverse Bankinstitute in ihren Jahresberichten auf die Notwendigkeit zur Konsolidierung der Firmenbilanzen hinweisen. So berichtet die Bayerische Vereinsbank¹⁾: "Besonders lebhaft war infolge der Konsolidierungsbestrebungen

1) Bayerische Vereinsbank, Kredit- und Hypothekenbank, Geschäftsbericht 1954, München, 1955, S. 20.

der Wirtschaft die Nachfrage nach mittel-und langfristigen Krediten." Die Industriekreditbank AG. schreibt in ihrem Geschäftsbericht über das siebente Geschäftsjahr¹⁾:

"Die Beobachtungen der Bank während der letzten Jahre bestätigen, dass bei der mittleren Industrie, dem Handel, Handwerk und den sonstigen Gewerbezweigen nach wie vor ein echter Kreditbedarf besteht, der trotz allgemeiner Restriktionsmassnahmen und ungeachtet der augenblicklichen Kapitalmarktlage dringend befriedigt werden muss." Sie stellt in diesem Zusammenhang ferner fest: "Aus eigener Kraft sind die hier in Betracht kommenden Betriebe nicht imstande, die notwendigen Mittel aufzubringen."

II. Folgerungen und Forderungen aus der vorbeschriebenen heutigen finanziellen Situation des gewerblichen Mittelstandes.

Kurz zusammengefasst lässt sich die wirtschaftliche Lage bei einem Grossteil der nicht emissionsfähigen Betriebe folgendermassen umschreiben:

Der angestaute Wiederaufbau-und Erneuerungsbedarf hat nach der Währungsreform zu grossen Investitionen geführt, die jedoch bei einer grossen Zahl von Firmen auf Grund von Verschiebungen der Marktlage, technischen Fortschritten bei der Konkurrenz und einer Reihe sonstiger Einflüsse trotz der eingeräumten Sonderabschreibungsmöglichkeiten wirtschaftlich nicht einwandfrei verkraftet werden konnten. Die notwendige Aufnahme langfristiger Kredite war im Hinblick auf die schwierige Kapitalmarktsituation nur bei einer sehr begrenzten Anzahl von Firmen möglich, weshalb die Liquiditätssituation nicht berücksichtigter Unternehmen schon heute, in der noch andauernden Hochkonjunktur, eine mehr oder minder starke Anspannung ausweist. Für den

¹⁾ Industriekreditbank AG., Geschäftsbericht über das siebente Geschäftsjahr 1955/56, Düsseldorf, 1956, S. 13.

Fall eines wesentlichen allgemeinen Konjunkturrückschlages ist bei diesen Firmen auf Grund der dann eintretenden verschlechterten Zahlungsweise sowie der Lagerwertverluste mit einer bedrohlichen Einengung der wirtschaftlichen Basis zu rechnen. Es erweist sich in diesem Zusammenhang als wesentlich, dass hohe kurzfristige Bankkredite für Investitionen verwendet wurden. Wenn wir uns daran erinnern, dass das im Anschluss an die Bankenkrise vom Jahre 1931 erlassene Kreditwesengesetz besonderes Augenmerk auf die Liquidierbarkeit der aus kurzfristig hereingenommenen Geldern gegebenen Ausleihungen der Banken richtet, so müssen wir uns angesichts der heute speziell in der mittelständischen Wirtschaft notgedrungenen Massen allgemein üblichen Praxis, mit kurzfristigen Geldern Investitionen zu finanzieren, fragen, welcher Unterschied zwischen beiden Tatbeständen besteht. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist jedenfalls der heute bestehende Zustand genau so kritisch zu betrachten, als das vor 1931 aus manchen Bankbilanzen ersichtliche Bild.

Bei Berücksichtigung der in gewerblichen Unternehmen im Krisenfall auftretenden sich gegenseitig steigernden negativen Momente ist u.U. zu befürchten, dass ein Grossteil der heute finanziell ungesund strukturierten Unternehmen falliert und darüber hinaus eine Reihe gesunder Unternehmen, die nicht rechtzeitig die Geschäftsbeziehungen mit kranken Unternehmen entsprechend abbauen konnten, in Schwierigkeiten kommt. Da dirigistische Massnahmen zur Beseitigung dieses Gefahrenmoments zumindest als sehr schwer durchführbar, wenn nicht unmöglich anzusprechen sind und öffentliche Kredithilfen schon angesichts der Höhe des Konsolidierungsbedarfs kaum das erforderliche Ausmass annehmen können, verbleibt als einzige Lösungsmöglichkeit eine Konsolidierung der Firmenbilanzen mit Hilfe marktkonformer Mittel in möglichst naher Zukunft.

Bei Verwendung der heute tätigen Organe des Kapitalmarktes als Mittler im Rahmen dieser Konsolidierungsaktion wäre ein wesentlich grösseres Sparaufkommen notwendig, um den Bedarf der mittelständischen Betriebswirtschaften zu tragbaren Zinssätzen befriedigen zu können. Da jedoch die Sparer in den vergangenen Jahren durch diverse Augenblickmassnahmen verwirrt wurden und daher noch nicht die zum kontinuierlichen Sparen notwendige Beständigkeit an den Tag legen und andererseits "an die Stelle der vorsorglichen Rücklagenbildung" nach Hölzer¹⁾ "weitgehend eine befristete Spartätigkeit, meist mit dem offensichtlichen Ziel, die Lebensführung zu verbessern, sie dem Niveau anderer anzugleichen", getreten ist, mit anderen Worten ein reines Zwecksparen vorherrscht, besteht für die nächste Zeit keine Aussicht auf eine wesentliche Vergrösserung des allgemeinen Sparaufkommens.

Die erstrebte Konsolidierung der Firmenbilanzen im Mittelstand kann somit nur dann erreicht werden, wenn es gelingt, den Gedanken des Zwecksparens auch auf dem Gebiet der gewerblichen Finanzierung zu verwirklichen, mit anderen Worten, wenn diejenigen, die den Vorteil aus dem volkswirtschaftlichen Sparvorgang durch die Zuteilung von Krediten selbst geniessen, auch an der Bildung von Sparkapital unmittelbar interessiert werden können.

Bei einer kritischen Stellungnahme zu den Auswirkungen der steuerlichen Sonderabschreibungsmöglichkeiten taucht häufig das Argument auf, dass eine Reihe von Unternehmen ihre Investitionen nach den daraus erwachsenden steuerlichen Einsparungsmöglichkeiten orientieren, wenn auch durch diese Investitionen ihre wirtschaftliche Struktur verschlechtert wird. In Würdigung dieser Hand-

1) Hölzer, H., Wandlung der Sparmotive in "Der Volkswirt", Sondernummer "Sparen und Investieren", Frankfurt/M., 1956. S.20.

lungsweise lässt sich feststellen, dass das Zwecksparen bei gewerblichen Unternehmungen in einer Reihe von Fällen eine günstige Aufnahme finden kann, wenn die aus Sonderabschreibungen sich ergebenden steuerlichen Vorteile statt mit der Tatsache einer Investition lediglich mit der Ansammlung von Mitteln für Investitionen verbunden werden. In diesem Falle dürfte die Zinsvergütung für den Sparer von untergeordneter Bedeutung sein, da ihm daneben steuerliche Vorteile erwachsen und ausserdem ein billiger Kredit für die Restfinanzierung seines Vorhabens in Aussicht gestellt wird. Die Kreditkostenfrage, die für viele mittelständische Unternehmen im Hinblick auf die bei ihnen relativ niedrige Ertragskraft von wesentlicher Bedeutung ist, lässt sich dadurch in dem gewünschten Sinne lösen.

III. Beispiel einer Zwecksparkasse:

Die deutsche Bausparkasse, ihre Entwicklung und heutige Leistungsfähigkeit.

Nach rd. 40 Jahren gesetzlich manipulierter Miete erscheint es uns heute als unwahrscheinlich, dass allein die Kapitalsumme einer ersten Hypothek zur Finanzierung des wesentlichen Teils eines Wohngebäudes in den Jahren vor 1914 ausreichte und aus den damals auf dem freien Markt vereinbarten Mieten eine einwandfreie Verzinsung und Tilgung dieser Hypothek möglich war. Gründe dafür, dass heute derartige Möglichkeiten nicht mehr bestehen, liegen einmal in der zwischenzeitlich erfolgten Steigerung der Baukosten im Jahre 1956 auf 334 %¹⁾ gegenüber 1913 (bei infolge gesetzlicher Bindung nahezu gleich gebliebener Rendite der Objekte) und zum anderen darin, dass unsere heutigen Ansprüche wesentlich über die seinerzeitigen gestiegen sind. Das Auseinanderklaffen der Beleihungsmöglichkeiten und der Baukosten führte naturgemäss zu stärkeren Anforderungen an das Eigenkapital

1) Vergl. Anlage V dieser Arbeit.

der Bauinteressenten. In dem Bewusstsein, dass jeder einzelne noch eine gewisse Zeit sparen muss, um die erforderlichen eigenen Mitteln anzusammeln, tauchte bald der Gedanke auf, die bereits vorhandenen Beträge in einen Fonds zusammenzulegen und hieraus nach bestimmten Grundsätzen einige der Sparer in die Lage zu versetzen, ihr Bauvorhaben bevorzugt durchzuführen. Damit war die Idee der Bausparkasse geboren.

Nach Fischer-Dieskau¹⁾ wurde "der Gedanke des kollektiven Bausparens" in Deutschland "nach dem ersten Weltkriege begeistert aufgenommen". Nun ist allerdings für die damalige Zeit zu berücksichtigen, dass das reine Kontensparen für die Altersvorsorge und aus ähnlichen, dem normalen Kapitalmarkt förderlichen Motiven noch weit verbreitet war. Dadurch verwundert es nicht, dass "der Beitrag des kollektiven Bausparens für die Gesamtfinanzierung des Wohnungsbaues" "in der ersten Blütezeit der Bausparkassen"¹⁾ noch "recht bescheiden" war. Fischer-Dieskau berichtet, dass nach den damals noch unvollständigen Statistiken "die privaten und öffentlichen Bausparkassen zusammen in den Jahren 1926 bis 1938" jährlich "etwa 50 - 100 Mio RM" Gesamtbeitrag für den Wohnungsbau lieferten. Nach der Währungsreform 1948 erlebten die Bausparkassen eine starke Geschäftsbelebung. Nach den von der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth, Ludwigsburg, in ihrem Bericht über das 31. Geschäftsjahr (1956) vorgelegten Tabellen²⁾ ist der für Neubauten verwendete Anteil der Bausparkassen am Gesamtauffinanzierungsanteil der Kapitalsammelstellen von 1936 mit 9,4% auf 33,6% im Jahre 1956 angestiegen. Hinzuzurechnen sind die nach Fussnote 3 zu dieser Tabelle für Hauskäufe usw. von den Leistungen der Bausparkassen abgesetzten Beträge, so dass die Gesamt-

1) Fischer-Dieskau, Aufstieg der Bausparkassen in "Der Volkswirt", Sondernummer "Sparen und Investieren", Frankfurt/M., 1956, S. 48.

2) Siehe Anlage VI dieser Arbeit.

auszahlungen der Bausparkassen 1955 bei 1.562 Mio DM und 1956 bei 1.955 Mio DM lagen. (Demgegenüber haben die Pfandbriefinstitute als weitere wesentliche Finanzgruppe im Jahre 1955 noch 1.850 Mio DM und im Jahre 1956 nur mehr 1.613 Mio DM bereitgestellt.)

Für diese Entwicklung gibt Fischer-Dieskau¹⁾ folgende Begründung: "Die ungeheuere, drückende Wohnungsnot einerseits, die Unergiebigkeit des Kapitalmarktes andererseits schufen für das kollektive Bausparen sehr gute Voraussetzungen." Hinzuzufügen wäre nach Meinung des Verfassers noch, dass der bereits angeführte Wandel in den Sparmotiven wesentlich zur Verbreitung des Zwecksparens und damit zum Abschluss von Sparverträgen mit dem Ziel der Erlangung billiger Gelder, mit anderen Worten also auf dem Wohnbausektor von Bausparverträgen beitrug.

Für einen Vergleich mit dem Problembereich dieser Arbeit ist mit von Bedeutung, dass nach Fischer-Dieskau¹⁾ "die durch die Grosse Steuerreform erlassenen einschränkenden Bestimmungen über steuer-oder prämienbegünstigte Bausparverträge" zwar die absoluten Bausparbeiträge nicht gemindert haben, jedoch bewirkt haben, "dass grössere Sparbeträge aus dem Kreis der grösseren Einkommens-träger weggefallen sind", dafür aber eine "stärkere Beteiligung der einkommensschwächeren Schichten" eintrat. Damit ist heute festzustellen, dass die breite Masse für den Gedanken eines kollektiven Bausparens gewonnen werden konnte. Es verwundert daher nicht, dass die bei den 13 öffentlichen und 17 privaten Bausparkassen nach Fischer-Dieskau²⁾ Ende des Jahres 1955 bestehenden "über 1.4 Millionen Verträge über eine Vertragssumme von 18.3 Milliarden DM" sich im Laufe des Jahres 1956

1) Fischer-Dieskau, a.a.O. S. 48.

2) Fischer-Dieskau, a.a.O. S. 49.

auf über 1.7 Millionen¹⁾ Verträge über eine Vertragssumme von 23.10 Milliarden DM vermehrt haben, so dass für die Zukunft eine weitere Aufwärtsentwicklung erwartet werden kann.

IV. Vorschlag:

Gründung einer Investitionssparkasse des gewerblichen Mittelstandes unter Zugrundelegung des Bausparsystems.

1. Grundsätzliches.

Die sehr gute Entwicklung der Bausparkassen im Laufe der letzten Jahre regt angesichts der Kreditnot der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft zu dem Gedanken an, das im Wohnbausektor mit derartigem Erfolg betriebene System auch auf das Gebiet der Finanzierung der gewerblichen Wirtschaft zu übertragen. Da jedoch Wohnungsbaukredite gegenüber gewerblichen Krediten wesentliche Unterschiede aufweisen, muss ein hierfür geschaffenes Institut trotz seiner Gleichheit im grundsätzlichen System diverse Unterschiede gegenüber dem heutigen deutschen Bausparkassenwesen aufweisen.

Das Grundprinzip der Bausparkassen, die mit Obst-Hintner²⁾ zu beschreiben sind als "Unternehmungen, bei denen durch die Leistungen mehrerer Sparer ein Vermögen aufgebracht werden soll, woraus die einzelnen Sparer Darlehen" zu den anfallenden Finanzierungszwecken auf dem Wohnbausektor "erhalten", müsste jedoch auch bei der Investitionssparkasse mit der Modifizierung erhalten bleiben, dass ihre Darlehen zur Finanzierung von gewerblichen Investitionen aller Art Verwendung finden sollen. Damit ist festzustellen, dass nach Meier-Grüner³⁾ "das

1) Entnommen aus: Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Hstenroth, Ludwigsburg, Bericht über das 31. Geschäftsjahr (1956), Ludwigsburg, 1957, S. 50.

2) Obst-Hintner, a.a.O. S. 223.

3) Meier, W.-Grüner, Das Gesetz über die Beaufsichtigung der Bausparkassen, Berlin, 1931, S. 12.

typische Merkmal der Bausparkasse", "das Sparen im Kollektiv" auch hierfür kennzeichnend sein muss. Es ist daher auf ein Unternehmen dieser Art die Bestimmung des § 112 Absatz (2) Versicherungsaufsichtsgesetz¹⁾ "Geschäftsbetriebe, die wirtschaftlich dieselben oder ähnliche Zwecke wie Bausparkassen verfolgen", können "den für diese geltenden Vorschriften" unterstellt werden- zutreffend. Da gemäss § 5 Versicherungsaufsichtsgesetz²⁾ Bausparkassen "zum Geschäftsbetrieb der Erlaubnis der Aufsichtsbehörde" bedürfen, ist auch der Betrieb einer Investitionssparkasse genehmigungspflichtig. Mit dem entsprechenden Antrag ist der Geschäftsplan einzureichen, aus dem Zweck und Einrichtung der Unternehmung, der Bezirk des beabsichtigten Geschäftsbetriebes sowie auch die Verhältnisse klarzulegen sind, woraus sich die künftigen Verpflichtungen des Unternehmens als dauernd erfüllbar ergeben sollen. "Als Bestandteil des Geschäftsplanes sind besonders einzureichen:

1. Der Gesellschaftsvertrag oder die Satzung wenn die Unternehmung darauf beruht;
2. die allgemeinen (Versicherungs-) Spar- und Darlehensbedingungen und die fachlichen Geschäftsunterlagen, soweit solche nach der Art der (Versicherungen) Bausparkassen erforderlich sind."²⁾

Da sich diese Arbeit mit der grundsätzlichen Frage der Übertragungsmöglichkeit des Bausparsystems auf das Gebiet der gewerblichen Finanzierung befasst, kann über die Beantwortung der Frage nach der Rechtsform, dem Gesellschaftsvertrag und der Satzung der Investitionssparkasse hinweggesehen werden. Anders verhält es sich jedoch mit den allgemeinen Spar- und Darlehensbedingungen. Sie repräsentieren das Sparsystem und werden uns daher weiter beschäftigen.

1) Meier-Gruner, Das Gesetz über die Beaufsichtigung der Bausparkassen, Berlin, 1931, S. 11.

2) Meier-Gruner, Das Gesetz über die Beaufsichtigung der Bausparkassen, Berlin, 1931, S. 17.

In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, dass nach Obst-Hintner¹⁾ "die Idee des Gemeinschaftssparens", die zunächst durch Bausparkassen verwirklicht wurde, "im weiteren Verlauf nicht auf das Bausparen beschränkt" blieb. Unter den in der folgenden Zeit entstandenen zahlreichen Zwecksparunternehmen "befanden sich allerdings nicht wenige, deren Geschäftsgebarung keinesfalls einwandfrei war, so dass schliesslich durch Gesetz vom 13. Dezember 1935 die Zwecksparunternehmungen aufgelöst wurden".

Angesichts dieser rechtlichen Situation ist daher als wesentliches Problem die Frage zu lösen, wie die Struktur eines Investitionssparsystems gestaltet sein müsste, um den für das Sparen im Kollektiv geltenden Bestimmungen zu entsprechen, ohne gegen die für die gewerbliche Kreditgewährung massgeblichen Grundsätze zu verstossen.

Die Bausparkassen dienen der Finanzierung des Wohnungsbaues. Für sie haben daher die Fragen nach dem während der Dauer der Beleihung des Objekts mit grosser Wahrscheinlichkeit erzielbaren Mietertrag sowie dem daraus errechneten Ertragswert und dem im Ernstfalle erzielbaren Erlös aus dem Verkauf des Objekts eine wesentliche Bedeutung. Die Beleihung der Bausparkassen ist somit in erster Linie objektgebunden. Die Investitionssparkasse soll Kredite an die gewerbliche Wirtschaft geben. Hierfür kann nicht das beim Wohnungsbau übliche Beleihungsschema angewandt werden, denn "der Ertragswert eines Betriebes ist" mit Tridon²⁾ "nicht nach einem Mietpreis für den Quadratmeter Nutzfläche zu beurteilen". Eine derartige Behandlung wäre nach Tridon höchstens denkbar, "wenn die

1) Obst-Hintner, aaO. S. 224.

2) Tridon, M., Der Unterschied zwischen kurzfristigem und langfristigem Kreditgeschäft in "Der langfristige Kredit" München, 1955, S. 309.

Räume des Betriebes als solche so errichtet sind, dass sie nach Lage und Beschaffenheit ohne Schwierigkeiten auch getrennt zu vermieten sind und mit Interessenten hierfür jederzeit zu rechnen ist". Abgesehen von diesem Sonderfall, der für eine Kreditgewährung an gewerbliche Betriebe als nur in den seltensten Fällen zutreffend unberücksichtigt bleiben kann, ist "der Ertragswert eines Betriebes abhängig von der Art der Betriebsführung, der Organisation, der Produktion, den Unkosten und den Absatzmöglichkeiten der Erzeugnisse sowie den hierfür zu erzielenden Preisen".

Zu einer Kreditgewährung an gewerbliche Unternehmen "ist daher die Beurteilung der Bilanz, der betrieblichen Organisation und der Rentabilität des Unternehmens unerlässlich"¹⁾. Hinzu kommt, dass speziell beim langfristigen gewerblichen Kreditgeschäft es notwendig ist, "die etwaige Übersetzung mit Betrieben dieser Branche, die Entwicklungsaussichten und die Krisenempfindlichkeit der in Betracht kommenden Branche und die besondere Entwicklungswahrscheinlichkeit hinsichtlich der Liquidität und Rentabilität gerade dieses Betriebes für die Laufzeit des Darlehens zu erforschen".

Wenn man zu diesen Momenten noch berücksichtigt, dass der Geber langfristigen Geldes abseits steht und daher "nicht die unmittelbare Fühlung mit dem Kunden hat"²⁾, so erscheint der Schluss Tridons¹⁾ berechtigt: "Langfristige Industriekredite sollten daher grundsätzlich nur von solchen Instituten gewährt werden, die ihrer Organisation nach auch eine laufende Überwachung der Verhältnisse vornehmen können. Für Institute, deren Ausleihungen mündelsicher sein sollen, erfüllen langfristige Industriekredite die notwendigen Voraussetzungen nur selten."

1) Tridon, M., aaO. S. 310.

2) Tridon, M., aaO. S. 309.

Die Frage der Durchführbarkeit einer Übertragung des Bausparsystems auf das Gebiet der gewerblichen Finanzierung steht und fällt auf Grund des Vorgesagten daher mit der Möglichkeit einer den berechtigten Interessen der in der Investitionssparkasse Sparenden auf Sicherheit ihrer Spareinlagen gerechtfertigten Absicherung der Ausreichungen der Investitionssparkasse, die so beschaffen sein muss, dass eine einwandfreie Geschäftsführung der Investitionssparkasse jederzeit im Prinzip als sichergestellt anzusprechen ist. Diese Frage wird uns bei der Besprechung der Sicherheit des Investitionssparkassendarlehens noch eingehend beschäftigen.

2. Wesentliche Einzelheiten.

Als Diskussionsbasis für diesen Abschnitt dienen die in der Anlage VII zum Vergleich beigefügten Bausparbedingungen I (Vollfinanzierungsvertrag) und die in der Anlage VIII beigefügten Bausparbedingungen II (Teilfinanzierungsvertrag) der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth, als der ältesten und grössten privaten deutschen Bausparkasse.

Der Vollfinanzierungsvertrag umfasst nach Krahn¹⁾ "das anzuspargende Eigenkapital, die II. Hypothek der Bausparkasse und die von der Bausparkasse zu vermittelnde I. Hypothek. Das ergibt zusammen die 'Vertragssumme'. 40% dieser Vertragssumme entfallen auf die I. Hypothek; die restlichen 60% werden 'Bausparsumme' genannt".

Beim Teilfinanzierungsvertrag ist demgegenüber die I. Hypothek nicht in der Vertragssumme enthalten, weshalb hier Bausparsumme und Vertragssumme identisch sind. Da nach den eingangs dieser Arbeit skizzierten Beleihungsschwierigkeiten Hypotheken zur Finanzierung ge-

1) Krahn, A., Technik des Deutschen Bausparens, Ludwigsburg, 1955, S. 17.

werblicher Unternehmen nur in Ausnahmefällen herangezogen werden können, ist eine Unterscheidung zwischen Voll- und Teilfinanzierungsvertrag für die Investitionssparkasse nicht erforderlich. Es wurde daher aus den Bausparbedingungen II der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth als Anlage IX ein Vorschlag für Sparbedingungen der Investitionssparkasse des gewerblichen Mittelstandes gebildet, dessen wesentliche Besonderheiten im folgenden besprochen werden.

a) Allgemeine Vertragsgrundlagen.

Da jede natürliche Person Eigentum an Wohngebäuden erwerben kann, besteht nach den geltenden Grundsätzen für jedermann die Möglichkeit des Abschlusses eines Bausparvertrages und damit die Möglichkeit, ein Darlehen der Bausparkasse gewährt zu erhalten. Die Investitionssparkasse soll demgegenüber Darlehen zur Finanzierung gewerblicher Investitionen gewähren. Als Vertragspartner kommen daher für sie grundsätzlich nur gewerbliche Unternehmen in Frage. Daneben soll jedoch für Nachwuchskräfte (speziell im Handwerk) -ähnlich den bei diversen Einzelhandelsgenossenschaften üblichen Sparmöglichkeiten für Jungkaufleute- die Möglichkeit bestehen, sich die zu einer späteren Existenzgründung notwendigen Kapitalien anzusparen. Hierzu sei auf Rössle¹⁾ verwiesen, der die Forderung stellt, "dass der Gründer einen selbst erworbenen Spargroschen investiert" und darauf hinweist, dass die Tatsache, "dass es ihm gelungen ist, einen kleinen Kapitalstock zum Zwecke der Errichtung einer Betriebswirtschaft selbst zu schaffen", seine unternehmerischen Fähigkeiten beweist. Da diese Möglichkeit jedoch im Rahmen der Gesamtfragenstellung dieser Arbeit nur am Rande interessiert, wird sie in den künftigen Ausführungen ausser acht gelassen.

1) Rössle, K., aaO. S. 111.

Die Vertragssumme richtet sich bei der Bausparkasse nach der Sparfähigkeit des Bausparers und der Grösse und Ausstattung des angestrebten Hauses. Entsprechend ist auch für die Investitionssparkasse die Grösse des Unternehmens und die Höhe des beabsichtigten Vorhabens massgeblich für die Höhe der Sparsumme. Die Mindesthöhe für die Vertragssumme beträgt bei der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth im Vollfinanzierungsvertrag TDM 3¹⁾, im Teilfinanzierungsvertrag dementsprechend TDM 1,8²⁾. Da in diversen Handwerksbetrieben auch mit der erstgenannten kleiner Summe schon unter Umständen ein wirtschaftlich sinnvolles Vorhaben durchgeführt werden kann, empfiehlt es sich, diese Untergrenze festzulegen.

b) Absicherung des Investitionssparkassendarlehens.

Das besonders in den im Hypothekenbankgesetz enthaltenen Anlagebestimmungen für Hypothekenbanken und Sparkassen rechtlich festgelegte öffentliche Interesse an der Sicherung der Gegenwerte von Spareinlagen und Pfandbriefen erfuhr in den Bestimmungen für das Bausparwesen im Hinblick auf die hier gesondert gelagerten Interessen der einzelnen Sparer (Verträge werden vor allem zum Zwecke der Erlangung von Bauspardarlehen abgeschlossen) eine wesentliche Wandlung. Gem.§ 118 Absatz (3) des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen ist ganz allgemein lediglich "dingliche Sicherung der Baudarlehen"³⁾ erforderlich, wobei die Beleihungsgrenze keine gesetzliche Regelung erfuhr. Aus der Praxis der Zuteilungssysteme ergab sich nach einer gewissen Anlaufzeit, dass sich eine "Beleihung durch die Bausparkassen bis zu 80%

1) Vergl. Anlage VII, S. 5.

2) Vergl. Anlage VIII, S. 5.

3) Meier-Gruner, aaO. S. 30.

des Beleihungswertes" ¹⁾ allgemein durchsetzte. Bis zu dieser Höhe besteht für die Bausparkasse bei Neubauten (dem Regelfall, bei Altbauten behelfen sich die Bausparkassen durch entsprechend niedrigere Festsetzung des Beleihungswertes) im Hinblick auf den Zustand des Gebäudes eine grosse Wahrscheinlichkeit, im Ernstfalle aus einem Verkauf des Objektes in voller Höhe Befriedigung zu finden.

Für die gewerbliche Wirtschaft ist eine Lösung der Sicherungsfrage wie in der Wohnungswirtschaft nicht empfehlenswert, weil die Feststellung des Beleihungswertes im hypothekenrechtlichen Sinne immer problematisch sein muss und das im langfristigen gewerblichen Kredit liegende Risiko einem Unternehmen, das die Ansammlung von Spargeldern bezweckt, zumeist eine Betätigung auf diesem Gebiet wesentlich erschwert ²⁾. Der Weg zur Lösung dieser Frage muss daher anders gesucht werden.

Aus einem Vergleich der Sicherheiten für Darleher der Bausparkassen mit den für Hypotheken geforderten ist ersichtlich, dass dort der Grundsatz der Mündelsicherheit in gewissem Umfange aufgegeben wurde, um den Bausparkassen die notwendige Bewegungsmöglichkeit zu schaffen. Eine weitergehende Aufgabe dieses Grundsatzes wäre angesichts des mit den Ausleihungen der Investitionssparkasse verbundenen gewerblicher Kreditrisikos nicht zu vermeiden, wenn man die Darlehen dieses Institutes direkt an die jeweiligen Firmen ausreichen würde. Da dies jedoch nach den zur grundsätzlichen Problemstellung ³⁾ gemachten Ausführungen zweifellos die ordnungsgemässe Abwicklung des Geschäftsbetriebes dieses Institutes (zumindest in Perioden einer rückläufigen Konjunkturentwicklung) stark beein-

1) Krahn A., aaO. S. 23.

2) Vergl. Seite 15 dieser Arbeit.

3) Vergl. Seite 48 dieser Arbeit.

trächtigen, wenn nicht fast unmöglich machen würde, empfiehlt es sich, bei der Investitionssparkasse statt einer weiteren Abwandlung des Begriffes Mündelsicherheit einen anderen, heute in der Wertung des Risikos von Kapitalsanlagen bereits bekannten heranzuziehen.

Hierfür bietet sich der aus der Anlegetätigkeit der Versicherungsgesellschaften herrührende Begriff der Deckungsstockfähigkeit an. Er besagt, dass eine mit diesem Prädikat ausgestattete Kapitalanlage in den als Gegenposten zu den langfristigen Risikorückstellungen dienenden Deckungsstock der Versicherungsgesellschaft aufgenommen werden darf. Da heute schon Darlehen von Versicherungsgesellschaften, die diese an gewerbliche Unternehmen über eine entsprechend bonitierte Bank unter deren Primärhaftung (wobei die Bank Grundschulden zu ihren Gunsten bestellen lässt, an die Versicherungsgesellschaft intern abtritt und für sie treuhänderisch hält) gewähren, ohne Schwierigkeiten als deckungsstockfähig erklärt werden können, besteht grundsätzlich keine Schwierigkeit, diese Konstruktion auch auf die Darlehen der Investitionssparkasse anzuwenden. Die durchleitende Bank muss als primärhaftendes Institut die termingerechte Begleichung der Zins- und Tilgungsraten auch dann vornehmen, wenn der Letztschuldner wegen irgendwelcher Umstände hierzu nicht in der Lage ist. Dadurch wird das im langfristigen Gewerbekredit liegende Risiko in ausreichendem Masse abgesichert und die im Interesse der Spargemeinschaft notwendige Gewähr für eine ordnungsgemässe Regulierung der Darlehen der Investitionssparkasse geschaffen.

Die Feststellung, dass eine Kapitalanlage deckungsstockfähig ist, obliegt dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen. Da gemäss § 119 Versicherungsaufsichtsgesetz¹⁾ zur Überwachung der Zuteilungs-

1)
Meier-Gruner, aaO. S. 51.

politik der Bausparkassen bei jeder Bausparkasse durch das Bundesaufsichtsamt "ein Vertrauensmann zu bestellen" ist, könnte im Falle der Investitionssparkasse durch ihn zugleich über die Deckungsstockfähigkeit der jeweiligen Darlehensgewährung entschieden werden, was das heute etwas umständliche Feststellungsverfahren wesentlich vereinfachen dürfte und dadurch einen zügigen Geschäftsablauf ermöglichen würde.

Die durchleitende Bank muss entsprechend dem bisher bei deckungsstockfähigen Darlehen üblichen Verfahren für das von ihr verwaltete Darlehen der Investitionssparkasse erstrangige Grundschulden bestellen oder von bereits bestehenden Grundschulden erstrangige Teilbeträge heranziehen und ihre Rechte aus diesen Grundschulden an die Investitionssparkasse abtreten sowie die Grundschulden treuhänderisch für sie halten.

Die Beurteilung der durch die Grundschuld zur Haftung herangezogenen Werte obliegt naturgemäss in erster Linie dem durchleitenden Bankinstitut. Da die Behandlung dieser Frage bei den einzelnen Banken verschieden ist, sei in diesem Zusammenhang besonders auf die Tätigkeit der Industriekreditbank AG., die sich speziell mit der Gewährung langfristiger Kredite an gewerbliche Unternehmen befasst, verwiesen. Bei ihr **muss im allgemeinen** die Gesamtsumme aus der Hälfte des vorsichtig ermittelten Verkehrswertes der Liegenschaften und einem Drittel des Zeitwertes der als Zubehör zum Grundstück mithaftenden Maschinen mindestens den bestehenden Kreditbetrag voll decken.

Abschliessend sei noch darauf verwiesen, dass unter Umständen bei gewerblichen Unternehmen ohne Grundbesitz daran gedacht werden kann, dass von der durchleitenden Bank anstelle einer Grundschuld eine Bürgschaft der zur

Förderung des Mittelstandes in den vergangenen Jahren gegründeten Kreditgarantiegemeinschaften hereingenommen wird. Hierfür wären jedoch die gesetzlichen Voraussetzungen, schon im Hinblick auf das Erfordernis der Deckungsstockfähigkeit der Darlehen der Investitionssparkasse, erst zu schaffen.

Die Bausparkassen sehen heute in ihren Bedingungen allgemein vor, dass zur zusätzlichen Absicherung des Baudarlehens eine Risikolebensversicherung¹⁾ auf das Leben des Darlehensnehmers abgeschlossen wird, wobei die Versicherungssumme sich im Zuge der vereinbarten Tilgungsleistung alljährlich verringert. Dieser Forderung liegt der Gedanke zugrunde, dass im Falle des Todes des Hausbesitzers, der meistens zugleich Ernährer der im Hause wohnenden Familie ist, eine weitere ordnungsgemässe Rückführung des Darlehens häufig in Frage gestellt ist und eine dadurch erforderlich werdende Zwangsverwertung des Objektes unter den skizzierten Umständen negative Auswirkungen für die Werbung neuer Bausparer nach sich zieht. Da für Darlehen der Investitionssparkasse die Primärhaftung einer Bank, die auf jeden Fall ihrerseits das Darlehen ordnungsgemäss zu tilgen verpflichtet ist, vorgesehen ist, braucht hier nicht befürchtet zu werden, dass aus den skizzierten Umständen heraus die termingerechte Rückführung in Frage gestellt wird. Ein obligatorischer Versicherungsabschluss ist somit nicht notwendig. Unbeschadet dessen ist für viele Betriebswirtschaften des Mittelstandes, vor allem aus dem Handwerk und dem Handel, deren Existenz überwiegend von der Tüchtigkeit und den besonderen Fähigkeiten des Inhabers abhängt, die Überlegung zweckmässig, ob nicht durch einen solchen Versicherungsabschluss im Zusammenhang mit der Aufnahme eines langfristigen Kredites das wirtschaft-

1) Vergl. Anlage VII, S. 6 und Anlage VIII S. 6.

liche Risiko wesentlich verringert werden kann. Die Entscheidung, ob ein derartiger Versicherungsabschluss auf Grund der kreditmässigen Gegebenheiten (mangels entsprechender anderer bereits bestehender Verträge) erforderlich ist, muss jedenfalls der durchleitenden Bank überlassen bleiben.

c) Zinssätze.

Wie Krahn¹⁾ feststellt, beträgt bei den deutschen Bausparkassen "der Darlehenszins meist 5%; bei einigen Bausparkassen auch 4,5%. Für die Bausparguthaben werden 2,5 - 3% vergütet. Die Kassen benötigen für die Verwaltung, Abschreibung usw. 2 bis 2,5%". Dementsprechend finden wir in den beigegeführten Bedingungen Wüstenroth²⁾ als Einlagenzinssatz 3% und als Darlehenszinssatz 5%³⁾.

Der Spareinlagenzinssatz liegt etwas unter dem heute für Spareinlagen erzielbaren Zinssatz. Da für die Zwecksparer nicht die Zinsvergütung massgeblich ist, sondern vor allem "der Anspruch auf ein Darlehen"⁴⁾, empfiehlt es sich, den Einlagenzinssatz von 3% auch beim Investitionssparen beizubehalten.

Der Darlehenszinssatz muss jedoch demgegenüber bei der Investitionssparkasse anders festgesetzt werden, da hier ja die Einschaltung einer primärhaftenden Bank auf Grund des in der gewerblichen Kreditgewährung liegenden höheren Risikos notwendig ist. Hierzu sei daran erinnert, dass in der von Krahn¹⁾ festgestellten Spanne der Bausparkasse von 2- 2,5% das Entgelt für entstehende Unkosten (Verwaltung, Abschreibung usw.) und ein Risikozuschlag ent-

1) Krahn, A., aaO. S. 57.

2) Vergl. Anlage VII, S. 5 und Anlage VIII, S. 5.

3) Vergl. Anlage VII, S. 6 und Anlage VIII, S. 6.

4) Krahn, A., aaO. S. 16.

halten sind. Da dieses Risiko der Investitionssparkasse durch die primärhaftende Bank weitgehend abgenommen wird, genügt es, wenn zur Deckung der verbleibenden Unkosten eine Spanne von $1\frac{1}{2}\%$ festgelegt wird, so dass der Zinssatz bei der Weitergabe eines Darlehens an die eingeschaltete Bank mit $4,5\%$ festzusetzen ist. Die primärhaftende Bank ihrerseits trägt das Kreditrisiko. Dieses ist im gewerblichen Sektor höher als im Wohnbau, weshalb die Vergütung entsprechend grösser sein muss. In Anlehnung an die bei Refinanzierungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau in den vergangenen Jahren von dieser eingeräumten Sätze wird hierfür eine Spanne von $1\frac{1}{2}\%$ für ausreichend gehalten, so dass der Zinssatz für den Endkreditnehmer sich auf 6% beläuft.

d) Tarifstruktur, Zuteilungsmodus.

Abgesehen von der bereits behandelten Unterscheidung zwischen Voll- und Teilfinanzierungstarif, die für die Investitionssparkasse nicht von Bedeutung ist, kennt das deutsche Bausparkassenwesen nach Krahn¹⁾ hinsichtlich der Ansparweise die Unterscheidung zwischen "Tarifen mit Grundspareinlage" und "Ratenspartarifen". Diese Unterscheidung geht im wesentlichen darauf hinaus, dass die Ansparzeit beim Tarif mit Grundspareinlage wesentlich kürzer ist, als beim Ratenspartarif. Bei beiden ist für den Bausparer Voraussetzung zur Teilnahme an der Zuteilung, dass "er eine Mindestwartezeit zurückgelegt und ein Mindestguthaben angespart hat"¹⁾ bzw. eine von beiden Voraussetzungen erfüllt.

Die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth führt lediglich Ratenspartarife²⁾. Sie beweist damit in der Praxis, dass eine gesonderte Führung beider Tarif-

1) Krahn, A., aaO. S. 18.

2) Vergl. Anlage VII, S. 5 und Anlage VIII, S. 5.

arten nebeneinander nicht notwendig ist, was ohne weiteres einleuchtet, wenn man sich vergegenwärtigt, dass beim Ratenspartarif Sonderzahlungen jederzeit zulässig sind und das Zuteilungssystem diese Sonderzahlungen entsprechen berücksichtigt, so dass eine nicht zum Schaden der übrigen Bausparer führende vorzeitige Berücksichtigung derjenigen, die einen wesentlichen Teil ihrer Sparleistung vor den laut Vertrag allgemein vorgesehenen Terminen erbracht haben, sichergestellt ist. Zur Erklärung dieser Tatsache sei auf die von Horn¹⁾ im Einklang mit Jevons betonte Natur der Kapital-anlage als "Quantität von zwei Dimensionen, nämlich von Menge und Zeit, während welcher das Kapital angelegt bleibt", verwiesen. Sie gewinnt bei der Bausparkasse (und ebenso bei der Investitionssparkasse) besondere Bedeutung, da es sich nach Krahn²⁾ "mathematisch beweisen" lässt, "dass in einem reinen Kollektiv (also ohne zusätzliches Geld) im Beharrungszustand stets das Zeit-mal-Geld-Produkt der Sparseite gleich dem Zeit-mal-Geld-Produkt der Darlehensseite ist". Krahn hebt in diesem Zusammenhang hervor, "dass diese Feststellung nur für ein reines Bausparererkollektiv und nur für den Beharrungszustand gilt"³⁾, da speziell in der heute aufstrebenden Entwicklung der Bausparkassen eine z.T. wesentliche Differenz zwischen den genannten beiden Produkten besteht.

Im Zuteilungssystem der Wüstenroth, das auch dem Vorschlag der Sparbedingungen der Investitionssparkassen zugrunde gelegt ist, wird von allen laufenden Sparverträgen jeweils zum halbjährlichen Zuteilungstichtag das Guthaben der einzelnen Sparer in seinem Prozentsatz zur Bausparsumme festgestellt. Von diesem Prozentsatz werden 6/10 als Zuwachs der Bewertungsziffer ermittelt, der zu

1) Horn, A., Betriebsgrösse und Kapitalbedarf, Frankfurt/M. 1957, S. 34.

2) Krahn, A., aaO. S. 44.

3) Krahn, A., aaO. S. 45.

der am vorangegangenen Stichtag vorhandenen Bewertungsziffer hinzugerechnet wird und so die zum jeweiligen Stichtag gültige Bewertungsziffer ergibt. Für die Zuteilung selbst wird dann eine Liste der zu einem Stichtag bestehenden Sparverträge aufgestellt in der Reihenfolge der Bewertungsziffer der einzelnen. Aus dem zum Stichtag vorhandenen Zuteilungsstock werden daraufhin die einzelnen Verträge, von der höchsten Bewertungsziffer angefangen, zugeteilt, bis die vorhandenen Geldbeträge aufgebraucht sind.

Wie aus den in Anlage X beigelegten Beispielen A und B hervorgeht, bringt dieses Zuteilungssystem eine wesentliche Bevorzugung desjenigen Sparerers, der zu Anfang der Laufzeit seines Vertrages bereits wesentliche Beträge einzahlt, gegenüber demjenigen, der erst in einem späteren Zeitpunkt Sonderzahlungen leistet, mit sich, was im Hinblick auf das bei der Sparleistung des ersteren wesentlich höhere Zeit-mal-Geld-Produkt gerechtfertigt ist. Da der Sparer sich beim Ratenspartarif nur zur ordnungsgemässen Leistung einer relativ niedrigen Sparrate verpflichtet und diese in den meisten Fällen im Rahmen der Verhältnisse seines Unternehmens ohne Schwierigkeiten aufzubringen ist, besitzt der Ratenspartarif gegenüber dem Tarif mit Grundspareinlage wesentliche Vorteile auch für ihn. Die Investitionssparkasse hat auf Grund der Summe der laufend aus bestehenden Verträgen eingehenden Sparzahlungen einen besseren Überblick und kann dadurch die künftige Entwicklung besser abschätzen als beim Tarif mit Grundspareinlage.

e) Vertragsdauer; Laufzeit und Tilgungsmodus des Darlehens.

Bei Bausparkassen ist nach Krahn¹⁾ seit 1939 vorgeschrieben, "dass die Vertragsdauer nicht mehr als 18 Jahre

1) Krahn, A., aaO. S. 17.

beträgt". Da sich die Bausparkassen mit der Endfinanzierung von Wohnungsbauten befassen, ist dies, wie sich in der Praxis erwiesen hat, den Erfordernissen angepasst. Angesichts der in der gewerblichen Wirtschaft vergleichsweise höheren Rentabilität liegt es nahe, im Interesse eines rascheren Umschlags der Mittel eine kürzere Laufzeit für Investitionssparverträge festzulegen. Da jedoch speziell in der mittelständischen Wirtschaft, wie eingangs dieser Arbeit erwähnt, die Rendite im Vergleich zur gesamten gewerblichen Wirtschaft wesentlich niedriger liegt, bzw. eine Rückführung von Investitionskrediten häufig nur aus dem Gegenwert der Abschreibungen möglich ist, seien zur Frage der Laufzeit folgende Überlegungen angestellt:

Mit Krahn¹⁾ kann man bei Bausparkassen "folgende Behauptung aufstellen: Auf die Dauer kann eine Bausparkasse nur Darlehen vergeben, die etwa so hoch sind wie das von dem Bausparer angesparte Eigenkapital. Die Tilgungsdauer muss dabei in einem angemessenen Verhältnis zur Sparzeit stehen. Wird das Eigenkapital bis zur Zuteilung in gleichmässigen Raten angespart, so wird die Sparzeit im Beharrungszustand etwa der Tilgungszeit entsprechen. Werden dagegen im Anfang höhere Sonderzahlungen geleistet, ist die Sparzeit kürzer als die Tilgungsdauer". Da diese Behauptungen für eine Zwecksparkasse allgemein gültig sind, müssen sie auch für die Investitionssparkasse berücksichtigt werden. Es ist also auch bei ihr die Länge der Tilgungszeit im allgemeinen massgeblich für die Sparzeit und damit für die gesamte Vertragsdauer.

Für die Tilgungszeit von Bedeutung sind die nach Herrmann²⁾ von zwei Vorstandsmitgliedern der Industriekreditbank AG., Dr. W. Bötzkies und Dr. K. Krebs, vor einer

1) Krahn, A., aaO. S. 30.

2) Herrmann, W., Der langfristige Kredit in der gewerblichen Wirtschaft in "Der langfristige Kredit", München, 1955, S. 335.

Reihe von Jahren anlässlich einer Stellungnahme zum Industriekredit der Versicherungsgesellschaften gemachten Ausführungen über die zweckentsprechende Laufzeit und allgemeine Form des Industriekredites: "Festhypotheken oder Hypotheken mit Tilgungssätzen von 1 oder 2 Prozent jährlich, sei es innerhalb einer festgelegten Annuität oder ohne ersparten Zins, sind für Industriebetriebe meist nicht geeignet; sie täuschen im Laufe der Jahre zu leicht eine Flüssigkeit vor, die der Betrieb angesichts seines latenten Ersatzbedarfs für seine Anlagen tatsächlich gar nicht hat. Die Erfahrung lässt eine jährliche Tilgung von etwa 10 Prozent des Darlehens im Durchschnitt als erforderlich, aber auch als vertretbar erscheinen. Hierdurch wird der Betrieb dazu angehalten, durch die Rückzahlungen Kapital zu thesaurieren, das im Bedarfsfalle durch Wiederauffüllung des Darlehens, durch Zusatzkredite oder nach vollständiger Tilgung des alten Kredites durch einen neuen wieder zur Verfügung steht."

Da diesen Feststellungen zufolge die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in den vergangenen Jahren ausgereichten Darlehen in gleicher Weise wie die Darlehen der Industriekreditbank AG. grundsätzlich mit einer Laufzeit von 10 Jahren (zumeist 8 Tilgungsjahre nach 2 tilgungsfreien Jahren) ausgestattet worden sind, erscheint es empfehlenswert, auch die Laufzeit der Darlehen der Investitionssparkasse etwa gleichlang festzulegen.

Die Ansparzeit müsste dann theoretisch gleichfalls 10 Jahre betragen. Da jedoch in der Ansparzeit, wie heute auch bei den Bausparkassen, in den meisten Fällen schon angesichts der im gewerblichen Unternehmen bei Vergleich mit Privatpersonen leichteren Gelddispositionen Sonderzahlungen in nennenswerter Höhe geleistet werden dürften, würde diese theoretische Ansparzeit wohl nur in den seltensten Fällen erreicht werden. Abgesehen von den

Grenzfällen, in denen wegen niedriger Sparleistung die theoretische Ansparzeit trotzdem erreicht wird und zur Einhaltung der Gesamtvertragsdauer von 18 Jahren analog den Bausparbedingungen¹⁾ "der Tilgungsbetrag entsprechend höher festgesetzt" werden müsste, können die Darlehen der Investitionssparkasse somit eine Laufzeit von 10 Jahren erhalten.

Bei einer Gesamtvertragsdauer von 18 Jahren müssen die Bausparkassen heute ihre Mindestsparraten so festsetzen, dass sie nach Krahn²⁾ "mit Zins und Zinseszins in rd. 16 Jahren zur vollen Bausparsumme anwachsen". Da die Vertragsdauer bei der Investitionssparkasse und der Guthabenzins gleich den in der Anlage beigefügten Bausparbedingungen der Wüstenroth gestaltet sind, muss somit die Mindestsparrate diesen Bestimmungen entsprechend rd. 5% der Investitionssparsumme im Jahr betragen. Statt der bei Bausparkassen üblichen Zahlung der Jahressparleistung in monatlichen Teilbeträgen empfiehlt es sich zur Ersparnis von Buchungskosten bei der Investitionssparkasse angesichts der in gewerblichen Betriebswirtschaften leichteren Gelddisposition vierteljährliche Sparraten festzulegen.

Der Tilgungsmodus ist bei den Bausparkassen in Anlehnung an die bei Wohnungsbauten übliche Annuitätenhypothek in der Form festgelegt, dass die Zins- und Tilgungsraten nach Krahn²⁾ "entweder in Prozenten der Bausparsumme oder in Prozenten des Anfangsdarlehens festgesetzt" werden, wobei der jährliche Tilgungsbetrag im Laufe der Jahre durch die ersparten Zinsen anwächst. Diese Handhabung trägt dem bekannten Umstand Rechnung, dass im Wohnbausektor lediglich die monatlich eingehende Miete zur Bestreitung der gesamten Lasten (einschliesslich Verzinsung und Tilgung des Fremdkapitals) zur Verfügung steht. Im gewerblichen

1) Vergl. Anlage VII, S. 6 und Anlage VIII, S. 6.

2) Krahn, A., aaO. S. 18.

Sektor besteht demgegenüber der Grundsatz, dass die Verzinsung von Fremdkapital aus dem erwirtschafteten Gewinn des Unternehmens gedeckt werden soll, während die Tilgung in etwa durch die Abschreibungen der einzelnen Wirtschaftsgüter in ihrer Gesamtheit aufgebracht werden kann. Da es heute allgemein üblich ist, jährlich gleichbleibende bzw. sogar im Anfang höhere Beträge abzuschreiben, besteht in Übereinstimmung mit der bereits erwähnten Praxis der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Industriekreditbank AG. kein Anlass dazu, die Tilgungen anders als in gleichbleibenden Raten festzulegen.

Über die tilgungsfreie Zeit enthalten die Darlehensbedingungen der Wüstenroth, ähnlich wie die anderer BauSparkassen, die Bestimmung, dass die Tilgung "nicht später als 8 Kalendermonate, bei Neubauten nicht später als 12 Kalendermonate, gerechnet von der Zuteilung"¹⁾, beginnen darf, was im Hinblick darauf, dass ein Wohnhaus sofort nach Fertigstellung seinen Mietertrag erbringt, angemessen ist.

In der gewerblichen Wirtschaft ergibt sich demgegenüber zumeist aus der Durchführung einer Investition grösseren Stils die Notwendigkeit, noch einige kleinere ursprünglich nicht vorgesehene Anschaffungen durchzuführen, bzw. zieht eine Investition vor allem bei einer durch sie bewirkten Kapazitätserweiterung einen erhöhten Betriebsmittelbedarf nach sich. Beide Umstände erfordern zur wirtschaftlich einwandfreien Deckung eine entsprechende Ansammlung von eigenen Mitteln aus dem Ertrag des Unternehmens. Es erweist sich daher als zweckmässig, den Tilgungsbeginn in Anlehnung an die Praxis der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Industriekreditbank AG.²⁾

1) Vergl. Anlage VII, S. 6 und Anlage VIII, S.6.

2) Vergl. Seite 60 dieser Arbeit.

grundsätzlich auf 2 Jahre nach dem Zuteilungszeitpunkt festzulegen. Bei einer Normallaufzeit von 10 Jahren ergeben sich somit 8 Tilgungsjahre, der jährliche Tilgungsbetrag entspricht 12,5% des Anfangsdarlehens. Da die Tilgung gemäss diesem Vorschlag nur 1 - 1 1/2 Jahre später einsetzt als bei den verglichenen Bausparbedingungen und ihre Höhe wesentlich über dem dort für den Normalfall festgelegten Satz (im ersten Jahr bei 5% Verzinsung Gesamtleistung 12% p.a.¹⁾, woraus eine Tilgung von 7% p.a. resultiert,) liegt, wird die Verlängerung der tilgungsfreien Zeit nicht nur sehr bald durch höhere Gesamttilgungen wettgemacht, sondern auch spätestens im dritten Tilgungsjahr eine höhere Gesamttilgung, als bei Bausparkassen üblich, erreicht. Für den über die bei Berechnung gemäss der Annuitätenrechnung ermittelte Tilgung hinausgehenden Betrag gilt die von Krahn²⁾ für kurze Tilgungsdauern allgemein getroffene Feststellung, "da sie wirken sich auf die Wartezeiten günstig aus", in entsprechendem Ausmass, da die Tilgungsbeträge dem Zuteilungsstock der Zwecksparkasse zufließen.

3. Steuerliche Behandlung der Sparbeiträge für Investitionssparverträge.

a) Steuerliche Begünstigung der an Bausparkassen geleisteten Sparzahlungen.

Wie bereits erwähnt³⁾, sind Beiträge an Bausparkassen zur Erlangung von Baudarlehen steuerlich begünstigt. Wir kennen hier den Abzug als Sonderausgaben und die Gewährung einer Sparprämie. Die Abzugsfähigkeit als Sonderausgaben⁴⁾ bewirkt eine Verminderung des steuer-

1) Vergl. Anlage VII, S.6 und Anlage VIII, S. 6.

2) Krahn, A., aaO. S. 34.

3) Vergl. Seite 43 dieser Arbeit.

4) § 10 Absatz (1) Ziff. 3 Einkommensteuergesetz 1955.

lichen Einkommens um die in einem bestimmten Jahr bezahlten Sparbeiträge, wobei jedoch eine Reihe von Bestimmungen, vor allem hinsichtlich der Grenzen, in denen die Beiträge voll bzw. zum Teil abgesetzt werden können, zu berücksichtigen sind. Je nach der für den Steuerpflichtigen eintretenden Progression ergibt sich eine Steuerersparnis von bis zu rd. 45 % der einbezahlten Sparbeiträge. In den meisten Fällen liegt sie zwischen 10 und 20 % der Sparzahlungen. Daneben besteht, von Bedeutung vor allem für Personen mit niedrigem Einkommen, die Möglichkeit, nach den Bestimmungen des Wohnungsbauprämiengesetzes je nach Familienstand 25 - 35 % der Sparleistung als Prämie¹⁾ vergütet zu erhalten, höchstens jedoch DM 400.-- pro Jahr. Die skizzierte Bevorzugung der Bausparkassen ist begründet in der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, die Finanzierung des Wohnungsbaues und die Schaffung von Eigenheimen zu erleichtern.

b) Grundsätzliches zur steuerlichen Begünstigung von Investitionssparzahlungen.

Nach der heutigen gesetzlichen Situation sind an die Investitionssparkasse entrichtete Sparzahlungen steuerlich nicht begünstigt. Wenn wir uns jedoch vergegenwärtigen, dass das Kapital, das bei einer Investitionssparkasse angesammelt wird, grundsätzlich nur zur Finanzierung von Investitionen (= Anschaffungen im Anlagevermögen) Verwendung findet, die ihrerseits wieder der Abschreibung, oder nach der Bezeichnung des Steuerrechts, der Absetzung für Abnutzung unterliegen, kommen wir zu dem Ergebnis, dass eine steuerliche Begünstigung der Sparbeiträge an die Investitionssparkasse erwogen werden kann. Hierzu ist darauf hinzuweisen, dass die in den Nachkriegsjahren eingeräumten steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten häufig über das, betriebswirtschaftlich und technisch gesehen, verbrauchsbedingte Ausmass hinausgingen, weshalb sie, um mit Bräuer²⁾ zu sprechen, "Gewinnverlagerung und Hinausschiebung der Versteuerung" bewirkten.

1) § 3 Gesetz über die Gewährung von Prämien für Wohnbausparer vom 17. März 1952.

2) Bräuer, K., Der Fiskus ist nicht Selbstzweck in "Der Volkswirt", Sonderheft "Die deutsche Wirtschaft zur Jahreswende 1954/55", Frankfurt/M., 1954, S. 60.

Der Fiskus konnte diese Möglichkeiten (im Interesse einer zügigen Aufwärtsentwicklung unserer Wirtschaft) schon deshalb einräumen, da er grundsätzlich aus einer überhöhten Abschreibung eines Unternehmens in einem Jahr schon deshalb keine wesentliche Einbusse erleidet, weil in den folgenden Jahren diese Abschreibung nicht mehr den steuerpflichtigen Gewinn des Unternehmens vermindern kann, weshalb ihm dann höhere Steuern zufließen müssen. (Für unsere Betrachtung ist es dabei ohne Belang, dass die grosszügigen steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten der vergangenen Jahre trotz Gültigkeit des genannten Grundsatzes nicht immer zu dem höheren Ertrag für den Fiskus in den Folgejahren führten, da die einzelnen Betriebswirtschaften auch in den Folgejahren wieder weitere erhöhte Abschreibungsmöglichkeiten ausnutzten, was jedoch auch im Interesse des Fiskus lag, da dadurch die Kapitalapparaturen der Gesamtheit der Betriebswirtschaften auf den heute erforderlichen modernen Stand gebracht werden konnten.)

Wenn nun sichergestellt werden kann, dass die auf die Sparleistung vorgenommenen Kürzungen des steuerlichen Einkommens die nach Anschaffung der Investitionsgüter abzusetzenden Abschreibungen entsprechend vermindern, bewirkt eine Begünstigung der Sparleistungen letztlich nichts anderes als eine Verteilung der Abschreibungen der mit Hilfe von Darlehen der Investitionssparkasse angeschafften Wirtschaftsgüter auf eine Gesamtdauer von bis zu 20 Jahren, gegenüber der heute bei Maschinen üblichen Abschreibungsdauer von bis zu 10 Jahren, wenn auch dem Unternehmen durch entsprechende Bemessung seiner Sparzahlungen eine gewisse Manipulierung seiner Absetzungen ermöglicht wird.

In Berücksichtigung der in den letzten beiden Absätzen aufgeführten Gedanken geht die Frage, ob Sparbeiträge an die Investitionssparkasse steuerlich absetzbar gemacht werden sollen, darauf hinaus, ob es aus Gründen der Wirtschaftspolitik zweckmässig und der Gesamtheit

der Volkswirtschaft dienlich ist, Investoren im gewerblichen Mittelstand dadurch zu fördern, dass sie die Festlegung finanzieller Mittel für Investitionen in ihrer Steuerbilanz in etwa so behandeln können, als ob diese Investitionen bereits erfolgt wären. Da "aussersteuerliche Zielsetzungen" nach Bühler¹⁾ "bei der Besteuerung von jeher eine Rolle gespielt" haben und in den vergangenen Jahrzehnten "bei den vermehrten Wirtschaftslenkungszielen und den mit den starken Steuererhöhungen erhöhten Möglichkeiten, ihnen zu dienen", auch sehr häufig massgeblich an der Ausgestaltung der Steuergesetze mitwirkten, liegt eine derartige Handhabung grundsätzlich im Bereich des Möglichen. Die Frage nach der wirtschaftspolitischen Zweckmässigkeit wird in Abschnitt VI dieser Arbeit noch erörtert werden. Zunächst interessieren die Fragen nach dem Ausmass und den Durchführungsmöglichkeiten einer derartigen Regelung.

c) Ausmass der steuerlichen Begünstigung von Investitionssparbeiträgen.

Ausschlaggebend ist hier die Frage, bis zu welcher Höhe eine volle Absetzung der Sparleistung eines Unternehmens von dem jeweiligen Jahresgewinn zweckmässig ist und wie darüber hinausgehende Beiträge behandelt werden sollen. Da die Lösung dieser Frage einer gesetzlichen Regelung vorbehalten bleiben muss, wird für die Zwecke dieser Arbeit zunächst von einem Vorschlag ausgegangen, der nach Meinung des Verfassers der einer derartigen Regelung zugrunde liegenden Absicht der Förderung des Mittelstandes möglichst gerecht wird, und die Auswirkungen dieses Vorschlages auf eine Reihe von Einzelfällen untersucht. Als Höchstgrenze für die Vollabzugsfähigkeit von Sparbeiträgen eines Unternehmens wird ein Betrag von

¹⁾ Bühler, O., Steuerrecht, Band I. Allgemeines Steuerrecht, Wiesbaden, 1951, S. 100.

TDM 5 pro Jahr angenommen. Mit der Hälfte abzugsfähig sollen Sparbeiträge werden, soweit sie über TDM 5 hinausgehen, bis zu einem Gesamtbeitrag von TDM 15 pro Jahr. Wegen der in unserem heutigen Steuerrecht bestehenden Differenzierung der aus Einkommensteuer begründeten Steuerlast einer Betriebswirtschaft je nach der Zahl der Inhaber und deren Familienstand wird ferner für die nachstehenden Betrachtungen davon ausgegangen, dass es sich bei allen Fällen um Einzelunternehmen handelt und die Familie des Betriebsinhabers 2 Kinder umfasst. Ferner wird vorausgesetzt, dass zu dem Einkommen aus Gewerbebetrieb keine weiteren Einkünfte treten und von der Privatsphäre her keine Entlastungsmomente die Steuerschuld aus dem erzielten Einkommen aus Gewerbebetrieb vermindern.

Auf Basis dieser angesichts unseres Besteuerungssystems nötigen Voraussetzungen sind als Anlagen XI, XII und XIII Tabellen entwickelt, bei denen die Höhe der für die einzelnen Einkommensstufen gültigen Einkommensteuersätze aus der für das Jahr 1957 gültigen Steuertabelle¹⁾ entnommen sind.

Die Tabelle in Anlage XI erfasst die Einkommensstufen mit TDM 5 bis einschliesslich TDM 10, für den Rahmen dieser Arbeit künftig als die Gruppe der niederen Einkommen bezeichnet. Bei ihnen bewirkt der Abzug der Sparleistung vom steuerlichen Einkommen bei gleicher Sparleistung eine mit der Höhe des Einkommens steigende Höhe der Steuerersparnis von 11% bis 22% der angenommenen niedrigsten Sparleistung von TDM 1. Höhere Sparleistungen bei gleichen Ausgangseinkommen bewirken trotz höherer absoluter Steuerersparnis eine wenn auch nur geringfügige

1) Lt. der gemäss Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 5. Oktober 1956, Bundesgesetzblatt 1956, Teil I, S. 781 ff., erlassenen Verordnung betreffend Einkommensteuertabelle für die Zeit ab 1. Januar 1957, Bundesgesetzblatt 1956, Teil I, S. 958 ff.

Abnahme des Prozentsatzes der Steuerersparnis im Verhältnis zur jeweiligen Sparleistung.

Die Tabelle in Anlage XII erfasst die Gruppe der mittleren Einkommen mit den Einkommensstufen von TDM 12 bis TDM 35. Die Steuerersparnis auf Grund einer hier angenommenen niedrigsten Sparleistung von TDM 2 wächst hier proportional zur Einkommenshöhe von 24% auf 40% der Sparleistung. Da in dieser Einkommensgruppe die Sparfähigkeit wesentlich höher als in der Gruppe der niederen Einkommen ist, wurden in die Tabelle auch Sparleistungen, die über die vorgeschlagene Grenze der Vollabzugsfähigkeit hinausgehen, entsprechend der jeweiligen Höhe der Sparfähigkeit, aufgenommen. Wie das Ergebnis zeigt, liegt die Steuerersparnis in Prozenten der Sparleistung trotzdem im allgemeinen über den bei der Gruppe der niederen Einkommen erzielbaren Sätzen.

Die Tabelle in Anlage XIII beleuchtet die Einsparungsmöglichkeiten bei der hohen Einkommensgruppe mit den Einkommensstufen von TDM 40 bis TDM 90. Die Steuerersparnis in Prozenten der hier angenommenen niedrigsten Sparleistung von TDM 5 beginnt hier mit 41% und endet mit 47%. Begründet durch die Eigenart der heute angewandten Steuerprogression zeigt sich in der Einkommensstufe von ursprünglich TDM 50 gegenüber der Stufe von TDM 45 ein leichter, sowohl prozentualer als auch absoluter Rückgang der Steuerersparnis, der erst in der Einkommensstufe von TDM 65 wieder aufgeholt wird. Auch die Ersparnis durch eine angenommene Gesamtsparleistung von TDM 15 steigt von 26% auf 30% derselben und liegt immer wesentlich über den aus der Tabelle der niederen Einkommensgruppe ersichtlichen Sätzen, obwohl dort ausschliesslich eine Minderung des steuerlichen Einkommens in voller Höhe der Sparleistung vorgesehen ist.

Zur Ermöglichung einer kritischen Stellungnahme zu diesen Ergebnissen ist zunächst darauf hinzuweisen, dass auch heute schon die Möglichkeit besteht, alljährlich Anschaffungen von Investitionsgütern voll abzusetzen, wenn diese als "kurzlebige Wirtschaftsgüter" anzusprechen sind und einzeln nicht mehr als DM 600,--¹⁾ kosten. Mit der Anschaffung von 9 darunter fallenden jeweils etwa DM 600,-- kostenden Gegenständen kann eine zur hohen oder mittleren Einkommensgruppe gehörende Betriebswirtschaft somit schon mindestens dieselbe Steuerersparnis erzielen, wie durch die vorgeschlagene Begünstigung des Investitions-sparens bei Vollabzug von TDM 5 Sparleistung von dem steuerpflichtigen Einkommen. Für die Gruppe der niederen Einkommen gilt sinngemäss dasselbe, da hier eine geringere Sparfähigkeit einer geringeren Fähigkeit zur Finanzierung kurzlebiger Wirtschaftsgüter gegenüberstehen. Zudem werden in der Praxis häufig derartige Anschaffungen lediglich deshalb getätigt, weil sie eine steuerliche Erleichterung mit sich bringen. Im Hinblick darauf lässt sich eine volle Abzugsfähigkeit bis zu Sparleistungen von TDM 5 bei sämtlichen Einkommensgruppen ohne weiteres vorsehen.

Wie bereits erwähnt, begründet eine steuerliche Begünstigung der Investitionssparzahlungen im Endeffekt eine Verteilung der Abschreibungen auf einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren. Da jedoch die Bemessung der Sparzahlungen ganz dem jeweiligen Betriebsinhaber anheimgestellt ist, kann dieser seine Abschreibungen mehr als bisher manipulieren und auf diese Weise bei entsprechender Ertragsfähigkeit evtl. in wenigen Jahren (bis zur Zuteilung des Investitionssparvertrages) etwa ein Viertel des nach Zuteilung vorgesehenen Investitionsvorhabens von dem in den Vorjahren erzielten steuerlichen Einkommen absetzen. Dies ist in erster Linie bei der mittleren und höheren Einkommensgruppe und bei Spar-

1) § 7 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung 1955.

leistungen zwischen TDM 5 und TDM 15 pro Jahr (vorge-
sehen halben Abzugsfähigkeit) zu erwarten. Hierzu
ist auf die heute von vielen Unternehmen vorgenommene
degressive Abschreibungsmethode hinzuweisen. Sie ermög-
licht heute schon die Absetzung der Hälfte des Anschaffungs-
wertes einer Maschine innerhalb von 2 bis 3 Jahren (je
nach Nutzungsdauer). Da bei Finanzierung eines Maschinen-
kaufs durch ein Darlehen der Investitionssparkasse die
einmal erzielte Höhe der Einkommensminderung, wie im
nächsten Absatz dieser Arbeit erläutert wird, das künftige
Abschreibungsvolumen entsprechend schmälern soll, bringt
eine in der vorgeschlagenen Weise durchgeführte steuer-
liche Begünstigung der Sparleistungen über TDM 5 bis ein-
schliesslich TDM 15 -wirtschaftlich betrachtet- keine
wesentlich neuen Einsparungsmöglichkeiten gegenüber dem
bereits in der Praxis gehandhabten Abschreibungssystem.

Wie die Tabellen in Anlage XI, XII und XIII zeigen,
ist die niedere Einkommensgruppe gegenüber den beiden
anderen Gruppen hinsichtlich der Höhe der erzielbaren
Steuerersparnis im Verhältnis zur Sparleistung wesent-
lich benachteiligt. Insbesondere Betriebswirtschaften
mit einem Jahresgewinn unter TDM 7 erzielen kaum nennens-
werte Steuerersparnisse. Um diese Unternehmen besonders
zu fördern, lässt sich, analog der Lösung bei den Bau-
sparkassen, eine Begünstigung in Form einer Prämienge-
währung durchführen, sofern dies volkswirtschaftlich
zweckmässig erscheint. Da das Mittel der Wohnungsbau-
prämie bei 30% liegt, lässt sich auch bei den Investitions-
sparern an diesen Satz denken. Aus Zweckmässigkeitsgrün-
den ist auch hier eine Höchstprämie festzulegen, die wie
im Wohnungsbau bei DM 400,-- im Jahr liegen könnte. Inso-
weit, als diese Prämie über den in der in Anlage XI für
die jeweiligen Einkommensstufe und Sparleistungen ent-
haltenen Steuerersparnis-Prozentsatz hinausgeht, liegt in

ihr eine Subventionierung der empfangenden Unternehmen, da die Überschussbeträge in den in Frage kommenden Einkommensstufen nicht mehr der durch Abschreibung erzielbaren Minderung des steuerpflichtigen Einkommens entsprechen.

d) Durchführungsvorschläge.

Um eine Durchführung der vorgeschlagenen Steuerbegünstigung überhaupt zu ermöglichen, ist es notwendig, dem nach Bühler¹⁾ in der Steuergesetzgebung allgemein bestehenden "Zug zur Vereinfachung der Veranlagung" so gerecht zu werden, dass aus der Einführung einer derartigen steuerlichen Begünstigung keine wesentliche Mehrarbeit für die Veranlagungsbehörden entsteht. Hierbei ist auch zu beachten, dass neben der einfachen Feststellung der für die Verkürzung des steuerlichen Einkommens in den Jahren der Sparleistung massgeblichen Tatbestände auch eine einwandfreie Überführungsmöglichkeit der in der Forderung an die Investitionssparkasse gebildeten steuerlichen Reserve in Reserven im Anlagevermögen sichergestellt sein muss, um "Doppelabschreibungen" im weiteren Sinne zu vermeiden.

Als Kapitalforderung des gewerblichen Unternehmens wäre das Guthaben bei der Investitionssparkasse bei allen Unternehmen, die ihre Gewinnhöhe nach dem Vermögensvergleich²⁾ ermitteln, in der Bilanz in voller Höhe auszuweisen. Da es sich um Anlagevermögen des Unternehmens handelt, empfiehlt es sich, den Anfangsstand, die Entwicklung (Zugänge, Auszahlung) und den Endstand des Sparguthabens entsprechend der üblichen Entwicklung des Anlagevermögens darzustellen. Die steuerliche Berichtigung des Guthabens -da es sich um eine Forderung handelt, ist sie als Wertberichtigung zu bezeichnen- könnte in Form

1) Bühler, O., aaO. S. 110.

2) § 4 Abs. (1) Einkommensteuergesetz und § 5 Einkommensteuergesetz.

der üblichen 7 c-Wertberichtigung auf der Passivseite mit entsprechender Fortschreibung eingesetzt werden. Diese Wertberichtigung wäre bei allen Auszahlungen entsprechend dem Ausmass ihrer Bildung aufzulösen.

Da die Kontrolle über die Auflösung der Wertberichtigung und die bei Verwendung des Investitionssparkassendarlehens für Neuinvestitionen zur Überführung der bisherigen steuerlichen Reserve im Investitionssparguthaben notwendige Bildung der von den Anschaffungswerten dieser Gegenstände abzusetzenden Sonderabschreibungen jedoch bei Einsatz der Wertberichtigung auf der Passivseite nach Meinung des Verfassers nicht einfach genug erscheint, empfiehlt es sich, diese Wertberichtigung zusammen mit ihrer Fortschreibung als negativen Posten auf der Aktivseite der Bilanz unmittelbar unter dem Investitionssparguthaben aufzuführen und in der letzten Spalte von diesem abzuziehen, so dass in den Endziffern der Bilanz selbst lediglich der versteuerte Saldo erscheint. Dadurch ist die Auflösung der Wertberichtigung über Sonderabschreibungen auf die nach Zuteilung angeschafften Investitionsgüter mit einem Blick zu kontrollieren.

Für die Gewinnermittlung nach der Einnahmen-Ausgabenrechnung¹⁾ ist in den üblichen Steuererklärungsformularen unter der Aufgliederung der Betriebsausgaben (zu denen auch die Zahlungen an die Investitionssparkasse zu rechnen sind) bereits eine Erklärung über die in den aufgeführten Ausgaben enthaltenen Zahlungen für Anschaffungen gefordert. Eine Ergänzung dieses Satzes durch einen Passus "sowie Beiträge an die Investitionssparkasse von DM" bringt keine Schwierigkeiten. Da gemäss den Bestimmungen der Abgabenordnung²⁾ diese Gewinnermittlungsart nur für Betriebswirtschaften der niederen Einkommensgruppe statthaft

1) § 4 Abs.(3) Einkommensteuergesetz.

2) § 161 Abs.(1) Ziff. 1 d) Abgabenordnung.

ist, deren Sparfähigkeit kaum höhere Beträge als TDM 5 im Jahr zulässt, weshalb diese Methode nur für eine voll Abschreibung der Sparleistungen von der Steuerschuld allgemein in Frage kommt, genügt der vorgeschlagene Passus.

Zur Verhinderung einer "Doppelabschreibung" im Falle der Anschaffung von Investitionsgütern aus Zuteilungen der Investitionssparkasse lässt sich nach dem im letzten Absatz vorgeschlagenen Passus noch beifügen "von den genannten Zahlungen für Anschaffungen wurden DM aus der in den Vorjahren bereits abgesetzten Ansparung bei der Investitionssparkasse finanziert (Vertragssumme des im Veranlagungszeitraum zugeteilten Investitionssparvertrages DM)".

Zum Nachweis über die Existenz des Investitionssparvertrages, die Entwicklung und die jeweilige Höhe des bestehenden Guthabens genügt es, wenn eine Zweitausfertigung des jährlichen Kontoauszuges der Investitionssparkasse der jeweiligen Steuererklärung beigelegt wird. Auf diesen Kontoauszug kann gleichzeitig die vom Investitionssparer geltend gemachte Wertberichtigung in ihrer Entwicklung auf einer Nebenspalte¹⁾ vom Steuerpflichtigen eingetragen werden.

Die Wohnbauprämie muss heute in einem gesonderten Antrag verfahren bewilligt werden. Für die Investitionssparprämie, die naturgemäss auch nur auf Antrag gewährt werden kann, könnte, da sie nur von Inhabern gewerblicher Unternehmen, die Steuererklärungen abgeben müssen, beantragt wird, im Rahmen der auf der letzten Seite des Steuererklärungsformulars vorgedruckten Erklärungen und Anträge ein Satz aufgenommen werden, etwa mit dem Inhalt: "Ich beantrage, mir auf meine im Veranlagungszeitraum geleisteten Beiträge zur Investitionssparkasse von DM eine Investitionssparprämie von 30% der Beiträge (höchstens

1) Vergl. Vorschlag hierfür in Anlage XIV.

DM 400,--) zu gewähren und diese von meiner Jahressteuerschuld abzusetzen (oder: auf mein Investitionssparkonto Nr. ... bei der Investitionssparkasse zu überweisen)".

e) Zusammenfassung.

Nach den in diesem Abschnitt bisher dargelegten Ausführungen lässt sich eine steuerliche Begünstigung der Sparzahlungen an die Investitionssparkasse unter dem Blickwinkel einer gewissen Gleichsetzung dieser Sparleistung mit den Investitionen gewerblicher Unternehmen, trotz Fehlens eines ähnlichen Beispiels in unserer heutigen Steuergesetzgebung, durchführen, da ihre Auswirkung sich nicht wesentlich von der Wirkung der heute üblichen Abschreibungen unterscheidet und ihre Durchführung im Rahmen der heute gebräuchlichen Veranlagungsmaßstäbe ohne nennenswerten Arbeitsaufwand möglich ist. Unbeschadet dessen lässt sich eine steuerliche Begünstigung der Sparleistungen bei der Investitionssparkasse auch im Rahmen der nach der Währungsreform stark ausgebauten Sonderausgaben¹⁾ durchführen. Diese sind jedoch ihrer Natur nach in erster Linie für Zwecke der privaten Sphäre geschaffen (wenn sie auch in den vergangenen Jahren gelegentlich der Einfachheit halber als Rahmen für anders geartete Einzelvorschriften Verwendung fanden) und bedingen daher im Falle der Investitionssparkasse, dass das dort bestehende Guthaben, obwohl es für betriebliche Zwecke bestimmt ist, aus der Bilanz des gewerblichen Unternehmens herausgenommen wird. Hierdurch wird eine umfassende Darstellung der Vermögenssituation des betreffenden Unternehmens in der Bilanz unmöglich gemacht, was den im HGB festgelegten Prinzipien²⁾ zuwiderläuft, weshalb dieser Weg grundsätzlich nur im Falle der zwingenden Notwendigkeit beschritten werden sollte. Ferner ist daran zu erinnern, dass die Höhe der eingeräumten Sonderausgaben sich heute nach dem

1) § 10 Einkommensteuergesetz.

2) § 40 Ziff. II Handelsgesetzbuch.

Familienstand des Steuerpflichtigen richtet und Bedürfnisse seiner Einkunftsart im allgemeinen nicht berücksichtigt. Wenn somit eine wirksame Förderung des gewerblichen Mittelstandes angestrebt werden soll, dann gibt der Rahmen der bisherigen Sonderausgaben hierfür nicht die nach Meinung des Verfassers erforderlichen Möglichkeiten.

Eine Begünstigung der Sparleistung als "nicht entnommene Gewinn"¹⁾ wie sie zurzeit für gewerbliche Unternehmen, deren Inhaber einem bestimmten Personenkreis zugehören, praktiziert wird, wäre grundsätzlich möglich. Sie liesse sich jedoch nur schwer auf die Sparleistung beschränken, da bei Bestehen dieser Absicht noch einige Tatbestände mehr zur Ermittlung der Einkommensminderung zu berücksichtigen wären, als heute schon im Rahmen der hierfür gültigen Vorschriften festgestellt werden müssen.

Eine steuerliche Begünstigung der Sparsparzahlungen an die Investitionssparkasse lässt sich daher, wenn man sie überhaupt ins Auge fassen will, nach Meinung des Verfassers dieser Arbeit aus Zweckmässigkeitsgründen am besten in der vorgeschlagenen Form durchführen. Hierbei sei die Frage, ob es volkswirtschaftlich vertretbar ist, die Voll- und Teilabzugsfähigkeit in der vorgeschlagenen Weise zu begrenzen, nicht erörtert. Sie lässt sich nur auf Grund des internen Zahlenmaterials der Finanzverwaltung zusammen mit der Abschätzung des künftigen Steueraufkommens unter Berücksichtigung des voraussichtlich eintretenden Ersatzes einer Reihe von bisher von der Gesamtheit der gewerblichen Unternehmen des Mittelstandes geltend gemachten Abschreibungen durch Wertberichtigungen auf Sparsparzahlungen an die Investitionssparkasse beantworten. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang auch die Einhaltung des Prinzips der gerechten Verteilung der Steuerlast, zu dem Terhülle²⁾ feststellt: "Ein Staat, der sch

1) § 10 a) Einkommensteuergesetz.

2) Terhülle, F., Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin, 1948, S. 161 f.

im marktwirtschaftlichen Sektor der Volkswirtschaft für Gerechtigkeit sorgen soll und daher auf entsprechende Preise und Löhne hinwirkt, kann in einer ausschliesslich bei ihm selbst liegenden Einkommensverteilungspolitik -Steuer- ist ja wichtige Verteilungspolitik- nicht übergehen, was er im Interesse des Gemeinwohls im privatwirtschaftlichen Bereiche der Volkswirtschaft so entschieden verlangt". Derselbe Autor weist allerdings auch darauf hin, dass "die Forderung gerechter Lastenverteilung"¹⁾ "leichter zu stellen als durchzuführen" ist, da "die Meinungen darüber, was gerecht ist und was nicht, sehr verschieden" sind.

Es erhebt sich somit die auf Grund des Vorgesagten im Rahmen dieser Arbeit nicht abschliessend zu klärende Frage, ob eine steuerliche Begünstigung der Investitions-sparbeiträge als steuerlich gerecht anzusprechen ist. Hierzu sei lediglich auf die allgemein zwischen den heute am wirtschaftlichen Geschehen Teilnehmenden bestehende Interessenlage verwiesen. So ist z.B. die Gruppe der Unselbständigen einmal an der Steigerung ihres Einkommens, zum anderen aber auch an der Erhaltung ihres Arbeitsplatzes interessiert. Das letztgenannte Interessesziel wird vor allem in einer für die Zukunft evtl. zu erwartenden Zeit der rückläufigen Konjunkturentwicklung gegenüber dem erstgenannten überwiegen. In diesem Falle ist es zweifellos gerade im Interesse der Unselbständigen, dass das Unternehmen, in dem sie arbeiten, finanziell gesichert ist und über Reserven verfügt. Wie im folgenden Abschnitt noch näher ausgeführt, bietet die Investitionssparkasse eine günstige Möglichkeit für gewerbliche Unternehmungen, diese Reserven zu bilden, weshalb nach Meinung des Verfassers eine steuerliche Begünstigung der Sparleistungen an die Investitionssparkasse auch im wohlverstandenen Interesse der Unselbständigen liegt. Die Frage,

¹⁾ Terhalle, F., aaO. S. 162.

ob eine wirtschaftliche Stärkung der Betriebswirtschaften des Mittelstandes auch den Interessen der grossen Unternehmen nicht widerspricht, hat in erster Linie wirtschaftspolitische Natur. Hierzu wird im Abschnitt VI dieser Arbeit noch Näheres ausgeführt.

V. Privatwirtschaftliche Vorteile für die mittelständische Betriebswirtschaft aus der Tätigkeit einer Investitionssparkasse.

Wie bereits ausgeführt¹⁾, können gewerbliche Unternehmen des Mittelstandes heute angesichts des vergleichsweise niedrigen Sparaufkommens ihren Bedarf an langfristigen Krediten nur zu Zinssätzen decken, die für die überwiegende Mehrzahl von ihnen kaum tragbar sind. Diese Tatsache hat in den vergangenen Jahren bei vielen Unternehmen, die gezwungen waren, Investitionen trotz des Fehlens langfristiger Mittel durchzuführen, und diese nicht innerhalb kurzer Frist aus dem Ertrag oder sonstigen Eigenmitteln finanzieren konnten, zu einer je nach Lage der Betriebswirtschaft mehr oder weniger angespannten Liquidität mit all ihren negativen Begleiterscheinungen und Risiken geführt. Falls nun das Investitionssystem in der vorgeschlagenen Form tatsächlich verwirklicht werden kann und allgemein Anklang findet, ergeben sich aus der Tätigkeit der Investitionssparkasse eine Reihe von Vorteilen für die einzelnen mittelständischen Betriebswirtschaften, die im folgenden kurz skizziert werden:

1. Unmittelbare Vorteile.

a) Die Finanzstruktur der Unternehmen kann gemäss den klassischen Grundsätzen gesund gestaltet werden.

Falls heute die Liquiditätslage auf Grund der in den Vorjahren durchgeführten Investitionen als angespannt anzusprechen ist, besteht die Möglichkeit, die für die

1) Vergl. Seite 27 dieser Arbeit.

Erlangung eines Investitionssparkassendarlehens notwendige Ansparung mit Hilfe einer relativ geringfügigen zusätzlichen Kreditgewährung der Hausbank aufzubringen. Da "die Wartezeiten der zuerst eintretenden" Investitionssparer nach Krahn¹⁾ "stets kurz" sind, steht bereits kurze Zeit danach ein Investitionssparkassendarlehen zur Verfügung, das zur Ablösung eines nennenswerten Teiles der bestehenden kurzfristigen Verschuldung Verwendung finden kann und dadurch die Liquiditätslage des Unternehmens auflockert. Steuerlich bringt diese Umschuldung nach den skizzierten Vorschlägen keine wesentlichen Vorteile, da eine evtl. gebildete Wertberichtigung des Sparguthabens bei der Zuteilung des Darlehens ohne Absetzung von Sonderabschreibungen wieder aufgelöst werden müsste, da die Investitionen bereits durchgeführt sind.

Bei allen neu geplanten Vorhaben jedoch lässt sich schon im Hinblick darauf, dass wesentliche Investitionsvorhaben seit jeher eine gewisse Vorbereitung benötigen, rechtzeitig ein Investitionssparvertrag abschliessen. Es steht dann bei Durchführung des Vorhabens ein zinsgünstiges, in den Kreditkosten von den Schwankungen des Geldmarktes unabhängiges langfristiges Darlehen zur Finanzierung der Investitionen zur Verfügung. Das Unternehmen kann daher dann sein Investitionsvorhaben voll aus langfristigen Mitteln finanzieren und hat dadurch sein Volumen an kurzfristiger Kreditfazilität ausschliesslich zur Finanzierung des Umlaufvermögens frei. Es besitzt dadurch eine wesentlich bessere Krisenfestigkeit als eine andere Betriebswirtschaft, die mit kurzfristigen Mitteln eine Vermehrung ihrer Anlagen vornahm. Ferner kann es in der Kalkulation mit festen Finanzkosten für seine Anlagen arbeiten, während bei kurzfristiger Finanzierung diese Kosten sich mit den Schwankungen des Geldmarktes ver-

1) Krahn, A., aaO. S. 28.

ändern, wodurch für das betrachtete Unternehmen ein nicht zu unterschätzender Wettbewerbsvorteil entsteht.

b) Die Planung und Durchführung von Investitionen wird nicht mehr von der möglichen Steuereinsparung beeinflusst.

Wie bereits erwähnt¹⁾, wurde speziell in den Wiederaufbaujahren auf Grund der Art der bestehenden Selbstfinanzierungserleichterungen die Frage der Durchführung von Investitionen häufig nach dem Gesichtspunkt der steuerlichen Absetzbarkeit bewertet. Hierdurch bedingt, herrschte in den vergangenen Jahren in vielen Betriebswirtschaften, wirtschaftlich gesehen, "unsystematische Selbstfinanzierung"²⁾ vor. In gleicher Weise ist es heute für eine Reihe von Unternehmen aus steuerlichen Gründen notwendig, dass sie alljährlich mehrere wirtschaftlich meist nicht unbedingt notwendige Maschinenanschaffungen tätigt, damit ihre steuerliche Belastung nicht über eine tragbare Grenze hinausgeht. Da bei dieser Übung die von Rössle²⁾ geforderte "systematische Selbstfinanzierung" im allgemeinen nicht gewahrt werden kann, laufen die sich auf diese Weise erweiternden Betriebswirtschaften Gefahr, dass sie ihre Mittel vorzeitig für insgesamt gesehen unwesentliche Anschaffungen vergeuden. Sie haben dann zu einem Zeitpunkt, in dem sie ein technischer Fortschritt der Konkurrenz zu einer grösseren Rationalisierungsinvestition zwingt, nicht die notwendige finanzielle Bewegungsfreiheit, um diese dann wirtschaftlich unumgängliche Modernisierung einwandfrei zu verkraften.

Da die Ansparung bei der Investitionssparkasse nach den im vorigen Abschnitt enthaltenen Vorschlägen steuerlich eine ähnliche Behandlung erfährt, wie eine Investition,

1) Vergl. Seite 40 dieser Arbeit.

2) Rössle, K., aaO. S. 112.

bringt künftig die Nichtdurchführung von Investitionen keine steuerlichen Nachteile. Es ergibt sich vielmehr der wesentliche Vorteil, dass bei einem sich zu einem späteren Zeitpunkt ergebenden Zwang zu grösseren Investitionen die hierfür notwendigen Mittel zur Verfügung stehen.

c) Wirtschaftlich sinnvolle abgerundete Investitionen werden ermöglicht.

Wie bereits ausgeführt¹⁾, ist es dem Grössteil der mittelständischen Betriebswirtschaften heute nur unter starken finanziellen Anspannungen, wenn überhaupt, möglich, Investitionen für Rationalisierungs- und Erweiterungszwecke durchzuführen, weil einmal der Jahresertrag aus Abschreibungen und Restgewinn nicht für ein abgerundetes Vorhaben ausreicht, zum anderen aber die Kapitalmarktsituation eine befriedigende Bedienung der mittelständischen Betriebswirtschaften mit langfristigem Kapital nicht ermöglicht. Als extremes Beispiel diene hier eine Reihe alteingesessener kleiner Betriebswirtschaften des Handwerkes, bei denen statt einer Ausbesserung oder Erweiterung des Betriebsgebäudes ein grundlegender Umbau oder ein völliger Neubau notwendig wäre, der jedoch über die heute gegebenen wirtschaftlichen Kräfte des Unternehmens hinausgeht. Für diese und viele ähnliche Fälle ist die steuerbegünstigte Ansammlung des notwendigen Eigenkapitals auf einem Investitionssparkonto verbunden mit der Gewährung eines zinsgünstigen langfristigen Darlehens die einzige Möglichkeit, ohne Übernahme eines hohen Risikos aus kurzfristiger Verschuldung das notwendige Investitionsvorhaben durchzuführen.

Wesentliche Bedeutung gewinnt die steuerbegünstigte Sparmöglichkeit auch bei Unternehmen, deren Anlagen über-

1) Vergl. Seite 31 dieser Arbeit.

wiegend langlëbig sind und noch nicht den im letzten Absatz skizzierten Grad der Abnutzung erreicht haben. Bei ihnen nimmt nach Rössle¹⁾ "mit zunehmendem Alter das Anlagevermögen etwa um den Betrag ab, um den das Umlaufvermögen zunimmt". Dadurch wird die Liquidität alljährlich günstiger, was "häufig zum Erwerb von Produktionsmitteln, bei denen das Auge und das Geltungsbedürfnis mehr bestimmend waren als kalkulatorische Erwägungen"²⁾ führt, wenn die überschüssigen flüssigen Mittel nicht dem privaten Verbrauch zufließen. Da nach Rössle³⁾ sich "die Inhaber solcher Betriebswirtschaften sehr schwer zur Entfernung unwirtschaftlicher Maschinen entschliessen können", empfiehlt es sich, dass sie von vornherein die alljährlich durch Abschreibungen der vorhandenen Anlagen freiwerdenden Mittel durch Ansparung bei der Investitionssparkasse für die eines Tages notwendige Erneuerung der Anlagen reservieren. Dadurch sind sie in die Lage versetzt, im Zeitpunkt der Erneuerung ihrer Anlagen die hierfür notwendigen Mittel zur Verfügung zu haben.

d) Die Bildung von Reserven allgemeiner Art wird ermöglicht.

Die Betriebswirtschaften des Mittelstandes sind allgemein einem wesentlich stärkeren Wettbewerbsdruck ausgesetzt als Grossunternehmen und dadurch, wie bereits ausgeführt⁴⁾, bei Einengungen ihrer Verarbeitungsspanne und sonstigen Gewinnschmälerungen wesentlich anfälliger als diese. Eine grundlegende Erholung aus einer durch derartige Faktoren begründeten Verlustperiode konnte bisher nur bei einer allgemeinen Besserung der Situation der Branche erreicht werden. Wenn dies nicht innerhalb kurzer

1) Rössle, K., aaO. S. 242.

2) Rössle, K., aaO. S. 243.

3) Rössle, K., aaO. S. 243 f.

4) Vergl. Seite 37 dieser Arbeit.

Zeit eintrat, musste häufig zur Liquidation geschritten werden. Eine Betriebswirtschaft, die in den vor der Verschlechterung ihrer Lage verstrichenen Jahren ein entsprechendes Investitionssparguthaben angesammelt hat, kann diese steuerlich wertberichtigten Reserven im Notfall jederzeit zu dem dann notwendigen Einsatz bringen. Die im Falle der Verwendung zur Verlustabdeckung durch die Rückzahlung des Sparguthabens ohne gleichzeitige Investition entstehende Steuerschuld hat keine Bedeutung, da ja die Jahressteuer des Unternehmens in dem betreffenden Zeitabschnitt allgemein zumindest sehr niedrig ausfallen dürfte.

In kurzer Zusammenfassung der bisher genannten, dem einzelnen Unternehmen aus der Tätigkeit der Investitionssparkasse erwachsenden Vorteile kann festgestellt werden, dass diese Sparform gewerblichen Unternehmen die Möglichkeit gibt, frei verfügbare Reserven zu schaffen und im Falle der Notwendigkeit über billiges langfristiges Geld zur Durchführung von Investitionen zu verfügen, wodurch der wesentliche Teil der im Laufe der vergangenen Jahre bei vielen mittelständischen Betriebswirtschaften aufgetretene finanzielle Anspannung beseitigt bzw. künftig vermieden werden kann.

2. Mittelbare Vorteile.

Aus der Art der im vorigen Absatz mit Hilfe des Investitionssparsystems erzielten Eigenkapitalsverstärkung und Versorgung mit langfristigem Fremdkapital ergeben sich im Zusammenwirken mit anderen, bei den wirtschaftlichen Entschlüssen einer Reihe von Inhabern mittelständischer Betriebswirtschaften bedeutungsvollen Faktoren weitere Vorteile, von denen die wesentlichen im folgenden kurz skizziert werden.

a) Die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Kräfte wird erleichtert.

Bisher konnten bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Tragbarkeit einer Investition lediglich die vor allem bei kleineren Betriebswirtschaften mitunter sehr vagen Vorausschätzungen des Betriebsinhabers über die zu erwartende Entwicklung zugrunde gelegt werden. Da mit der Auftragserteilung für einen bestimmten Gegenstand des Anlagevermögens die Termine zur Zahlung der eingegangenen Verbindlichkeiten fest vereinbart werden mussten, ergab sich vor allem bei kleineren Betriebswirtschaften, deren Inhaber zu grosse Erwartungen in den Ertrag der Investition gesetzt hatten, nicht selten die Situation, dass die jeweils fälligen Beträge nur durch äusserste persönliche Sparsamkeit der Inhabersfamilie aufgebracht werden konnten. Rössle¹⁾ spricht über die Gestaltung der Entnahmen in ähnlichen Fällen von "einer spartanischen Haushaltsführung" und weist darauf hin, dass es Beispiele genug gibt, "nach denen der private Verbrauch stets zu Gunsten der Betriebswirtschaft weit unter das Einkommen reduziert wurde".

Nunmehr können diese Betriebswirtschaften einen Investitionssparvertrag abschliessen, in dem sie sich verpflichten, vierteljährliche Sparraten in einer bestimmten Höhe zu entrichten, und haben dadurch die Möglichkeit, vor Durchführung der Investition die eigene Leistungsfähigkeit besser kennenzulernen. Für den Fall, dass die vereinbarten Raten sich als zu hoch erweisen sollten, ist es ein Leichtes, eine Ermässigung derselben über die Herabsetzung der Investitionssparsumme zu erreichen. Auf diese wirtschaftlich risikolose Weise erhält der in der modernen gewerblichen Finanzierung noch nicht genügend bewanderte Betriebsinhaber eine gute Möglichkeit, den für

1) Rössle, K., aaO. S. 248.

die Begleichung langfristiger Schulden verwendbaren finanziellen Spielraum seines Unternehmens zu erkennen.

Neben der somit durch die skizzierten Umstände ermöglichten leichteren Vermeidung von Überinvestitionen bringt der Abschluss eines Investitionssparvertrages auch die Möglichkeit, Fehlinvestitionen leichter wie bisher zu vermeiden. Dies wird insbesondere durch die in den Investitionssparbedingungen vorgesehene Wartezeit bewirkt, die von dem grössten Teil der für Fehlinvestitionen anfälligen Inhaber kleinerer Betriebswirtschaften dazu benutzt werden dürfte, sowohl die technische Entwicklung am Maschinenmarkt genauer als bisher zu verfolgen als auch die im jeweiligen Zeitpunkt speziell für ihre Betriebssituation massgebenden Erkenntnisse der Arbeitsplanung und Rationalisierung sich anzueignen. Auf die Möglichkeit der Investitionssparkasse mit Hilfe von Aufklärungsschriften das jeweils für die einzelnen Branchen Interessante zu publizieren (ähnlich der heutigen Praxis der Bausparkassen) sei in diesem Zusammenhang verwiesen.

b) Die Umstellung auf neue Tätigkeitsgebiete wird erleichtert.

Die zwischen der Grossindustrie und dem Mittelstand bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen bedingen, dass im Laufe der nächsten Jahre mit dem Übergang der Grossindustrie auf automatisierte Fertigung eine Reihe von mittelständischen Betriebswirtschaften aus ihren bisherigen Betätigungszweigen verdrängt wird. Zugleich ergeben sich jedoch für sie neue Betätigungsmöglichkeiten auf ähnlichen Sektoren der Wirtschaft. Diesen in der Vergangenheit, vor allem am Beispiel des Dorfschmieds, der durch die Verkaufsniederlassung mit Reparaturwerkstätte für landwirtschaftliche Maschinen

bzw. für Kraftfahrzeuge abgelöst wurde, festgestellten Vorgang dürften wir in nächster Zukunft in einer Reihe von Branchen beobachten müssen. Da die jeweilige automatisierte Industriebranche als Voraussetzung der Aufrechterhaltung der kostensparenden Fertigung zumindest gleichbleibenden Absatz ihrer Erzeugnisse benötigt, muss sie, wenn ein hierfür tätiges mittelständisches Gewerbe nicht vorhanden ist, von sich aus durch Finanzhilfen aller Art derartige Betriebswirtschaften ins Leben rufen. Die heute allgemein übliche Art der Tankstellenfinanzierung gibt ein Beispiel hierfür. Auch in der Radiobranche hat sich wegen der geringen Leistungsfähigkeit der (mittelständischen) Einzelhändler die Praxis herausgebildet, dass das finanzielle Risiko der Produktion bis zum Absatz an den Letztverbraucher beim Herstellerwerk bleibt. Da sich diese Tendenz unter gleichen Wettbewerbsvoraussetzungen wie bisher in den meisten Branchen, deren Fertigungsstufe zur Automation übergeht, durchsetzen dürfte, wird hierdurch ein grosser Teil der heutigen mittelständischen Betriebswirtschaften seine Selbständigkeit einbüssen, wenn nicht rechtzeitig Möglichkeiten geschaffen werden, die eine entsprechende Umstellung im notwendigen Zeitpunkt gestatten. Die durch die Investitionssparkasse gegebene Möglichkeit zur Bildung von Reserven allgemeiner Art schafft für viele Unternehmen die notwendigen finanziellen Voraussetzungen zur Durchführung der mit dem Übergang in neue Branchen erforderlich werdenden grösseren Anschaffungen, ohne zusätzliche Risiken mit sich zu bringen.

Insgesamt gesehen bringt das Investitionssparsystem nach Meinung des Verfassers für die einzelnen Betriebswirtschaften des Mittelstandes den nicht zu unterschätzenden Vorteil, die im Vergleich zur Grossindustrie allgemein

vorhandene schwächere Marktposition durch eine gegenüber den bisherigen Möglichkeiten freiere Beweglichkeit in finanziellen Dingen ausgleichen zu können.

VI. Auswirkungen der Tätigkeit der Investitionssparkasse in der Wirtschaftspolitik.

1. Bisherige Förderung des gewerblichen Mittelstandes

Da der gewerbliche Mittelstand "wegen seiner politischen und sozialen Stabilität, wegen der Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit und des Privateigentums ungezählter selbstbewusster Staatsbürger für einen freien demokratischen Staat ein gesellschaftspolitisches Positivum erster Ordnung"¹⁾ und "die Bedeutung der kleinen und mittleren Wirtschaftseinheiten sowohl in ihrer sozialen als auch in ihrer ökonomischen Funktion sehr gross ist",²⁾ wurde im Laufe der letzten Jahre angesichts der in mancher Hinsicht vergleichsweise stärkeren Position der Grossindustrie eine Reihe von gesetzlichen Massnahmen zur Erhaltung seiner Leistungsfähigkeit und Förderung seiner wirtschaftlichen Kraft getroffen. Auf Grund seiner Eigenart lässt sich der grösste Teil dieser Massnahmen in drei wesentliche Gruppen gliedern, die im folgenden kurz besprochen werden.

a) Steuerliche Erleichterungen.

Diese Gruppe von Massnahmen ist an erster Stelle aufgeführt, da in der Vergangenheit und zu einem wesentlichen Teil auch noch heute die Steuergesetzgebung nach Bühler³⁾ "zur wirtschaftlichen Konzentrationsbewegung" eine Stellung einnahm und einnimmt, "die man als wohlwollende Neutralität" ansprechen könnte. Aus dieser

1) Bundesverband der Deutschen Industrie, aaO. S. 163.

2) Rössle, K., aaO. S. 73.

3) Bühler, O., aaO. S. 101.

Meinung Bühlers kann daher gefolgert werden, dass ein wesentlicher Teil der beherrschenden Marktposition der Grossbetriebe wenigstens indirekt auf steuergesetzliche Massnahmen des Staates zurückzuführen ist. Auf Grund dieser bisherigen Einstellung des Staates ist es heute, nachdem allgemein erkannt wurde, dass die mittelständischen Betriebswirtschaften auch für das Ganze der Volkswirtschaft eine wesentliche Bedeutung haben, notwendig, die durch die bisherige Steuergesetzgebung begründeten Nachteile für den Mittelstand in etwa auszugleichen.

Auf dem Gebiet der Einkommensteuer wurden -vor allem im Jahre 1956¹⁾- neben einer Reihe sonstiger Erleichterungen die Freibeträge für den Steuerpflichtigen, seine mit ihm zusammen veranlagte Ehefrau und die in seinem Haushalt lebenden Kinder nicht unwesentlich erhöht. Begründet sind diese auch dem unselbständigen Mittelstand zugute kommenden Massnahmen in der im Laufe der Vorjahre feststellbaren Erhöhung des Preisniveaus und in dem Bestreben, eine Vermögensbildung auf breiterer Basis als bisher zu ermöglichen sowie den privaten Verbrauch zur Förderung der Konjunktur zu steigern. Der letztgenannte Gedanke konnte sich im Zusammenhang mit den eingetretenen Lohnsteigerungen zweifellos in dem gewünschten Sinne auswirken, da im Jahre 1956, wie die Bank Deutscher Länder, die heutige Deutsche Bundesbank²⁾, feststellt, eine "starke Belebung des privaten Verbrauchs" eintrat, der eine "wachsende Rolle im gesamten Kräftespiel der Konjunktur" gewinnen konnte.

1) Durch das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes vom 5. Oktober 1956, Bundesgesetzblatt, Teil I, 1956, S. 781 ff.

2) Bank Deutscher Länder, Geschäftsbericht für das Jahr 1956, S.9.

Die Umsatzsteuer, deren Struktur vor allem der Konzentration förderlich ist, wurde für Unternehmen, "deren Gesamtumsatz im laufenden Kalenderjahr 80000 Deutsche Mark nicht übersteigt"¹⁾ dadurch ermässigt, dass diese Betriebswirtschaften "von ihren steuerpflichtigen Umsätzen einen Umsatzbetrag von 8000 Deutsche Mark absetzen" können. Die Gewerbesteuer kleinerer Betriebswirtschaften wurde durch Erhöhung der bei Ermittlung des Steuermessbetrages vom Gewerbeertrag abzusetzenden Freibeträge ab 1.1.1957²⁾ auf das Doppelte der vorherigen Sätze wesentlich ermässigt. (Volle Steuermesszahl von 5% des Gewerbeertrages wird jetzt erst bei einem Jahresertrag von TDM 12 der Veranlagung zugrundegelegt.)

Die beiden letztgenannten Steuerermässigungen bewirkten eine gewisse finanzielle Erleichterung der kleinen Betriebswirtschaften. Insbesondere wurde durch die Umsatzsteuerermässigung ein Grossteil der kleinen Betriebswirtschaften tatsächlich von der Umsatzsteuer befreit (ohne allerdings die in ihrem Materialverbrauch enthaltene Umsatzsteuer der Vorlieferanten anzutasten) und dadurch in gewisser Hinsicht die bisherige Benachteiligung gegenüber den Grossunternehmen ausgeglichen. Die bei Ermässigung betrieblicher Steuern naturgemäss vorausgesetzte Verwendung des eingesparten Betrages für Modernisierungsmassnahmen ist jedoch nach der bestehenden Gesetzgestaltung nicht gewährleistet, da jedes Unternehmen, dessen Umsatz bzw. Gewerbeertrag innerhalb der festgesetzten Grenzen bleibt, in den Genuss der Einsparung kommt, gleichgültig, ob diese für private oder betrieb-

1) Art. 1 siebentes Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom 5. Oktober 1956, Bundesgesetzblatt, Teil I, 1956, S. 787.

2) Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes vom 5. Oktober 1956, Bundesgesetzblatt, Teil I, 1956, S. 786.

liche Zwecke verwendet wird. Diese Art von Steuererleichterung, so notwendig sie auch war, diente daher nicht ausschliesslich dem Erstarken der wirtschaftlichen Kraft des Mittelstandes.

b) Wettbewerbsregelnde und gewerbefördernde Massnahmen.

Da die Zusammenballung der wirtschaftlichen Kraft in der Hand einiger Grossunternehmen in Auswirkung der nach dem Krieg eingeführten Gewerbefreiheit zu einer Reihe von Mißständen im Wettbewerb geführt hatte, durch die vor allem die mit einer schwächeren Marktposition ausgestatteten mittleren und kleinen Betriebswirtschaften geschädigt wurden, erwies es sich als notwendig, zur Förderung des Mittelstandes auch auf die Gestaltung des Wettbewerbes einzuwirken. Neben einigen zum Schutz einzelner Branchen in verschiedenen Gesetzen enthaltenen Bestimmungen ist als für die Allgemeinheit bedeutsam hier das Gesetz¹⁾ zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, des Gesetzes über das Zugabewesen und des Rabattgesetzes zu nennen. Es bestimmt die Errichtung von "Einigungsstellen zur Beilegung von Wettbewerbsstreitigkeiten in der gewerblichen Wirtschaft" bei den Industrie- und Handelskammern. Dadurch ist gerade für kleine Betriebswirtschaften die Möglichkeit geschaffen worden, mit niedrigeren Kosten als vor einem ordentlichen Gericht ihr Recht bei Übergriffen stärkerer Marktpartner zu finden.

Das Gesetz über die Berufsausübung im Einzelhandel²⁾ vom 5. August 1957 legt zusammen mit der erst vor wenigen Jahren erlassenen Handwerksordnung die Voraussetzungen

1) Bundesgesetzblatt 1957, Teil I, S. 172 f.

2) Bundesgesetzblatt 1957, Teil I, S. 1121.

für die Berufsausübung in diesen beiden vornehmlich den Mittelstand repräsentierenden Berufsgruppen fest. Es bestimmt, dass künftig Einzelhandelsunternehmen ähnlich wie Handwerksunternehmen nur gegründet werden dürfen, wenn der Inhaber oder eine ihn rechtsgültig vertretende Person "die erforderliche Sachkunde nachweisen" kann. Damit sind für diese beiden im gewerblichen Mittelstand wesentlichen Berufsgruppen die Voraussetzungen geschaffen, dass eine unter Umständen existenzgefährdende Konkurrenz Berufsfremder nicht auftreten kann.

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen¹⁾ vom 27. Juli 1957 -das Kartellgesetz- ist zur Eindämmung von Auswüchsen der wirtschaftlichen Praxis marktbeherrschender Grossunternehmen geschaffen. In erster Linie wirkt es zum Nutzen der Verbraucherschaft allgemein. Da jedoch die gewerblichen Unternehmen des Mittelstandes viele Halofabrikate von der Grossindustrie beziehen müssen, dient das Gesetz zu einem wesentlichen Teil auch dem Schutz des gewerblichen Mittelstandes, da es auch verhindert, dass der Preis von in einzelne Fertigprodukte einzubauenden Halbfabrikaten willkürlich festgesetzt werden kann. Dadurch wird verhindert, dass die Kostenbelastung der endfertigenden mittelständischen Betriebe unnötig erhöht wird.

Die genannten wettbewerbsregelnden und gewerbefördernden Massnahmen wurden insgesamt notwendig, um die vorhandenen Marktvorteile der Grossunternehmen auf ein Ausmass zu beschränken, in dem sie dem Wirtschaftsganzen noch förderlich sind. Andererseits dürfte wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, dass durch diese Massnahmen die wirtschaftliche Stellung der grossen Betriebswirtschaften im Vergleich

1) Bundesgesetzblatt 1957, Teil I. S. 1081 f.

zu den mittleren und kleinen nicht wesentlich verändert wurde, so dass die geschaffenen Gesetze lediglich die Wirkung von Dämmen haben. Die Frage, welchem Druck diese widerstehen müssen, ist hierbei ganz von der Entwicklung in der Zukunft abhängig. Wenn es daher nicht gelingt, das Gleichgewicht zwischen grossen und kleinen Betriebswirtschaften in etwa wieder herzustellen, wird eine weitere Befolgung des Grundsatzes der Reglementierung, wie er aus den bisherigen Massnahmen ersichtlich ist, durch die bezweckte und erzielte Abschirmung der kleinen Betriebswirtschaften eine Reihe von Erstarrungskräften wachrufen, was der nach den bisherigen wirtschaftspolitischen Grundsätzen allgemein wünschenswerten freien Weiterentwicklung der Volkswirtschaft zumindest Hindernisse in den Weg legen dürfte und dadurch die Versorgung der Verbraucher verschlechtern wird.

Da lt. Bundesverband der Deutschen Industrie¹⁾ die mittleren und kleinen Betriebswirtschaften "nur dann eine volkswirtschaftliche Aufgabe" erfüllen, "wenn sie ohne künstliche Abschirmung gegen die allgemeine Entwicklung des Produktions- und Leistungstrends der Wirtschaft einen positiven Beitrag zur Marktversorgung leisten", kann eine weitere Entwicklung in der bisherigen Richtung daher nicht ohne wesentliche Nachteile für die Gesamtheit der Verbraucher und damit der Volkswirtschaft erfolgen. Die Frage, die angesichts der Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft für das Volksganze daher gelöst werden muss, lautet: Welche Massnahmen sind zu ergreifen, um eine Förderung des Mittelstandes im notwendigen Ausmass sicherzustellen, ohne die skizzierten Nachteile aufzuweisen?

1) Bundesverband der Deutschen Industrie, aaO. S. 162.

c) Kredithilfen aus öffentlichen Mitteln.

Angesichts der Unergiebigkeit des Kapitalmarktes wurde, wie bereits erwähnt¹⁾, im Laufe der vergangenen Jahre eine Reihe von Kreditprogrammen vom Bund, den Ländern, der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Lastenausgleichsbank und sonstigen öffentlichen oder halb-öffentlichen Instanzen durchgeführt. In der ersten Phase des Wiederaufbaues, in der es darauf ankam, in bestimmten Schwerpunkten durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten strukturelle Veränderungen zu bewirken, waren diese öffentlichen Kreditprogramme zweifellos notwendig, da damals über den Kapitalmarkt keinerlei Beträge verfügbar gemacht werden konnten. Diese Beträge flossen jedoch zu Anfang in der Mehrzahl den Grossunternehmen zu. In den Folgejahren wurden Hilfsmassnahmen dieser Art auch bei mittleren und kleinen Betriebswirtschaften fortgeführt, sie zeigten jedoch die z.T. sehr erheblichen strukturellen Nachteile des dabei praktizierten Einplanungssystems. Als wesentlichen Grund für diese Erscheinungen führt Muthesius²⁾ an, dass "die 'Kreditversorgung' der Industrie" "zum Teil in amtliche und halbamtliche 'Verfahren' eingebettet" wurde, "bei denen Gesichtspunkte der 'volkswirtschaftlichen Vordringlichkeit' und verwandte Begriffe eine wesentliche Rolle spielen und bei denen 'Stellen' mitwirken, denen im allgemeinen die rein geschäftlichen Gesichtspunkte fremd sind". Nach kurzer Erwähnung einer Reihe der eingeschalteten Stellen und dem Hinweis, dass man "im weiteren Sinne" alle diese Kreditprogramme "durchaus als vom Steuerzahler finanziert bezeichnen" kann, betont Muthesius, dass die Zeit vom Beginn der Kreditaktion bis zur Auszahlung der Kredite viel zu lang ist und dass der Einfluss der Verbände auf die Gestaltung dieser Aktionen nicht gerade zum Vorteil der Kreditver-

1) Vergl. Seite 31 f. dieser Arbeit.

2) Muthesius, V., Überwindung des Programmismus in "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen", Frankfurt, 1956, S. 30.

sorgung der Betriebe selbst dient, da die einzelnen Branchen sich "gegenseitig der 'Überhitzung' bezichtigen"¹⁾ Ein weiterer Minuspunkt des Einplanungsverfahrens ist "das 'Planungs'-Denken", das die öffentlichen Kreditprogramme beherrscht, das nur die Schaffung neuer Kapazitäten im Auge hat und die kaufmännische Struktur der Betriebe übersieht.

Nach der Feststellung, dass der durch "das System der 'zentralgesteuerten Mittel'" geschaffene Überbau der Wirtschaft "von administrativen Organen und Methoden" "auf die Dauer schlecht in die marktwirtschaftliche Konzeption hineinpasst", kommt Muthesius zu der Folgerung, dass es an der Zeit ist, "die Volkswirtschaft von der Last und den Kosten dieses Überbaues wieder zu befreien". Er bekennt jedoch, dass dies auf gewisse Schwierigkeiten stossen wird, und weist abschliessend noch darauf hin, dass einige der Fonds bereits heute "nicht mehr neu gespeist werden"²⁾, sondern in sich geschlossen "ein stationäres Eigenleben führen". Daran anknüpfend schlägt er vor, mehr als bisher "die Beträge en bloc den Kreditinstituten" zu überlassen, um so den kaufmännischen Grundsätzen auch hier wieder allgemeine Geltung zu verschaffen.

Sowohl die Notwendigkeit der Gewährung von Krediten aus öffentlichen Mitteln als auch das Recht der öffentlichen Instanzen, auf die Verteilung dieser Mittel angemessenen Einfluss zu nehmen, wird, was die vergangenen Jahre anbelangt, wohl niemand bestreiten. Andererseits hat der Umstand, dass die öffentliche Hand hier auf einem Gebiet tätig wurde, das grundsätzlich kaufmännischen Regeln

1) Muthesius, V., aaO. S. 30.

2) Muthesius, V., aaO. S. 31.

unterliegt, zu manchen Fehlleitungen geführt und eine Reihe von Mängeln gezeigt, deren wesentlichster für den Problembereich dieser Arbeit wohl der sein dürfte, dass die Verteilung der relativ knappen Mittel trotz aller Planung kaufmännisch betrachtet einer Reihe von dem Kreditgeschäft wesensfremden Gedanken unterworfen wurde. Es ist daher nicht verwunderlich, dass statt der Firmen, die einen entsprechenden Bedarf bei vorhandener Kreditfähigkeit vorweisen konnten, gelegentlich Firmen Berücksichtigung fanden, bei denen manche unabdingbare Voraussetzung für eine Kreditgewährung fehlte, die jedoch den Vorzug hatten, mit öffentlichen Instanzen hartnäckiger verhandeln zu können.

Zusammenfassend kann zu den bisherigen Förderungsmassnahmen für den gewerblichen Mittelstand festgestellt werden, dass sie insgesamt auf Grund der bestehenden Verhältnisse notwendig wurden. Andererseits kann von ihnen kein Ausgleich der bestehenden Differenzen im wirtschaftlichen Kräfteverhältnis erwartet werden, da sie einmal lediglich gewisse durch Erhöhung des Preisniveaus begründete finanzielle Erleichterungen bewirken, zum anderen aber nur eine Eindämmung des Übergewichts der Grossunternehmen auf dem Markte erzielen können. Da jedoch dadurch die wirtschaftliche Macht der grossen Betriebswirtschaften nicht beseitigt wird, muss bei einem Weiterschreiten auf dem bisher eingeschlagenen Weg eine ständig weiter durchgeführte Reglementierung des Wirtschaftsablaufs in Kauf genommen werden, wenn nicht durch andersgeartete Massnahmen eine Beseitigung der heutigen Ungleichheit der Entwicklungsmöglichkeiten erreicht werden kann.

Wie bereits erwähnt¹⁾, schränkt die schwächere Marktsituation mittelständischer Unternehmen vor allem ihre

1) Vergl. Seite 29 f. dieser Arbeit.

Ertragskraft und daher die Möglichkeit zur Bildung von Eigenkapital ein. Daher sind heute die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten bei mittelständischen Unternehmen im Vergleich zu Grossunternehmen als gering anzusprechen. Im Einklang mit dieser Feststellung legt Hellwig¹⁾ dar: "Weder die betriebliche Eigenkapitalbildung noch die Kapitalbeschaffung über den Markt vollziehen sich zur Zeit wettbewerbsneutral." Nach dem Hinweis, dass dadurch die Konzentration gefördert wird, erläutert er, dass dies ausserordentlich bedenklich ist, "denn vom Zugang zum Kapitalmarkt und den gleichen Chancen zur betrieblichen Eigenkapitalbildung wird es abhängen, ob die mittleren und kleineren Betriebe in den folgenden Jahren den Wettbewerb um die Arbeitskräfte werden bestehen können", da die Voraussetzungen hierfür in der Möglichkeit zur grundlegenden Rationalisierung der Fertigungsanlagen begründet liegt (was heute nicht als gegeben anzusprechen ist). Hellwig befürchtet, "dass die Konzentrationsvorgänge in Wirtschaft und Gesellschaft sich verstärken werden", wenn es nicht gelingt, die nicht emissionsfähigen Unternehmen gleichmässiger als bisher sowohl in der Eigenkapitalbildung als auch in der Versorgung mit langfristigem Fremdkapital zu berücksichtigen.

Im Anschluss an die zitierte Stellungnahme Hellwigs muss daher das Hauptaugenmerk einer künftigen gesunden Mittelsstandsförderung sowohl auf die Erleichterung der Eigenkapitalbildung als auch auf die Verbesserung der Fremdkapitalversorgung gerichtet werden, um damit die den Grossunternehmen auf Grund ihrer marktbeherrschenden Position zur Verfügung stehende Fähigkeit zur Rationalisierung ihrer Betriebsanlagen in entsprechendem Umfang

1) Hellwig, F., Gleiche Chancen für alle Betriebe! Sorgen um die Kapitalbeschaffung der Mittleren und Kleineren, Handelsblatt, Düsseldorf, Nr. 107, vom 13.9.1957, S. 2.

auch den mittleren und kleinen Betriebswirtschaften zu verleihen.

2. Die Investitionssparkasse als wirtschafts- politisches Hilfsmittel.

Ein Vergleich der Erfordernisse der künftigen Mittelstandspolitik, wie sie aus Vorstehendem ersichtlich sind, mit der laut den Ausführungen dieser Arbeit vorgesehenen Ausgestaltung der Investitionssparbedingungen zeigt, dass diese den beiden Haupterfordernissen -Erleichterung der Eigenkapitalbildung und Versorgung mit langfristigem Fremdkapital- in einer Weise gerecht werden, die über die bisher bestehenden Möglichkeiten hinausgeht. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die steuerliche Begünstigung der Sparbeiträge in einer dem in Abschnitt IV dieser Arbeit vorgeschlagenen Modus¹⁾ ähnlichen Weise durchgeführt wird. Die weitere Voraussetzung, dass durch das Interesse der mittelständischen Wirtschaft am Investitionssparen das Aufkommen der erforderlichen Beiträge das notwendige Ausmass für eine geregelte Geschäftstätigkeit der Investitionssparkasse erreicht, dürfte angesichts der heute vorhandenen starken Beeinflussung der wirtschaftlichen Entscheidungen des Einzelnen durch steuertechnische Überlegungen ohne Schwierigkeiten realisierbar sein. Da die Ansparung bei der Investitionssparkasse bei einer Reihe von Unternehmen die bisher geübten, rein oder überwiegend steuerlich begründeten Ersatzbeschaffungen zu einem wesentlichen Teil ersetzen wird, dürfte die steuerliche Wertberichtigung der Gesamtsparleistung der mittelständischen Wirtschaft, ausgehend von dem Gedanken, dass diese Wertberichtigung wie eine Abschreibung behandelt wird, das Gesamtabschreibungsvolumen einschliesslich des Volumens der vorgesehenen Wertberichtigung nur in den ersten Jahren der Geschäftstätigkeit der Investitionssparkasse nennens-

1) Vergl. Seite 63 ff. dieser Arbeit.

wert erhöhen. Demgegenüber dürfte in den Folgejahren auf Grund der gemäss der in Abschnitt IV dieser Arbeit vorgeschlagenen Regelung bewirkten Verkürzung der Abschreibungen der einzelnen Betriebswirtschaft ein gewisses Absinken des Gesamtabreibungsvolumens der Volkswirtschaft im engeren Sinne erwartet werden können, wodurch der durch diese Absetzungen vom steuerlichen Einkommen der Einzelnen bewirkte Steuerausfall in etwa ausgeglichen werden dürfte. Darüber hinaus kann der Steuerausfall durch Veränderung der vorgeschlagenen Höchstbeträge für Voll- und Teilabsetzung¹⁾ jederzeit entsprechend den fiskalen Erfordernissen gesteuert werden. Die zur Tätigkeitsaufnahme der Investitionssparkasse nach Meinung des Verfassers notwendige steuerliche Begünstigung, als der Preis, den der Fiskus im Interesse des Zieles einer ausreichenden Versorgung der nicht emissionsfähigen Wirtschaft mit langfristigen Kapital aufzuwenden hätte, lässt sich daher so lenken, dass sie den Interessen der Gesamtheit der Volkswirtschaft nicht zuwiderläuft.

Durch die Tätigkeit der Investitionssparkasse wird ferner die Kapitalversorgung der mittelständischen Wirtschaft mit marktkonformen Mitteln ermöglicht, weshalb die bisherigen öffentlichen Kreditfonds, die zur Speisung der diversen Programme notwendig waren, nicht mehr im bisherigen Ausmass hierfür zur Verfügung stehen müssen. Das vorhandene Kapital kann anderen Zwecken zugeführt werden und mit einem gewissen Teil den evtl. zu erwartenden Steuerausfall decken. Dadurch erübrigt sich die Tätigkeit des Staates auf diesem ihm wesensfremden Gebiet.

Von der Investitionssparkasse kann nur das Unternehmen ein Darlehen erhalten, das selbst bereits bewiesen hat, dass es - sei es aus eigener Kraft, sei es durch Unterstützung seiner Hausbank - einen im Verhältnis zu seinem Bedarf wesentlichen Betrag ersparen kann. Dadurch

1) Vergl. Seite 67 dieser Arbeit.

wird der Forderung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie¹⁾ für die Mittelstandspolitik nach Bereitstellung solcher "Hilfen und Selbsthilfen" Rechnung getragen, die den mittelständischen Betriebswirtschaften "die Anpassung an den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt erleichtern und ihnen durch Kooperation zu einem Leistungspotential verhelfen", das sie in ihren Sparten zu nahezu ebenbürtigen Partnern der grossen Betriebswirtschaften macht. Da die mittelständischen Betriebswirtschaften "immer wieder das eigentliche Element der Freiheit, des Wettbewerbs, der Belebung"²⁾ in unserer Volkswirtschaft sind, stellt die Investitionssparkasse daher eine psychologisch wesentlich artentsprechendere Förderung dieser Volksschicht dar als es die Errichtung gesetzlicher Schranken oder die Gewährung öffentlicher "Hilfen" irgendwelcher Art je sein kann.

Neben den bisher genannten grundsätzlichen Vorzügen der Investitionssparkasse als wirtschaftspolitisches Instrument ergeben sich speziell unter Zugrundelegung des Gedankens, dass die Investitionssparkasse durch ein einziges, in allen Ländern der Bundesrepublik arbeitendes Institut Verwirklichung findet, noch einige weitere Vorteile vorwiegend technischer Natur in der Wirtschaftspolitik.

Gesetzt den Fall, dass sich in späteren Jahren eine öffentliche Kreditaktion für bestimmte Gewerbebezüge oder für Betriebswirtschaften in einer bestimmten Situation für zweckmässig erweisen sollte, besteht jederzeit die

1) Bundesverband der Deutschen Industrie, aaO. S. 162.

2) Hellwig, F., aaO. S. 2.

Möglichkeit, aus öffentlichen oder sonstigen Mitteln an die Investitionssparkasse ein Darlehen zur Befriedigung der Kreditwünsche dieser Betriebe zu gewähren. Wenn man voraussetzt, dass dieses Darlehen zumindest die Gesamtsumme der zu vergebenden Darlehen (ohne die bei Zuteilung auszureichenden Ansparsummen der einzelnen Firmen) deckt, weshalb aus dem Zuteilungsstock der Investitionssparkasse zur Durchführung dieser Sonderaktion lediglich die Ansparbeträge der begünstigten Sparer herangezogen werden müssen, läuft eine durch Zufluss zweckbestimmter Mittel ermöglichte bevorzugte Zuteilung Einzelner den Interessen anderer Sparer nicht zuwider. Zur Bekräftigung dieser zunächst vielleicht überraschend wirkenden Feststellung sei darauf verwiesen, dass der skizzierte Vorgang der Bedienung eines Darlehens eines Zwecksparers (oder einer Gruppe von Zweckspарern) aus Mitteln, die nicht dem Zuteilungsstock der Zwecksparkasse entstammen, für die Zwecksparkasse selbst finanzmathematisch einer Kündigung dieser Verträge mit kurzfristiger Zurückzahlung der jeweiligen Sparguthaben gleichkommt. Da nun, "solange die Bausparkasse Neuzugänge hat und die Kündigungen einigermaßen gleichmässig auftreten", nach Krahn¹⁾ "die Wartezeiten der verbleibenden Bausparer durch die Kündigungen nicht verschlechtert, sondern verbessert" werden, ergibt sich auf Grund dieser für alle Zwecksparkassen gültigen Gesetzmässigkeiten, dass auch die Zuteilungsaussichten der Investitionssparer durch Kündigungen von mit eigenen Verträgen in Konkurrenz stehenden Verträgen oder Zuteilungen auf derartige Verträge aus nicht dem Zuteilungsstock entstammenden Mitteln verbessert werden, was ihren Interessen nicht zuwiderläuft. Allerdings ist eine derartige Mass-

1) Krahn, A., aaO.S.36.

nahme nur durchführbar, wenn die fremden Mittel entsprechend den Investitionssparbedingungen an die Sparer weitergeleitet werden können. "Zur Vermeidung von Verlusten müsste" somit im Einklang mit den von Krahn¹⁾ für Geldzuführungen in die Zuteilungsmasse getroffenen Feststellungen das der Investitionssparkasse zweckbestimmt zufließende Darlehen "zu etwa 3% zur Verfügung stehen. Im äussersten Falle könnte man vielleicht bis zu 4% gehen".

Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass heute öffentliche Kredite an den Endkreditnehmer mit bis zu 7½%, an die Hausbanken mit bis zu 6% und an die in manchen Bundesländern eingerichteten Zentralstellen für öffentliche Kredite mit bis zu 5% weitergegeben werden, wobei durch die Einschaltung einer Reihe von Gremien noch weitere zusätzlich von der öffentlichen Hand zu tragende Kosten entstehen, ergibt sich, dass die Gewährung eines Darlehens an die Investitionssparkasse mit einem Zinssatz von etwa 3½% für die öffentliche Hand als zumindest gleich lukrativ anzusprechen ist, als die Gewährung öffentlicher Kredite nach der heute praktizierten Methode. Die zweckentsprechende Verwendung und sonstige von der öffentlichen Hand im jeweiligen Fall festgelegte Auflagen könnten bei der Investitionssparkasse durch relativ wesentlich billigere Massnahmen kontrolliert werden, als dies heute der Fall ist, da die Investitionssparkasse als einziges derartiges Institut tätig ist, bei dem voll ausgelastete Spezialkräfte hierfür herangezogen werden können.

Aus der Eigenart des Systems der Zwecksparkasse, dass durch Zuführung von zusätzlichen Mitteln an den allgemeinen Zuteilungsstock die Wartezeit sämtlicher Sparer abgekürzt wird, ergibt sich ein weiterer wesentlicher Vorteil der

1) Krahn, A., aaO. S. 57.

Investitionssparkasse als wirtschaftspolitisches Hilfsmittel. Krahn¹⁾ stellt hierzu fest: "Um im Beharrungszustand die mittlere Wartezeit um ein Jahr abzukürzen, müsste der Zuteilungsmasse langfristig eine Fremdgeldmenge zur Verfügung stehen, die gleich ist der durchschnittlichen jährlichen Abschluss-Summe der 'echten Bausparer'", wobei er unter 'echte Bausparer' alle diejenigen zusammenfasst, "die bei der Bausparkasse bis zur Zuteilung ausharren und auch ein Darlehen in Anspruch nehmen." Für die Investitionssparkasse ergibt sich hieraus, dass sie unter der Voraussetzung ihres allgemeinen Anklangs jederzeit dazu verwendet werden kann, um die Investitionspolitik der nicht emissionsfähigen Wirtschaft bei evtl. rückläufiger Konjunkturentwicklung anzuregen und angesichts der Bedeutung dieses Wirtschaftskreises dadurch unter Umständen eine Wende der Konjunktursituation zu einem neuen Aufstieg einzuleiten.

Insgesamt lässt sich die Investitionssparkasse so gestalten, dass sie für die Wirtschaftspolitik ein gutes Hilfsmittel dafür wird, bisher vom Staat übernommene ihm wesensfremde Funktionen künftig durch marktgerechte Massnahmen zu ersetzen, ohne dass der Fiskus dadurch wesentliche Steuerausfälle oder sonstige Kosten zu tragen hat. Sie ermöglicht ferner auf Grund der mit ihrer Hilfe geschaffenen Möglichkeiten ein wirtschaftliches Erstarken der mittelständischen Betriebswirtschaften, ohne dass der Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens durch Regulierung mehr als bisher eingeengt werden muss und hilft dadurch angesichts der Bedeutung dieser Betriebswirtschaften für die Volkswirtschaft mit, die Voraussetzung für eine weitere günstige Entwicklung derselben zu erhalten

1) Krahn, A., aaO. S. 60.

C

Das unternehmerische Risiko der Investitionssparkasse.

Vorliegende Arbeit wäre unvollständig, wenn nicht auch die Frage des Risikos der Investitionssparkasse angeschnitten würde. Da das übliche Kreditrisiko infolge der vorgeschlagenen Zwischenschaltung primärhaftender Bankinstitute der Investitionssparkasse weitgehend abgenommen ist¹⁾, lässt sich ein wesentliches Risiko für die Investitionssparkasse lediglich in dem Tatbestand erkennen, dass sie in der Lage sein muss, die an sie herantretende Nachfrage nach langfristigen Krediten in einer Weise zu befriedigen, die den Vorstellungen der Sparer entspricht. Zur Klärung dieser Frage ist es zweckmässig, die heutige Situation und die künftig zu erwartende Entwicklung gesondert zu betrachten.

1. Heute zu erwartendes Geschäftsrisiko der Investitionssparkasse.

In der öffentlichen Diskussion der vergangenen Monate wurde gelegentlich die Gründung einer Mittelstandsbank als zentrales Kopfinstitut der diversen mit dem Mittelstand arbeitenden Bankinstitute ventiliert. Sie sollte sich die erforderlichen Mittel durch Ausgabe mündelsicherer Wertpapiere beschaffen und ihre Darlehen dann im Wege der Refinanzierung der jeweiligen Hausbanken an die mittelständische Wirtschaft weiterreichen.

Abgesehen davon, dass Kredite an gewerbliche Unternehmen ihrer Natur gemäss nur in Ausnahmefällen das Erfordernis

1) Vergl. Seite 50 f. dieser Arbeit.

der Mündelsicherheit erfüllen können¹⁾, ergaben sich angesichts der Kapitalmarktverhältnisse, insbesondere des bestehenden Zinsniveaus, wesentliche Schwierigkeiten für die Durchführung dieses Projektes auf Grund der Notwendigkeit, das bei dieser Bank aus politischen Gründen für erforderlich gehaltene Hausbankprinzip durchzuführen und deshalb auch den Hausbanken in etwa eine Vergütung für das von ihnen zu übernehmende Risiko zu gewähren. Eine Lösung dieser beiden Fragen wäre nach dem Stande der Diskussion lediglich mit Hilfe der Übernahme von Bundesbürgschaften für die Anleihen dieser Bank und durch die Gewährung von Zinszuschüssen (um die Belastung der Endkreditnehmer in tragbaren Grenzen zu halten) erzielbar gewesen. Diese Vorschläge wären darauf hinausgelaufen, auf längere Sicht den Bundeshaushalt für die Kreditversorgung des Mittelstandes in grösserem Ausmass heranzuziehen. Wegen der damit verbundenen weiteren intensiven Betonung des Gedankenkreises um den Begriff "Staatshilfe" würde -psychologisch gesehen- durch diese Massnahmen eine gesunde Weiterentwicklung auch der durch diese Staatshilfe begünstigten Wirtschaftsteile wohl kaum erreicht worden sein. Da die Möglichkeiten der Mittelstandsbank zur Befriedigung des auf Grund ihrer Funktion als Institut der organisierten Staatshilfe an sie herangetragenen Bedarfs ausschliesslich von ihr fremden öffentlichen Instanzen bestimmt worden wären, hätte dieses Institut ausschliesslich als öffentliches Kreditinstitut mit Sonderaufgaben tätig werden können, da das in seiner Tätigkeit liegende Risiko vom privaten Kapital nicht hätte übernommen werden können. Im Einklang mit der Meinung der Industriekreditbank AG.²⁾ ist daher zur erwogenen

1) Vergl. Seite 47 dieser Arbeit.

2) Industriekreditbank AG., Geschäftsbericht über das achte Geschäftsjahr (1956/1957), Düsseldorf, 1957, S.14.

Gründung einer Mittelstandsbank festzustellen: "Neuer Einrichtungen zur Kreditgewährung bedarf es". "nicht; denn die entscheidende Aufgabe der Mittelbeschaffung kann nicht durch die Errichtung eines neuen Institutes, sondern allein durch gemeinsame Überlegungen aller massgebenden Stellen auf Grund umfangreicher Erfahrungen gelöst werden." Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Diskussion um die Mittelstandsbank wieder verstummt ist.

Nach den in dieser Arbeit enthaltenen Vorschlägen kann durch die Investitionssparkasse das von der Industriekreditbank AG. als grundlegend bezeichnete Problem der Mittelbeschaffung auf eine Weise gelöst werden, die keine wesentlichen Aufwendungen der öffentlichen Hand erfordert und daher vom gesamtwirtschaftlicher Standpunkt her gesehen als besser anzusprechen ist, als der von dieser Bank angesichts der bestehenden Kapitalmarktenge notwendigerweise vorgeschlagene Ausweg der stärkeren Heranziehung öffentlicher Mittel mit all' den damit verbundenen wirtschaftlichen Nachteilen. Unter diesem Aspekt erscheint dem Verfasser eine Neugründung eines Institutes als volkswirtschaftlich sinnvoll. Bei der Mittelbeschaffung für die Investitionssparkasse wird bewusst in Kauf genommen, dass die Ansparung der Unternehmen zum Teil durch Gewährung kurzfristiger Kredite der Hausbank aufgebracht wird. Es liegt in der Natur des gewerblichen Unternehmens, dass der Wertfluss im Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens die evtl. zu Anfang vorhandenen klaren Grenzen zwischen den einzelnen Mitteln und ihrer Verwendung innerhalb kurzer Zeit verwischt und eine fruchtbare Kritik an der Situation des Unternehmens nur bei Übersicht über die Gesamtlage möglich ist. Aus diesem Grunde hält es der Verfasser auch für zweckmässig, dass die Aufbringung der Ansparung durch kurzfristige Kredite im Gegensatz zu den

Bestimmungen über die steuerliche Begünstigung von Sparleistungen allgemeiner Art nicht von derartigen Faktoren abhängig gemacht wird. Ausschlaggebend sollte vielmehr lediglich der Gedanke der vorgesehenen Verwendung dieser Kapitalien, wie in Abschnitt IV dieser Arbeit¹⁾ ausgeführt, sein.

Die Gründung einer Investitionssparkasse unter Zugrundelegung der vorgeschlagenen Investitionssparbedingungen schafft durch die Möglichkeit der Aufbringung der Ansparung über kurzfristige Kredite im gewerblichen Bereich eine neue Querverbindung zwischen dem Geldmarkt und dem Kapitalmarkt, da ja der Anspruch auf Zuteilung eines Darlehens jederzeit hierdurch erworben werden kann. Im Gegensatz zu der Eigenart der Wertpapiere, unter Umständen nur mit Verlusten am Kapitalmarkt liquidierbar zu sein, weshalb jede Auflockerung des Kapitalmarktes in Zeiten wesentlich niedrigerer Geldmarktsätze, als am Kapitalmarkt üblich, mit grösster Vorsicht beurteilt werden muss, ist bei dieser neuen Verbindung zwischen beiden Märkten kein Verlustrisiko zu befürchten; denn eine Beschleunigung der Rückzahlungsmöglichkeit der zur Finanzierung der Ansparung aufgenommenen Kredite lässt sich jederzeit durch weitere evtl. ebenfalls kurzfristig finanzierte Sparleistungen erreichen. Lediglich die Frage nach der erforderlichen Höhe der zusätzlichen Sparleistung ist je nach dem Stand der Entwicklung der Investitionssparkasse verschieden zu beantworten. Darüber hinaus besteht für den Partner der Investitionssparkasse jederzeit die Möglichkeit der Kündigung des Vertrages. Da somit die durch die Investitionssparkasse geschaffene Querverbindung zwischen Geld- und Kapitalmarkt für die Partner der Investitionssparkasse keine Verlustrisiken in sich birgt, wird die Aufbringung der Mittel für die

1) Vergl. Seite 64 f. dieser Arbeit.

Investitionssparkasse im Vergleich zur Mittelaufbringung der heute aus dem Wertpapiermarkt ihre Kapitalien schöpfenden Institute wesentlich leichter gestaltet und ist daher mit geringerem Risiko behaftet.

Zu dem der Investitionssparkasse zugrunde liegenden Gedanken der Aufbringung der erforderlichen Sparkapitalbeträge durch die Kreditinteressenten selbst mag ein Kritiker feststellen, dass die Ansammlung eigener Mittel vor Durchführung einer Investition im heutigen Wirtschaftsleben wenig praktiziert wird, und daraus ableiten, dass die Verwirklichung dieses Gedankens auf eine Reihe psychologischer Widerstände stossen wird. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass die heute häufige Praxis, Investitionen prinzipiell durch Fremd- bzw. erst aus dem Ertrag der Investitionen gebildete Eigenmittel zu finanzieren, in erster Linie durch die in den vergangenen Jahren erhöhte steuerliche Begünstigung des Investitionsvorgangs allgemein begründet ist. Da nach den Vorschlägen dieser Arbeit die Sparleistung bei der Investitionssparkasse ähnlich wie Investitionen steuerlich begünstigt werden sollen, lässt sich damit nach Meinung des Verfassers der wesentliche Hinderungsgrund beseitigen, zumal durch die Ansparung von für Investitionen bestimmten Beträgen keine Risiken für die sparenden Firmen entstehen.

Es kann somit davon ausgegangen werden, dass die heutige Marktstruktur, insbesondere das Verhältnis der Nachfrage nach langfristigen Krediten zu dem durch die Investitionssparkasse geschaffenen Angebot an zinsgünstigem langfristigen Kapital zumindest in den Anfangsjahren eine ordnungsgemässe Geschäftsabwicklung bei der Investitionssparkasse ermöglicht. Da die gedanklichen Grundlagen im Gegensatz zu den Gedanken um die Mittelstandsbank als

marktgerecht anzusprechen sind, ist das unternehmerische Risiko der Investitionssparkasse heute als nicht über ein normales Ausmass hinausgehend anzusprechen.

2. Aussichten für die künftige Entwicklung des Unternehmensrisikos.

Mit den Ausführungen des vorstehenden Absatzes ist jedoch die Frage, ob in Zukunft die Abwicklung der Geschäfte der Investitionssparkasse durch zusätzliche Risiken beeinträchtigt werden kann, noch nicht abschliessend beantwortet. Bei Verwirklichung der Investitionssparkasse nach den in dieser Arbeit enthaltenen Vorschlägen kann ein u.U. für die Weiterexistenz ernstliches Risiko lediglich aus einer falschen Zuteilungspolitik entstehen. Hierzu sei zunächst daran erinnert, dass nach Krahn¹⁾ "die Wartezeiten der zuerst eintretenden" Zwecksparer "stets kurz" sind. "Die Wartezeiten wachsen" jedoch nach Krahn²⁾ "bei gleichbleibendem Neuzugang von Jahr zu Jahr an." (Bis zu einer unter Gültigkeit der von Krahn genannten Voraussetzung stabilen Grenze, der mittleren Wartezeit.) Die Investitionssparkasse muss daran interessiert sein, die Wartezeit allgemein möglichst innerhalb einer tragbaren Grenze zu halten. Da nun in einer Periode der aufstrebenden Konjunktur das Investitionsbedürfnis (und das Preisniveau in gewissen Grenzen) der Wirtschaft eine sich fortlaufend steigernde Erhöhung aufweist, sollte es für die Investitionssparkasse durch entsprechende Werbung und Aufklärung der mittelständischen Wirtschaft möglich sein, den Neuzugang an "echten Investitionssparern" alljährlich zu steigern, wodurch der genannte Zweck erreicht werden könnte. Im Falle einer rückläufigen Kon-

1) Krahn, A., aaO. S. 28.

2) Krahn, A., aaO. S. 33.

junktur wird demgegenüber bei vielen gewerblichen Unternehmen das Investitionsrisiko im engeren Sinne ansteigen und daher die Absicht, leicht greifbare Reserven zu schaffen, überwiegen. Diese Unternehmen würden dann als "Nur-Sparer" dadurch, dass sie, sei es auch nur zunächst, auf die Zuteilung eines Darlehens verzichten, die Wartezeit der übrigen kurz halten, wodurch eine weitere gesunde Geschäftspolitik der Investitionsparkasse ermöglicht wird. Eine gesunde Entwicklung der Investitionssparkasse setzt daher voraus, dass die Werbung der neuen Investitionssparer jeweils auf die Erfordernisse der Investitionssparkasse selbst -sei es durch ständig steigende Neuzugänge an echten Investitionssparern, sei es durch ausreichenden Zugang an Nur-Sparern- abgestimmt wird. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass nach Krahn¹⁾ die Zwecksparkasse "kein reines Finanzierungsinstitut, sondern eine Spar- und Darlehenskasse" ist. "Sie kann auf die Dauer Darlehen nur solchen Personen geben, die vorher einige Zeit bei ihr gespart haben."

Falls nun tatsächlich die Entwicklung nach mehreren Jahren eine Verlängerung der Wartezeiten nicht verhindern lassen sollte, verbleibt immer noch als letzter Ausweg die Möglichkeit, durch Hereinnahme öffentlicher Mittel, wie bereits ausgeführt²⁾, die Wartezeit zu verkürzen.

3. Zusammenfassung und Schluss.

Das bei der Investitionssparkasse in den ersten Jahren nach der Gründung entstehende Unternehmensrisiko geht somit nicht über das normale Risiko eines Kreditinstitutes mit Sonderaufgaben hinaus, da die heutige

1) Krahn, A., aaO. S. 67.

2) Vergl. Seite 101 dieser Arbeit.

Marktsituation Bedarf nach der Tätigkeit eines solchen Institutes zeigt. Das künftig zu erwartende Risiko beschränkt sich auf Grund der vorgeschlagenen Ausgestaltung der Spar- und Darlehensbedingungen der Investitionssparkasse ausschliesslich auf die Frage, ob eine Zuteilung der einzelnen abgeschlossenen Verträge jeweils in Zeiträumen möglich ist, die den Investitionssparern interessant erscheinen. Damit wird dieses Risiko letztlich durch die Fähigkeit des Vorstandes der Investitionssparkasse begrenzt werden können, die Werbung neuer Verträge mit den Notwendigkeiten der Zuteilungspolitik abzustimmen. Damit kann abschliessend gefolgert werden, dass die Durchführung der Vorschläge dieser Arbeit insgesamt, sei es auch in abgeänderter Form, im Bereich des Möglichen liegt, sofern sie bei den entscheidenden öffentlichen Instanzen das zu ihrer Durchführung erforderliche Verständnis finden und unternehmerisches Privatkapital in entsprechender Höhe an der Gründung einer Investitionssparkasse interessiert werden kann.

Anlagenverzeichnis

=====

- I Der Wertpapierabsatz seit der Währungsreform
- II Entwicklung der Spareinlagen nach Bankengruppen
- III Bilanzbeispiel 1: Betrieb der eisenverarbeitenden Industrie
- IV Bilanzbeispiel 2: Mittlerer Betrieb der Verbrauchs-güterindustrie
- V Preisindex für den Wohnungsbau 1914 bis 1956
- VI Wohnungsbaufinanzierung (ausgezahlte Beträge)
- VII Bausparbedingungen I, Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth
- VIII Bausparbedingungen II, Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth
- IX Vorschlag für Investitionssparbedingungen
- X Beispiele für die Entwicklung der Bewertungsziffer im für die Investitionssparkasse vorgeschlagenen Zuteilungssystem
- XI Steuerersparnis bei niederen Einkommen mit Sparleistungen von TDM 1 - 5
- XII Steuerersparnis bei mittleren Einkommen mit Sparleistungen von TDM 2 - 11
- XIII Steuerersparnis bei hohen Einkommen mit Sparleistungen von TDM 5 - 15
- XIV Zweitschrift eines Kontoauszugs der Investitionssparkasse

Der Wertpapierumsatz seit der Währungsreform (in MRD. DM)									
Jahr	Festverzinsliche Wertpapiere				Anleihen der öffentlichen Hand				Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien
	Insgesamt	an Private in v. H.	darunter Plandarleihen (einschl. Schiffsplandarleihen)	an Private in v. H.	Kommun.-Obligatio- nen	an Private in v. H.	Industrie- Obligatio- nen	an Private in v. H.	
1948 ¹⁾	18,6		6,3		2,3		10,0		0,5
1949	770,1		201,1		33,0		95,7		19,1
1950	676,5		210,7		99,2		53,2		41,3
1951	747,4	5	466,0	5	158,9	2	61,7	9	51,2
1952	1557,7	10	628,1	8	161,3	3	130,3	34	164,7
1953	2901,9	10	1043,4	11	429,4	4	396,2	15	54,9
1954 ²⁾	4691,0	7	2238,8	9	1001,4	5	791,5	7	416,2
1955	3680,7	4	1381,7	6	1026,1	2	432,0	0	259,3
1956	2564,2	16	1038,2	7	616,1	1	563,7	47	774,5
Insges.	17608,1		7216,3		3527,7		2534,3		590,2
Tilgung bis									332,0
31. 12. 56	618,7		15,2		28,1		69,4		4631,0
Umlauf am									421,3
31. 12. 56	16989,4		7201,1		3499,6		2464,9		2971,2

¹⁾ 21. 6. bis 31. 12. 1948

²⁾ Ab Juli 1954 einschl. West-Berlin

³⁾ Nur unmittelbarer Erstsatz; erfolgt sind nicht die mittelbaren Erstverkäufe über Kreditinstitute (Quelle: Bank deutscher Länder)

entnommen aus:

"Der langfristige Kredit" München 1957, Seite 83.

Tab. 6: Entwicklung der Sparkassen nach Bankengruppen

in Mio DM

Jahr	Insgesamt	darunter steuerbegünstigt	von den gesamten Sparkassen entfallen auf				Sonstige Kreditinstitute ¹⁾
			Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Kreditbanken ²⁾	Postsparkassen	
			Stand am Jahresende				
1949	3 061	90	2 048	513	319	94	48
1950	4 066	278	2 732	652	484	134	64
1951	4 984 ¹⁾	610	3 301 ¹⁾	778	700	182	23 ¹⁾
1952	7 404	945	4 850	1 111	1 081	328	34
1953	11 241	1 515	7 326	1 638	1 637	568	52
1954	14 717	2 287	10 739	2 396	2 666	833	83
1955	20 648	2 487	13 248	2 914	3 327	1 058	121
1956	23 373	2 469	15 113	3 380	3 531	1 235	113
			Veränderung im Jahr				
1950	+1 005	+ 168	+ 644	+ 140	+ 165	+ 40	+ 16
1951	+ 918 ¹⁾	+ 332	+ 569 ¹⁾	+ 126	+ 216	+ 48	+ 41 ¹⁾
1952	+2 420	+ 355	+ 1 549	+ 313	+ 381	+ 146	+ 11
1953	+3 837	+ 550	+2 476	+ 527	+ 576	+ 260	+ 18
1954	+5 478	+ 772	+3 413	+ 718	+1 009	+ 265	+ 31
1955	+3 911	+ 200	+2 509	+ 518	+ 661	+ 235	+ 38
1956	+2 704	+ 382	+1 685	+ 466	+ 204	+ 177	+ 8

¹⁾ Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen erklären sich durch Änderung des Kreises der in der betreffenden Bankengruppe erfaßten Institute. — ²⁾ Darin enthalten ist ein durch Erweiterung des Kreises der berichtenden Kreditinstitute bedingter Zugang in Höhe von DM 13 Mio. — ³⁾ Darin enthalten ist ein Zugang in Höhe von DM 46 Mio infolge Umgruppierung eines Kreditinstituts; vgl. Anm. 4. — ⁴⁾ Der Rückgang gegenüber dem Stand am Vorjahre ist bedingt durch Umgruppierung eines Kreditinstituts (DM 46 Mio); vgl. Anm. 3.

entnommen aus:
Geschäftsbericht der Bank Deutscher Länder
für das Jahr 1956, Frankfurt 1957, Seite 41.

Bilanzbeispiel 1

Betrieb der eisenverarbeitenden Industrie

	1954	1955	Veränderung 1954/55
	TDM	TDM	+/-
Aktiva:			
Kasse, Postscheck, Bankguthab.	8	26	+ 18
Wechsel, liq. Außenstände	270	337	+ 67
Betriebsmittel I:	278	363	+ 85
Halbfertig- u. Fertigwaren	202	253	+ 51
Rohstoffe			
Sonstige	8	14	+ 6
Umlaufvermögen:	488	630	+142
Grundstücke u. Gebäude EW	83	85	+ 2
Maschin., Werkzeuge, Invent.	145	248	+103
Sonstige	12	7	- 5
Anlagevermögen:	240	340	+100
Bilanzsumme:	728	970	+242

Passiva:

Waren- u. Leistungsschulden	74	205	+131
Akzepte	107	125	+ 18
Bankschulden	71	135	+ 64
kurzfrist. Rückstellungen	79	80	+ 1
kurzfr. Verbindlichkeiten:	331	545	+214
Darlehen u. Fremdhypothenen	57	44	- 13
langfrist. Rückstellungen	10	5	- 5
langfr. Verbindlichkeiten:	67	49	- 18
Eigenkapital:	330	376	+ 46
Bilanzsumme:	728	970	+242
Umsätze	1307	1910	+ 603
Gewinne nach Abschreibungen	63	99	+ 36
Abschreibungen	74	53	- 21
Beschäftigte	49	58	+ 9

entnommen aus:

Bickert, G., Die Vorfinanzierung industrieller Investitionen in betrieblicher Sicht in "Der langfristige Kredit" München 1956, Seite 355.

Bilanzbeispiel 2

Mittlerer Betrieb der Verbrauchs- und Industrie

	1954	1955	Veränderung 1954/55
	TDM	TDM	+/-
Aktiva:			
Kasse, Postscheck, Bankguthab.	29	33	+ 4
Wechsel, liqu. Außenstände	251	360	+109
Betriebsmittel I:	280	393	+113
Rohstoffe	231	285	+ 54
Halbfertig- u. Fertigwaren	221	288	+ 67
Sonstige	3	—	— 3
Umlaufvermögen:	735	966	+231
Grundstücke, Gebäude	194	257	+ 63
Masch., Werkzeuge, Invent.	217	262	+ 45
Sonstige	16	18	+ 2
Anlagevermögen:	427	537	+110
Bilanzsumme:	1162	1503	+341
Passiva:			
Waren- u. Leistungsschulden	205	382	+177
Akzepten	28	51	+ 23
Bankschulden	188	323	+135
kurzfr. Rückstellungen	174	114	— 57
kurzfr. Verbindlichkeiten:	592	870	+278
Darlehen u. Fremdhypothenen	47	42	— 5
langfr. Rückstellungen	42	70	+ 28
langfr. Verbindlichkeiten:	89	112	+ 23
Eigenkapital:	481	521	+ 40
Bilanzsumme:	1162	1503	+341
Umsätze	2825	3390	+565
Gewinne nach Abschreibungen	89	125	+ 36
Abschreibungen	137	188	+ 51
Beschäftigte	195	220	+ 25

entnommen aus:

Bickert, G., Die Vorfinanzierung industrieller Investitionen in betrieblicher Sicht in

"Der langfristige Kredit" München 1956, Seite 355.

Preisindex für den Wohnungsbau 1914 — 1956

Der Gesamtindex nach Bauleistungen am Gebäude und nach Baunebenleistungen hat sich auf der Basis 1913 = 100 wie folgt entwickelt:

1914	107	1924	138,9	1934	131,6	1944	166,2	1954	300
1915	120	1925	170,9	1935	131,8	1945	171	1955	322
1916	132	1926	165,8	1936	131,6	1946	183	1956	334
1917	165	1927	167,9	1937	134,7	1947	213		
1918	228	1928	175,3	1938	136,1	1948	281		
1919	375	1929	178,1	1939	138,1	1949	263		
1920	1075	1930	170,9	1940	140,3	1950	250		
1921	1808	1931	155,9	1941	146,8	1951	290		
1922	nicht	1932	132,1	1942	158,9	1952	309		
1923	berechnet	1933	125,9	1943	162,5	1953	299		

Der Baukostenindex auf der Basis 1936 = 100 lautet:

1945	130	1948	215	1951	221	1954	229
1946	139	1949	200	1952	236	1955	246
1947	162	1950	191	1953	228	1956	255

Der Baukostenindex auf der Basis 1938 = 100 lautet:

1950	184	1952	227	1954	221	1956	246
1951	213	1953	220	1955	237	Febr./57	249

Der Baukostenindex auf der Basis 1950 = 100 lautet:

1950	100	1952	123	1954	120	1956	133
1951	116	1953	119	1955	129	Febr./57	135

entnommen aus:
"Der langfristige Kredit" München 1957, Seite 250.

Tabelle 1

Wohnungsbaufinanzierung (ausgezählte Beträge)

Finanzierungsquelle	1936			1950			1955			1956 ¹⁾		
	Mill. RM	Prozentanteile Kapital- sammel- stellen = 100	In- des (1950 = 100)	Mill. DM	Prozentanteile Kapital- sammel- stellen = 100	Total = 100	Mill. DM	Prozentanteile Kapital- sammel- stellen = 100	Total = 100	Mill. DM	Prozentanteile Kapital- sammel- stellen = 100	Total = 100
I. 1. Sparkassen	350	33,7%	69	507	35,9%	100	1246	25,5%	246	1140	23,1%	225
2. Pfandbrief- institute	300	28,9%	123	244	17,3%	100	1850	37,9%	758	1613	32,7%	661
3. Lebensver- sicherungen	140	13,5%	60	233	16,5%	100	396	8,1%	170	470	9,5%	202
4. Sozialver- sicherungen	150	14,5%	625	24	1,7%	37,1%	61	1,3%	254	55	1,1%	229
5. Bauspar- kassen ²⁾	97	9,4%	24	403	28,6%	100	1328	27,2%	330	1662	33,8%	412
I. Kapital- sammelstellen (Summe 1-5)	1037	100,0%	73	1411	100,0%	100	4881	100,0%	346	4940	100,0%	344
II. Sonstige pri- vate Mittel ³⁾	1010		45,4%	187		14,2%	100	2382	23,8%	441	23,7%	463
III. Öffentliche und ERP- Mittel	175		7,9%	9		48,7%	100	2737	27,4%	148	29,4%	162
Total:	2222		100,0%	58		100,0%	100	10000	100,0%	263	100,0%	273

1) Vorläufige Zahlen.

2) Ohne Arbeitsstock und ohne indirekte Finanzierung durch Pfandbriefkauf usw.

3) In den Statistiken des Bundesministeriums für Wohnungsbau sind für 1955 und 1956 15 v. H. für Hauskette usw. an den Leistungen der Bausparkassen abgesetzt. Hier ist dieser Übung gefolgt. Die Gesamtauszahlungen der Bausparkassen lagen demgegenüber 1953 bei 1562 Millionen DM und 1956 bei 1953 Millionen DM.

4) Zum Beispiel Eigenkapital, Mietzuschüsse, 7 c-Gelder usw.

Quelle: Statistiken des Bundesministeriums für Wohnungsbau.

entnommen aus:

Geschäftsbericht der Bausparkasse Gemeinschaft der
Freunde Wüstenroth über das 31. Geschäftsjahr (1956),
Ludwigsburg, 1957, Seite 49.

**BAUSPARKASSE GEMEINSCHAFT DER FREUNDE WÜSTENROT**

Gemeinnützige Gesellschaft m.b.H. in Ludwigsburg/Würt. · Fernruf: 41 54-55, 5143-45; Drachtschrift: GdF Ludwigsburg

Erläuterungen zu den Bausparbedingungen I**Vielseitige Verwendung der Vertragssumme**

Hilfe eines Bausparvertrages kann der Neubau, die Vergrößerung (z. B. ein Ausbau), der Wiederaufbau und der Kauf eines Ein- oder Mehrfamilienhauses sowie der Erwerb einer Wohnung finanziert werden. Außerdem können mit der Vertragssumme Bauzwischenkredite und andere auf einem Grundstück ruhende Verbindlichkeiten abgelöst werden. Man kann zu beleihenden Häusern dürfen bis zu einem Umfang, dem halben Gebäudewert entspricht, auch Räume für gewerbliche Zwecke, zur Ausübung eines freien Berufes, eines Handels oder Gewerbes (Laden, Werkstatt, Praxisraum u. dgl.) mieten.

Der Bausparer, das Haus ist sein Eigentum. Die Wüstenrot verlangt kein Vorkaufsrecht und keine sonstige Beschränkung des Eigentums.

Die Leistung der GdF Wüstenrot

Die GdF Wüstenrot gewährt dem Bausparer nach Zuteilung eines unkündbaren Tilgungsdarlehens (II. Hypothek) im Regelfall mit Lebensversicherungsschutz. II. Hypothek und Bausparvertrag bilden zusammen die Bausparsumme = 60 v. H. der Vertragssumme. Die I. Hypothek in Höhe von 40 v. H. der Vertragssumme wird zu marktüblichen Bedingungen von dritter Seite beschafft, entweder durch Vermittlung der GdF Wüstenrot oder durch den Bausparer selbst. Dabei kann die Tilgung, zusammen mit etwaigen Vorbelastungen, bis zu 10 v. H. des von der GdF festgestellten Beleihungswertes betragen. Bei Festsetzung des Beleihungswertes bleiben über die Baukosten, also die sogenannten unrentierlichen Aufwendungen, unberücksichtigt.

Nach Zuteilung der I. Hypothek von dritter Seite nicht befreit werden, so hat der Bausparer die Möglichkeit, auch ein Darlehen und damit den ganzen Unterschied zwischen Guthaben und Vertragssumme als unkündbares Gesamtdarlehen von der GdF Wüstenrot zu 5 v. H. Zinsen zu erhalten. Bei Erhöhung seines Sparguthabens auf mindestens 40 v. H. der Vertragssumme und nach entsprechender seiner Bewertungsziffer erneut zugeteilt worden (s. 13 Abs. 3).

Höhe der Vertragssumme

Die Vertragssumme soll auf volle 1000 DM lauten und muß mindestens 3000 DM betragen; sie kann nachträglich herabgesetzt werden (§ 7). Bei nicht ausreichender Vertragssumme ist der Abschluß eines weiteren Bausparvertrages und die Zusammenlegung mehrerer Verträge möglich.

Vor der Zuteilung**Welche Zahlungen sind zu leisten?**

Der monatliche Sparbeitrag ist 2,50 DM für je 1000 DM Vertragssumme (d. s. rd. 4,20 DM für je 1000 DM Bausparsumme). Die Sparbeiträge sind jederzeit und in beliebiger Höhe zu leisten, sie begünstigen die Entwicklung der Bewertungsziffer (siehe nebenstehend „Die Zuteilung“) und erhöhen die Zinsen- oder Prämienvorteile.

Die einmalige Abschlußgebühr beträgt 1 v. H. der Vertragssumme (d. s. 1% v. H. der Bausparsumme). Für die laufende Zuteilung der Bausparer wird das Bausparkonto mit einem monatlichen Beitrag von jährlich 3 DM belastet (§ 22). Daneben kann der Bausparer keine laufenden Verwaltungskostenbeiträge leisten.

Freizügigkeit — Unbeschränktes Kündigungsrecht

Die fällig gewordenen Sparbeiträge vorübergehend nicht zu leisten, so wächst die Bewertungsziffer entsprechend langsam; andere Nachteile können dem Bausparer erst dann entstehen, wenn das Sparguthaben hinter der normalen Höhe bleibt. Näheres hierzu siehe § 6.

Der Bausparvertrag kann aber auch gekündigt oder mit Genehmigung der GdF Wüstenrot auf einen Dritten übertragen werden. Im Falle der Kündigung wird das Sparguthaben — einschließlich der aufgelaufenen Zinsen — bei Fälligkeit (§ 9 Abs. 2 und 4) in einem Betrage zurückgezahlt. Nur wenn und solange hierfür 25 v. H. der eingehenden Spar- und Tilgungszahlungen nicht ausreichen sollten, wäre die GdF Wüstenrot berechtigt, die Sparguthaben in jährlichen Raten zurückzuzahlen.

Zinsen und Steuervergünstigung oder Wohnungsbauprämie

Die GdF Wüstenrot schreibt für die Spareinlagen bis zur Zuteilung jährlich 3 v. H. Zinsen gut. Abschlußgebühr, Bausparbeiträge und Sondersparzahlungen sind im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bei der Lohn- bzw. Einkommensteuer abziehbar. Dadurch wird eine erhebliche Steuerermäßigung erreicht. Der Bausparer kann aber an Stelle der Steuervergünstigung auch die Wohnungsbauprämie von 25–35 v. H. der Bausparbeiträge in Anspruch nehmen (Höchstbetrag 400 DM im Kalenderjahr).

Der Zins für das Tilgungsdarlehen der GdF Wüstenrot (siehe „Nach der Zuteilung“) beträgt nur 5 v. H. Das ist für ein unkündbares und auch an zweiter Rangstelle zu sicherndes Darlehen ein außerordentlich niedriger Satz.

Wann kann über die Vertragssumme verfügt werden?

Nach Annahme der Zuteilung wird das Sparguthaben sofort zur Auszahlung bereitgestellt; es kann auch zum Bauplatzkauf verwendet werden. Das Bauspardarlehen wird nach Sicherstellung dem Bauaufschritt entsprechend ausgezahlt.

Der Lebensversicherungsschutz

Ist der Bausparer bei der Zuteilung nicht älter als 60 Jahre, so wird er in der Regel ohne Gesundheitsprüfung, sogar ohne Vorlage eines Gesundheitsfragebogens, von dem auf die Annahme der Zuteilung folgenden Monatsersten an bis zur Tilgung der II. Hypothek auf den Todesfall versichert, und zwar auch dann, wenn die Darlehensurkunde noch nicht unterzeichnet ist und Auszahlungen aus dem Bauspardarlehen noch nicht erfolgt sind. Im Falle des § 13 Abs. 3 wird der Bausparer in Höhe etwa des halben Gesamtdarlehens versichert. Tritt der Todesfall ein, so haben die Erben in der Regel nur noch die Zins- und Tilgungsleistungen für etwa noch verbleibende andere Hypotheken aufzubringen.

Bei Vertragszusammenlegung (Erhöhung), Übertragung oder Umstellung gelten besondere Bedingungen.

Zuteilungsanwärter

Zuteilungsanwärter ist jeder Bausparer, der bis zu einem Zuteilungstichtag (31. 3. oder 30. 9.) seit dem Datum des Annahmefristes der GdF Wüstenrot (§ 3 Abs. 2) mindestens 18 Monate gewartet und bis zu diesem Stichtag ein Sparguthaben von mindestens 25 v. H. der Vertragssumme (d. s. 41% v. H. der Bausparsumme) erreicht hat.

Die Zuteilung

Das Zuteilungsverfahren der GdF Wüstenrot bewertet die Sparguthaben des Bausparers in einer klaren und zweckmäßigen Weise. Die Zuteilung wird auf Grund von Bewertungsziffern vorgenommen. Die höchste Bewertungsziffer hat den Vorrang. An jedem Zuteilungstichtag, d. h. jeweils am 31. März und am 30. September eines Jahres, wird das Sparguthaben des Bausparers in Prozenten seiner Vertragssumme festgestellt. Alle seine an den genannten Stichtagen ermittelten Guthaben- Prozentsätze zusammengezählt ergeben die Bewertungsziffer des Anwärters; siehe das nachfolgende Beispiel.

Beispiel zur Berechnung der Bewertungsziffer

Zuteilungstichtag	Guthaben in v. H. der Vertragssumme	Zuwachs	Bewertungsziffer
1. Sparjahr: 31. März	10%	10	10
30. September	15%	15	25
2. Sparjahr: 31. März	20%	20	45
30. September	28%	28	73

Beispiele für die monatlichen Vertragsleistungen

a) Im Falle der Gewährung einer II. Hypothek durch die GdF Wüstenrot und Vermittlung der I. Hypothek von dritter Seite.

Vertragssumme	Vor der Zuteilung	Nach der Zuteilung für II. Hypothek (ohne Versicherung)
DM	DM	DM
3000.—	7,50	0.— bis 10,50
5000.—	12,50	15.— " 17,50
8000.—	20.—	24.— " 25.—
10000.—	25.—	30.— " 35.—
12000.—	30.—	38.— " 42.—
15000.—	37,50	45.— " 52,50
18000.—	45.—	54.— " 63.—
20000.—	50.—	60.— " 70.—
25000.—	62,50	75.— " 87,50
30000.—	75.—	90.— " 105.—
40000.—	100.—	120.— " 140.—
50000.—	125.—	150.— " 175.—
60000.—	150.—	180.— " 210.—
70000.—	175.—	210.— " 245.—
80000.—	200.—	240.— " 280.—

Zu a): Für die I. Hypothek vom freien Markt ist zur Zeit mit einem Zins von 6 bis 7 v. H. zu rechnen. Bei einer Vertragssumme von 10 000 DM, also einer I. Hypothek von 4000 DM, ergibt sich ein Zins von jährlich 240.— bis 280.— DM, oder monatlich 20.— bis 23,33 DM. Zu e) und b): Zu der Monatsleistung nach Zuteilung kommt wegen des Lebensversicherungsschutzes noch ein nach dem Alter gestaffelter

b) im Falle der Gewährung einer II. und I. Hypothek heftliches GesamtDarlehen durch die GdF Wüstenrot

Vertragssumme	Vor der Zuteilung	Nach der Zuteilung für II. u. I. Hypothek als einheitliches Darlehen (ohne Versicherung)
DM	DM	DM
3000.—	7,50	15.— bis 17,50
5000.—	12,50	20.— " 25.—
8000.—	20.—	28.— " 35.—
10000.—	25.—	32.— " 40.—
12000.—	30.—	38.— " 45.—
15000.—	37,50	45.— " 55.—
18000.—	45.—	54.— " 65.—
20000.—	50.—	60.— " 72.—
25000.—	62,50	75.— " 90.—
30000.—	75.—	90.— " 108.—
40000.—	100.—	120.— " 144.—
50000.—	125.—	150.— " 180.—
60000.—	150.—	180.— " 216.—
70000.—	175.—	210.— " 252.—
80000.—	200.—	240.— " 288.—

monatlicher Zuschlag von 20 Dpf bis 50 Dpf je 1000 DM. Das sind z. B. bei einem 30jährigen Bausparer mit einer Vertragssumme von 10 000 DM monatlich 2 DM. Nach Tilgung der (in etwa 11 Jahren), sowie im Falle des Todes des Bausparers ist nur noch die verhältnismäßig niedrige Monatsrate ein etwa noch verbleibendes Darlehen aufzubringen.

Nach der Zuteilung

Monatsleistung

a) für die I. Hypothek: Wird dem Bausparer von der GdF Wüstenrot eine I. Hypothek vom freien Markt vermittelt, oder beschafft sich der Bausparer diese Hypothek selbst, so sind dafür die marktüblichen Zinsen zu zahlen. Die Tilgung dieser I. Hypothek darf 2 v. H. jährlich zusätzlich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen nicht überschreiten (§ 14 Abs. 4).

b) für die II. Hypothek: Die GdF Wüstenrot gewährt dem Bausparer eine II. Hypothek in Form eines unkündbaren Tilgungsdarlehens zu nur 5 v. H. Zinsen. Dieses Darlehen ist gleich dem Unterschied zwischen Sparguthaben und 60 v. H. der Vertragssumme. Der monatliche Tilgungsbeitrag für die II. Hypothek beträgt in der Regel 1 v. H. des Anfangsdarlehens, mindestens jedoch 3 v. T. der Vertragssumme (§ 19 Abs. 2). Sollte sich hiernach eine Spar- und Tilgungszeit von zusammen mehr als 18 Jahren ergeben, so wird der Tilgungsbeitrag entsprechend höher festgesetzt.

Die gesamte Jahresleistung für die I. und II. Hypothek wird durch den Zinssatz der vom freien Markt beschafften I. Hypothek beeinflusst.

Das Bauspardarlehen wird normalerweise in 9 bis 11 Jahren getilgt; es sind dann nur noch die Leistungen für eine etwa vorgehende I. Hypothek aufzubringen.

Kann vom freien Markt eine I. Hypothek nicht beschafft werden, so besteht für den Bausparer bei Fortsetzung seines Bausparvertrages nach Auffüllung des Sparguthabens auf mindestens 40 v. H. der Vertragssumme und entsprechender Änderung der Bewertungsziffer die Möglichkeit, von der GdF Wüstenrot die volle Vertragssumme zu erhalten (§ 13 Abs. 3). Für die Verzinsung und Tilgung des gesamten Darlehens (Vertragssumme abzüglich Sparguthabens) ist dann in der Regel ein monatlicher Tilgungsbeitrag in Höhe von 1 v. H. des Anfangsdarlehens, mindestens jedoch monatlich 5 v. T. der Vertragssumme, zu zahlen. Siehe auch § 19 Abs. 2.

In der jährlichen Leistung an die GdF Wüstenrot sind die Darlehenszinsen von 5 v. H., das Versicherungsgeld (§ 15 Abs. 5), der jährliche Unkostenbeitrag von 3.— DM (§ 22) und die Tilgung enthalten.

Versicherungszuschläge

Wegen der Risikolebensversicherung entrichtet der Bausparer folgenden Zuschlag zum monatlichen Tilgungsbeitrag:

Bei einem Alter im Zeitpunkt des Versicherungsbeginns

bis einschließlich 47 Jahre	20 Dpf
von 48—52 Jahren	30 Dpf
von 53—56 Jahren	40 Dpf
von 57—60 Jahren	50 Dpf

je 1000 DM
Vertragssumme

Der Zuschlag dient zur ungefähren Deckung der Jahresprämie, die sich aus der weiter unten wiedergegebenen Tabelle ergibt.

Darlehensauszahlungsgebühr

Das Darlehenskonto wird mit einer einmaligen Summe von 2 v. H. des Bauspardarlehens belastet; das Darlehen selbst wird also voll ausgezahlt.

Beginn der Tilgung

Die Tilgung beginnt an dem im Darlehensvertrag festgelegten Zeitpunkt, der nicht später als 8 Monate, bei nicht später als 12 Monate, gerechnet von der Zuteilung liegen darf.

Tilgungsplan für die II. Hypothek (Beispiel)

Vertragssumme 10 000 DM; Alter bei Tilgungsbeginn 1. Hypothek: 4000.— DM, hierfür zur Zeit 240.— bis 280.— für Zins; 2. Hypothek: 3000.— DM, hierfür etwa 360.— DM jährlich und Tilgung + 24.— DM jährlich als Lebensversicherung = 384.— DM jährlich, und zwar gleichbleibend während Tilgungszeit.

Tilgungsjahr	Restbetrag d. II. Hypoth. am Anfang des Jahres DM	5 v. H. Darlehenszins DM	Alter	Versicherungssumme DM	Vers.-Prämie zuzügl. Verz.-Zins DM
1.	3000.—	150.—	36	3000.—	18.—
2.	2784,40	139,25	37	3000.—	19.—
3.	2558,65	127,95	38	2500.—	16.—
4.	2319.—	115,95	39	2300.—	15.—
5.	2068,90	103,35	40	2000.—	14.—
6.	1800,55	90,05	41	1800.—	13.—
7.	1520,20	76,05	42	1500.—	11.—
8.	1224,20	61,25	43	1200.—	10.—
9.	911,55	45,00	44	900.—	8.—
10.	581,15	29,05	45	500.—	4.—
11.	239,95	7,70	46	—	—

Die Tilgungszahl beträgt in diesem Beispiel bei jährlicher Tilgung 10 Jahre und 6 Monate.

Versicherungszuschläge für einjährige Risikolebensversicherung und je 1000 DM Versicherungssumme

Erreicht. Alter	Jahres-Prämie DM	Erreicht. Alter	Jahres-Prämie DM	Erreicht. Alter	Jahres-Prämie DM	Erreicht. Alter	Jahres-Prämie DM
20—24	5,78	46	8,77	58	23,42	64	30,90
25—35	5,88	47	10,29	59	25,41	65	32,82
36—45	5,99	48	10,82	60	27,42	66	34,83
46	6,30	49	11,70	61	29,43	67	36,84
47	6,41	50	12,00	62	31,44	68	38,85
48	6,72	51	13,44	63	33,45	69	40,86
49	7,04	52	14,30	64	35,46	70	42,87
50	7,35	53	15,65	65	37,47	71	44,88
51	7,77	54	17,01	66	39,48	72	46,89
52	8,19	55	18,48	67	41,49	73	48,90
53	8,61	56	19,95	68	43,50	74	50,91
54	9,14	57	21,83	69	45,51	75	52,92

Zu der Jahresprämie kommt noch die Versicherungszuschlag

**BAUSPARKASSE GEMEINSCHAFT DER FREUNDE WÜSTENROT**

Gemeinnützige Gesellschaft m.b.H. in Ludwigsburg/Württ. • Fernruf: 41 54-55, 5143-45; Druckschrift: GdF Ludwigsburg

Erläuterungen zu den Bausparbedingungen II**Vielseitige Verwendung der Bausparsumme**

Mit Hilfe eines Bausparvertrages kann der Neubau, die Ver-
esserung (z. B. ein Ausbau), der Wiederaufbau und der Kauf
des Ein- oder Mehrfamilienhauses sowie der Erwerb einer
Eigentumswohnung finanziert werden. Außerdem können mit
der Bausparsumme Bauzwischenkredite und andere auf einem
Grundstück ruhende Verbindlichkeiten abgelöst werden.
den zu beleihenden Häusern dürfen bis zu einem Umfang,
dem halben Gebäudewert entspricht, auch Räume für ge-
erbliche Zwecke, zur Ausübung eines freien Berufes, eines
Handels oder Gewerbes (Laden, Werkstatt, Praxisraum u. dgl.)
enthalten sein.

Die Bausparsumme ist das Haus ist sein Eigentum. Die
GdF Wüstenrot verlangt kein Vorkaufsrecht und keine son-
stige Beschränkung des Eigentums.

Die Leistung der GdF Wüstenrot

Die GdF Wüstenrot gewährt dem Bausparer nach Zuteilung
ein unkündbares Bauspardarlehen (II. Hypothek), im Regelfall
mit Lebensversicherungsschutz. Dabei kann die Beleihung, zu-
nehmen mit etwaigen Vorbelastungen, bis zu 80 v. H. des von
der GdF festgestellten Beleihungswertes gehen. Bei der Fest-
setzung des Beleihungswertes bleiben überhöhte Baukosten,
also die sogenannten unrentierlichen Aufwendungen, unbe-
rücksichtigt.

Höhe der Bausparsumme

Die Höhe der Bausparsumme wird vom Bausparer auf Grund
der für den vorgesehenen Zweck benötigten Geldmittel be-
stimmt.

Nachträgliche Änderung der Bausparsumme

Die Bausparsumme kann herabgesetzt werden (§ 7). Bei nicht
ausreichender Bausparsumme ist der Abschluß eines weiteren
Bausparvertrages und die Zusammenlegung mehrerer Ver-
träge möglich.

Vor der Zuteilung**Welche Zahlungen sind zu leisten?**

Der monatliche Sparbeitrag ist 4,20 DM für je 1000 DM Bauspar-
summe (siehe Tabelle Seite 2). Die jährliche Mindestspar-
leistung beträgt also rd. 5 v. H. der Bausparsumme. Sonder-
sparzahlungen sind jederzeit in beliebiger Höhe gestattet; sie
begünstigen die Entwicklung der Bewertungsziffer (siehe nach-
stehend „Die Zuteilung“) und erhöhen die Steuervorteile.

Die einmalige Abschlußgebühr beträgt 1 v. H. der Bauspar-
summe. Für die laufende Unterrichtung der Bausparer wird
das Bausparkonto mit einem Unkostenbeitrag von jährlich
— DM belastet (§ 22). Daneben hat der Bausparer keine
sonstigen Verwaltungskosten zu zahlen.

Freizügigkeit — Unbeschränktes Kündigungsrecht

Der Bausparvertrag kann aber auch gekündigt oder mit Ge-
nehmigung der GdF Wüstenrot auf einen Dritten übertragen
werden. Im Falle der Kündigung wird das Sparguthaben —
schließlich der aufgelaufenen Zinsen — bei Fälligkeit (§ 9
Abs. 2 und 4) in einem Betrage zurückgezahlt. Nur wenn und
lange hierfür 25 v. H. der eingehenden Spar- und Tilgungs-
zahlungen nicht ausreichen sollten, wäre die GdF Wüstenrot
berechtigt, die Sparguthaben in jährlichen Raten zurückzu-
zahlen.

Zinsen und Steuervergünstigung oder Wohnungsbauprämie

Die GdF Wüstenrot schreibt für die Spareinlagen bis zur Zu-
teilung jährlich 3 v. H. Zinsen gut. Abschlußgebühr, Bauspar-
beiträge und Sondersparzahlungen sind im Rahmen der ge-
setzlichen Bestimmungen bei der Lohn- bzw. Einkommen-
steuer abziehbar. Dadurch wird eine erhebliche Steuerer-
mäßigung erreicht. Der Bausparer kann aber an Stelle der
Steuervergünstigung auch die Wohnungsbauprämie von 25
bis 35 v. H. der Bausparbeiträge in Anspruch nehmen (Höchst-
betrag 400 DM im Kalenderjahr).

Der Zins für das Bauspardarlehen der GdF Wüstenrot (siehe
„Nach der Zuteilung“) beträgt nur 5%. Das ist für ein un-
kündbares und auch an zweiter Rangstelle zu sicherndes Dar-
lehen ein außerordentlich niedriger Satz.

Wann kann über die Bausparsumme verfügt werden?

Nach Annahme der Zuteilung wird das Sparguthaben sofort
zur Auszahlung bereitgestellt; es kann auch zum Bauplatzkauf
verwendet werden. Das Bauspardarlehen wird nach Sicher-
stellung dem Baufortschritt entsprechend ausgezahlt.

Der Lebensversicherungsschutz

Ist der Bausparer bei der Zuteilung nicht älter als 60 Jahre,
so wird er — ohne Gesundheitsprüfung, sogar ohne Vorlage
eines Gesundheitsfragebogens — von dem auf die Annahme
der Zuteilung folgenden Monatsersten an bis zur vollständigen
Tilgung des Bauspardarlehens etwa in dessen jeweiliger
Höhe auf den Todesfall versichert. Tritt dieser Fall ein, so
brauchen die Erben in der Regel keine weiteren Zins- und
Tilgungsleistungen für das Bauspardarlehen mehr aufzu-
bringen.

Bei Vertragszusammenlegung (Erhöhung), Übertragung oder
Umstellung gelten besondere Bedingungen.

Zuteilungsanwärter

Zuteilungsanwärter ist jeder Bausparer, der bis zu einem Zu-
teilungsstichtag (31. 3. oder 30. 9.) seit dem Datum des An-
nahmebriefes der GdF Wüstenrot (§ 3 Abs. 2) mindestens
18 Monate gewartet und bis zu diesem Stichtag ein Spargut-
haben von mindestens 40 v. H. der Bausparsumme erreicht hat.

Die Zuteilung

Das Zuteilungsverfahren der GdF Wüstenrot bewertet die
Sparguthaben des Bausparers in einer klaren und zweck-
mäßigen Weise. Die Zuteilung wird auf Grund von Bewer-
tungsziffern vorgenommen. Die höchste Bewertungsziffer hat
den Vorrang. Die Bewertungsziffer ist die Summe sämtlicher
an den Zuteilungsstichtagen (31. März und 30. September jedes
Sparjahres) ausgewiesenen Sparguthaben, geteilt durch ein
Sechzigstel der Bausparsumme. Der Bausparer kann auf ver-
einfachte Weise selbst errechnen, wie seine Bewertungsziffer
wächst, indem er an jedem Zuteilungsstichtag feststellt, wie-
viel Prozent seiner Bausparsumme er jeweils angespart hat.
Die Bewertungsziffer wächst an jedem Stichtag um 60 v. H.
des erreichten Prozentguthabens.

Beispiel

Zuteilungsstichtag	Guthaben in v. H. der Bauspar- summe	Zuwachs 60 v. H. des Prozent-Gut- habens (Spalte 2)	Bewertungs- ziffer
1	2	3	4
1. Sparjahr:			
31. März . . .	10	6	6
30. September .	20	12	18
2. Sparjahr:			
31. März . . .	30	18	36
30. September .	46	28	64

Monatsleistung für das Bauspardarlehen

Das von der GdF Wüstenrot gewährte Bauspardarlehen ist gleich dem Teil der Bausparsumme, der nach Abzug des Sparguthabens verbleibt. Für die Verzinsung und Tilgung des Bauspardarlehens ist ein monatlicher Tilgungsbeitrag von 1 v. H. des Anfangsdarlehens, mindestens jedoch 5 v. T. der Bausparsumme zu zahlen. Sollte sich hiernach eine Spar- und Tilgungszeit von zusammen mehr als 18 Jahren ergeben, so wird der Tilgungsbeitrag entsprechend höher festgesetzt. (§ 19 Abs. 3).

Die Tilgung beginnt an dem im Darlehensvertrag festgesetzten Zeitpunkt, der nicht später als acht Monate, bei Neubauten nicht später als zwölf Monate — gerechnet von der Zuteilung an — liegen darf; sie ist so bemessen, daß sich für das Bauspardarlehen im allgemeinen eine Tilgungszeit von etwa 11 Jahren ergibt.

In der jährlichen Leistung an die GdF Wüstenrot sind die Darlehenszinsen von 5 v. H., das Versicherungsentgelt (§ 15 Abs. 5), der jährliche Unkostenbeitrag von 3.— DM (§ 22) und die Tilgung enthalten.

Versicherungszuschläge

Wegen der Risiko-Lebensversicherung entrichtet der Bausparer folgenden Zuschlag zum monatlichen Tilgungsbeitrag: Bei einem Alter im Zeitpunkt des Versicherungsbeginns

bis einschließlich 47 Jahre	30 Dpf	je 1000 DM Bausparsumme
von 48—52 Jahren	50 Dpf	
von 53—56 Jahren	70 Dpf	
von 57—60 Jahren	80 Dpf	

Aus diesen Versicherungszuschlägen wird das tatsächliche Versicherungsentgelt (§ 15 Abs. 5), das sich nach dem jeweiligen Restbetrag des Bauspardarlehens zu Jahresanfang und dem Alter des Bausparers richtet und sich daher jährlich ändert, gedeckt. Siehe nebenstehende Tabelle.

Darlehensauszahlungsgebühr

Das Darlehenskonto wird mit einer einmaligen Gebühr von nur 2 v. H. des Bauspardarlehens belastet; das Bauspardarlehen selbst wird also voll ausgezahlt.

Beispiele für die monatlichen Vertragsleistung

Bausparsumme	Vor der Zuteilung	Nach der Zuteilung für das Bauspar- (ohne Versch.
DM	DM	DM
3 000.—	12.00	15.— bis
5 000.—	21.—	25.— „
8 000.—	33.60	40.— „
10 000.—	42.—	50.— „
12 000.—	50.40	60.— „
15 000.—	63.—	75.— „
18 000.—	75.80	90.— „
20 000.—	84.—	100.— „
25 000.—	105.—	125.— „
30 000.—	126.—	150.— „
40 000.—	168.—	200.— „
50 000.—	210.—	250.— „
60 000.—	252.—	300.— „
70 000.—	294.—	350.— „
80 000.—	336.—	400.— „

*) Zu der Monatsleistung nach Zuteilung kommt wegen der Versicherungszuschläge noch ein nach dem Alter gestaffelter Zuschlag von 30 bis 80 Dpf je 1000 DM Bausparsumme z. B. bei einem 35jährigen Bausparer mit einer Bausparsumme von 10 000 DM monatlich 3 DM.

Versicherungsentgelt für einjährige Risiko-Lebensversicherung und je 1000 DM Versicherungssumme

Erreicht. Alter	Jahres- Prämie	Erreicht. Alter	Jahres- Prämie	Erreicht. Alter	Jahres- Prämie	Erreicht. Alter	Jahres- Prämie
	DM		DM		DM		DM
20—24	5.78	46	9.77	58	23.42	70	
25—35	5.88	47	10.29	59	25.41	71	
36	5.90	48	10.92	60	27.62	72	
37	6.20	49	11.76	61	30.03	73	
38	6.41	50	12.60	62	32.76	74	
39	6.72	51	13.44	63	35.70	75	
40	7.04	52	14.39	64	39.08	76	
41	7.35	53	15.65	65	42.63	77	
42	7.77	54	17.01	66	46.83	78	
43	8.19	55	18.48	67	51.45	79	
44	8.61	56	19.95	68	56.07	80	
45	9.14	57	21.63	69	60.90		

Zu der Jahresprämie kommt noch die Versicherungssteuer

Tilgungsplan für die II. Hypothek (Beispiel)

Bausparsumme 10 000 DM; Alter bei Tilgungsbeginn 36 Jahre. Bauspardarlehen 5000.— DM. Hierfür sind aufzubringen: etwa 600 DM jährlich für Zins und Tilgung + 36.— DM jährlich als Lebensversicherungs-Zuschlag = 636.— DM jährlich, und zwar gleichbleibend während der ganzen Tilgungszeit.

Tilgungs- jahr	Restbetrag des Bau- spardar- lehens am Anf. d. Jahr DM	5 v. H. Darlehens- zins DM	Alter	Ver- sicherungs- summe DM	Versiche- rungsent- gelt zuzügl. Versiche- rungssteuer DM	Tilgungs- betrag DM
1	5000.—	250.—	36	5000.—	30.55	355.45
2	4644.55	232.25	37	5000.—	31.65	372.10
3	4272.45	213.65	38	4200.—	27.50	394.85
4	3877.60	193.90	39	3800.—	26.10	416.—
5	3461.60	173.10	40	3400.—	24.45	438.45
6	3023.15	151.15	41	3000.—	22.35	462.30
7	2560.85	128.05	42	2500.—	19.85	488.10
8	2072.75	103.65	43	2000.—	16.80	515.55
9	1557.20	77.90	44	1500.—	13.25	544.85
10	1012.35	50.65	45	1000.—	9.40	575.95
11	436.40	16.40	46	—	—	636.40

Der Unkostenbeitrag von jährlich 3.— DM wurde nicht berücksichtigt, weil er bei verschiedenen Bausparsummen sich anteilig verschieden auswirkt. Die Tilgungszeit beträgt im vorstehenden Beispiel bei jährlicher Verrechnung 10 Jahre und 9 Monate; die tatsächliche Quotschritt der monatlichen Tilgungsbeträge und Versicherungszuschläge erfolgt zum Vierteljahressende, wodurch sich eine etwas kürzere Tilgungsdauer ergibt.



Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot

Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ludwigsburg / Würt.

Geschäftsstelle

Vertretung

Die Eheleute

Herr
Frau
Fräulein

(Bitte in Druckbuchstaben)

beantrag(en) den Abschluß eines Bausparvertrages zur Erlangung einer Bausparsumme von DM

mit Worten Deutsche Mark

Die Sparbeiträge betragen monatlich 4.20 DM je 1000 DM Bausparsumme = DM

Ich bin jederzeit berechtigt, Sondersparzahlungen zu leisten.

Die Abschlußgebühr von einmalig 1% der Bausparsumme = DM

werde ich nach Annahme dieses Antrags vorweg in einem Betrage / in höchstens 4 Monatsraten, die erste davon am
bezahlen. (Nicht Zutreffendes bitte streichen.)

Ich habe die Bausparbedingungen (BB II) Nr. erhalten und von ihrem Inhalt Kenntnis genommen. Eine Durchsicht dieses Antrags habe ich erhalten.

Es ist mir bekannt, daß mündliche und schriftliche Nebenabreden ungültig sind, soweit sie nicht durch die GdF Wüstenrot in Ludwigsburg schriftlich bestätigt sind, und daß alle Zahlungen nur unmittelbar bei der Kasse der GdF Wüstenrot in Ludwigsburg oder auf ein in ihrem Zahlstellenverzeichnis (siehe Rückseite) genanntes Konto zu leisten sind.

Ständiger Wohnsitz den 195

Strasse Datum

Post

Post

Kreis

Empfehlender Bausparer:

Nr.

(Name)

(Ort)

1. Unterschrift: Vor- und Zuname des Antragstellers

(bei Frauen) geborene

Geburtsdatum:

Beruf:

2. Der vorstehende Antrag soll zugleich — gesamtverbindlich — als von mir gestellt gelten:

Unterschrift: Vor- und Zuname des Antragstellers

(bei Frauen): geborene

Beruf:

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß sich unter der Voraussetzung eines etwa gleichbleibenden Neuzuganges von Bausparern, die nur die tariflichen Spar- und Tilgungsleistungen aufbringen, eine Sparzeit bis zur Zuteilung von 9 1/2 Jahren ergeben wird. Durch Sonderzahlungen der Bausparer in der Spar- und Tilgungszeit wird die Sparzeit abgekürzt. Neben der Abschlußgebühr von 1 v. H. der Bausparsumme (§ 4 Abs. 1 BB II) betragen die Kosten für das Bauspardarlehen einmalig 2 v. H. des Unterschiedsbetrages zwischen Bausparsumme und Sparguthaben als Darlehensauszahlungsgebühr (§ 18 BB II), sowie 5 v. H. jährlich als Darlehenszins.

Unterschrift der Antragsteller: Vor- und Zuname

Welches Werbemittel hat den ersten Anlaß zum Abschluß gegeben?

1. Vortrag ?
2. Werbebriefe ?
3. Eigenwerbung d. Vertr. ?
4. Sonstige Reklame ?
5. Bausparer-Empfehlung ?
6. Insertion, in welchem Blatt ?
7. Werbeschau, wo ?

Dieses Blatt nicht beschreiben !

MEH — Posteinw. ab
Nachgeliefert Heft

VERZEICHNIS UNSERER ZAHLSTELLEN

Unsere Vertreter sind zur Entgegennahme von Zahlungen für die GdF nicht berechtigt.

Alle Zahlungen für die GdF Wästenrot sind nur unmittelbar bei der Kasse der GdF in Ludwigshafen oder auf ein im nachstehenden Zahlstellen-Verzeichnis genanntes Konto zu leisten:

Rhein-Main-Bank AG	} mit allen Filialen und Depositionskassen		Ludwigshafen	Bayer. Hypotheken- und Wechselbank	Kto. 1565
Rhein-Ruhr-Bank AG				Bayer. Staatsbank	" 21 602
Hamburger Kreditbank AG				Raffineriezentralbank	" 8735
Augsburg	Bayer. Hypotheken- und Wechselbank	Kto. 467		Postsparkasse	" 26 000
Bayreuth	Bayer. Vereinsbank	" 10262	Ludwigshafen	Kreisbank	" 1924
Berlin	Berliner Bank Depositenkasse 35	" 35/97670		Württ. Landessparkasse	" 486
Bremen	Landeszentralbank	" 21/286		Süddeutsche Bank	" 70010
	Nordd. Bank	" 203 590	München	Volkbank	" 48
Dortmund	Postsparkasse	" 64 100		Bayer. Hypotheken- und Wechselbank	" 401 296
Frankfurt a. M.	Berliner Handelsgesellschaft	" 548		Landeszentralbank	" 6/286
"	Commerz- u. Creditbank	" 99 283	Nürnberg	Bankhaus Eichborn & Co.	" 7569
	Frankfurter Bank	" 875		Bayer. Vereinsbank	" 12 075
	Südd. Bank	" 54 990	Pforzheim	Süddeutsche Bank	" 10 372
Freiburg	Süddeutsche Bank	" 13 500	Regensburg	Süddeutsche Bank AG.	" 2 882
Hagen	Rheinisch-Westfälische Bank	" 1 237		Bayer. Staatsbank	" 1 916
Hamburg	Commerz- u. Discontobank	" 301 668	Schwetfurt	Bayer. Hypotheken- und Wechselbank	" 8 600
	Landeszentralbank	" 2/286	Stuttgart	Landeszentralbank	" 8/286
Hannover	Norddeutsche Bank	" 3 640		Bank für Arbeit und Wirtschaft	" 305
Heilbronn a. N.	Handels- u. Gewerbebank AG.	" 4 881		Commerz- und Creditbank	" 1 385
Hof	Karl Schmidt, Bankgeschäft	" 480		Schwäbische Bank	" 2933
Karlsruhe	Badische Bank	" 25 577		Stuttgarter Bank AG.	" 40 163
	Deutsche Bau- und Bodenkasse	" 6 008		Süddeutsche Bank	" 12 288
Kiel	Landkreditbank Schleswig-Holstein	" 440		Württembergische Bank	" 601
Köln	Rheinisch-Westfälische Bank	" 100 542		Württembergische Bank	" 6 477
Koblenz	Raffineriezentralbank	" N 354	Wetzlar	Postsparkasse	" 26 103
Leer	Oldenburgische Landesbank	" 6/219		Commerz- und Creditbank	" 5 570

Einzahlungen für die GdF nehmen auch alle Filialen der vorgenannten Banken zur Gutschrift auf die angegebene Konto-Nummer entgegen.

Bei allen Einzahlungen bitten wir zur Vermeidung von Fehlbuchungen die vollständige Anschrift, die Nummer des Bausparvertrages und dahinter die ersten 2 Buchstaben Ihres Namens deutlich anzugeben.

Angaben über den Antragsteller

Nur für unsere Betriebsstatistik — Streng vertrauliche Behandlung gewährleistet

1. Personenstand (ledig, verheiratet usw.) Zahl der Kinder
 2. Welches Güterrecht besteht?
 3. Wie hoch ist Ihr Jahreseinkommen? DM
 4. Sind Sie selbständig?
 5. Sind Sie bereits Bausparer der GdF?
- Welche Nummern haben Ihre bereits bestehenden Bausparverträge?
- Welche Bausparsummen haben diese?
6. Bis wann glauben Sie das für die Teilnahme an den Baugeldzuteilungen erforderliche Mindestguthaben ansparen zu können?

Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot

Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ludwigsburg / Württ.

Geschäftsstelle

Vertretung

Die Eheleute

Herr

Frau

Fräulein

(Bitte in Druckbuchstaben)

beantrag(t)en den Abschluß eines Bausparvertrages zur Erlangung einer Vertragssumme von DM

Diese setzt sich zusammen aus der durch die Bausparkasse nach Möglichkeit von dritter Seite zu vermittelnden oder durch den Bausparer selbst zu beschaffenden I. Hypothek in Höhe von 40 v. H. der Vertragssumme DM

und der von der Bausparkasse zuzuteilenden Bausparsumme in Höhe von 60 v. H. der Vertragssumme DM

Die Bausparsumme umfaßt das vom Bausparer anzuspargende Bausparguthaben von mindestens 25% der Vertragssumme (d. s. 41 1/2 % der Bausparsumme) und das Bauspardarlehen = (Bausparsumme abzüglich Bausparguthaben).

Die Sparbeiträge betragen jährlich 8% der Vertragssumme (d. s. 5% der Bausparsumme) monatlich DM

Ich bin jederzeit berechtigt, Sondersparzahlungen zu leisten.

Die Abschlußgebühr von einmalig 1% der Vertragssumme (d. s. 1 1/2 % der Bausparsumme) DM

werde ich nach Annahme dieses Antrags vorweg in einem Betrage / in höchstens 4 Monatsraten, die erste davon am bezahlen. (Nicht Zutreffendes bitte streichen.)

Ich habe die Bausparbedingungen (BB I) Nr. erhalten und von ihrem Inhalt Kenntnis genommen. Eine Durchsicht dieses Antrags habe ich erhalten.

Es ist mir bekannt, daß mündliche und schriftliche Nebenabreden ungültig sind, soweit sie nicht durch die GdF Wüstenrot in Ludwigsburg schriftlich bestätigt sind, und daß alle Zahlungen nur unmittelbar bei der Kasse der GdF Wüstenrot in Ludwigsburg oder auf ein in ihrem Zahlstellenverzeichnis (siehe Rückseite) genanntes Konto zu leisten sind.

..... den 195

Ständiger Wohnsitz Datum

Straße

Post

Kreis

1. Unterschrift: Vor- und Zuname des Antragstellers

(bei Frauen) geborene

Geburtsdatum:

Beruf:

2. Der vorstehende Antrag soll zugleich — gesamtverbindlich — als von mir gestellt gelten:

Unterschrift: Vor- und Zuname des Antragstellers

(bei Frauen) geborene

Beruf:

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß sich unter der Voraussetzung eines etwa gleichbleibenden Neuzuganges von Bausparern, die nur die tariflichen Spar- und Tilgungsleistungen aufbringen, eine Sparzeit bis zur Zuteilung der Bausparsumme von 9 1/2 Jahren ergeben wird. Durch Sonderzahlungen der Bausparer in der Spar- und Tilgungszeit wird die Sparzeit abgekürzt.

Kann die Bausparkasse mit der Zuteilung eine I. Hypothek zu marktüblichen Bedingungen nicht vermitteln und gelingt ihre Beschaffung auch dem Bausparer nicht, so kann der Bausparer die Zuteilung der vollen Vertragssumme von der Bausparkasse gemäß § 13 Abs. 8 BB I verlangen. Dies heißt, daß der Bausparer auf die Rechte aus seiner Zuteilung verzichtet, sein Sparguthaben auf mindestens 40 v. H. der Vertragssumme erhöht und mit einer entsprechend dem höheren Darlehensanspruch korrigierten Bewertungsziffer erneut an den Zuteilungen teilnimmt. Die Sparzeit verlängert sich dann unter den im ersten Absatz genannten Voraussetzungen um weitere 4 1/2 Jahre.

Neben der Abschlußgebühr von 1 v. H. der Vertragssumme (§ 4 Abs. 1 BB I) betragen die Kosten für das Bauspardarlehen einmalig 2 v. H. dieses Darlehens als Darlehensauszahlungsgebühr (§ 18 BB I), sowie 5 v. H. jährlich als Darlehenszins.

Unterschrift der Antragsteller: Vor- und Zuname

Dieser Raum nicht beschreiben!

Welches Werbemittel hat den ersten Anlaß zum Abschluß gegeben?

1. Vortrag?

2. Werbebriefe?

3. Eigenwerbung d. Ventr.?

4. Sonstige Reklame?

5. Bausparer-Empfehlung?

6. Insertion, in welchem Blatt?

7. Werbeschau, wo?

MEH — Posteinw. ab

Nachgeliefert Heft

VERZEICHNIS UNSERER ZAHLSTELLEN

Unsere Vertreter sind zur Entgegennahme von Zahlungen für die GdF nicht berechtigt.

Alle Zahlungen für die GdF Wästenrot sind nur unmittelbar bei der Kasse der GdF in Ludwigsburg oder auf ein im nachstehenden Zahlstellen-Verzeichnis genanntes Konto zu leisten:

Landeszentralbank von Baden/Württemberg, Stuttgart	Konto	5/286	Städtische Bank AG., Frankfurt/M.	Konto	54
Postsparkasse Stuttgart	"	28 103	mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"	
Württembergische Landessparkasse Ludwigsburg	"	486	Rheinisch-Westfälische Bank AG., Köln	"	100
Kreissparkasse Ludwigsburg	"	1 924	mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"	
Bayerische Hypotheken- u. Wechselbank, München	"	401 296	Norddeutsche Bank AG., Hamburg	"	
mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"		mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"	
Bayer. Vereinsbank Hauptniederlassung Nürnberg	"	12 075	Commerz- u. Creditbank AG., Frankfurt/M.	"	99
mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"		mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"	
Handels- u. Gewerbebank Heilbronn AG., Heilbronn	"	4 881	Bankverein Westdeutschland AG., Düsseldorf	"	73
mit allen Niederlassungen	"		mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"	
Rhein-Main Bank AG., Frankfurt/Main	"	560 315	Commerz- und Discontobank AG. Hamburg	"	14
mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"		mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"	
Rhein-Ruhr-Bank AG., Düsseldorf	"	11 680	Berliner Commerzbank AG., Berlin	"	120
mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"		Depositenkasse M	"	
Hamburger Kreditbank AG. Hamburg	"	2 737	Stuttgarter Bank eGmbH., Stuttgart	"	40
mit allen Niederlassungen und Depositenkassen	"		mit allen Niederlassungen	"	

Bei allen Einzahlungen bitten wir zur Vermeidung von Fehlbuchungen die vollständige Anschrift die Nummer des Bausparvertrages und dahinter die ersten 2 Buchstaben Ihres Namens deutlich anzugeben.

Empföhlender Bausparer

Bsp. Nr. (Name) (Ort)

Vertragssummen

Angaben über den Antragsteller

Nur für unsere Betriebsstatistik — Streng vertrauliche Behandlung gewährleistet

1. Personenstand (ledig, verheiratet usw.) Zahl der Kinder

2. Welches Güterrecht besteht?

3. Wie hoch ist Ihr Jahreseinkommen? DM

4. Sind Sie selbständig?

5. Sind Sie bereits Bausparer der GdF?

Welche Nummern haben Ihre bereits bestehenden Bausparverträge?

Welche Vertragssummen haben diese?

6. Bis wann glauben Sie das für die Teilnahme an den Baugeldzuteilungen erforderliche

Mindestguthaben anzusparen zu können?

I. Sparbedingungen

weck
Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, gemeinnützige Gesell-
schaft beschränkter Haftung in Ludwigsburg, nachfolgend Bausparkasse genannt;
die Finanzierung der Wohnbauten unter dem Eigenheim. Sie werden
usparien ihre Einrichtung zur planmäßigen Ansparung des Eigenkapitals zur
Gewährung ihnen nach Zuteilung eine künftige zweiteilige Tilgungs-
kasse gemäß den vertraglichen Bedingungen und beschafft ihnen vom freisen
eine ersteilige Hypothek (vgl. § 13 Abs. 1 und 3).

Das Darlehen der Bausparkasse kann zum Bau, zur Verbesserung oder zum Erwerb eines Wohnhauses, sowie zur Ablösung von Bauzwischenkrediten und auf einem Grundstück ruhenden Verbindlichkeiten verwendet werden. (Wegen der Begrenzung der Höhe des Darlehens vgl. § 14 Abs. 4.)

Vertragssumme

Der Bauparvertrag lautet über eine bestimmte Vertragssumme. Die Vertragssumme umfasst den Betrag der vom Bauparner benötigten I. und II. Hypothek des von ihm anzuparenden Eigenkapitals. Der Betrag der II. Hypothek und Eigenkapitals umfasst jeweils 60 v. H. der Vertragssumme. Dieser Betrag wird als Bauparsumme genannt. Der vereinbarte Vertragssumme kann auf Antrag des Bauparner (vgl. §§ 7 und 8) verändert werden.

Vertragsabschluss:

Der Antrag auf Abschluß eines Bausparvertrages ist schriftlich auf einem hierfür vorgesehenen Vordruck zu stellen. Der Antragsteller hat den Empfang der Bausparungen in dem Antragsvordruck durch besondere Unterschrift zu bescheinigen. Der Antragsteller ist drei Wochen an seinen Antrag gebunden.

Die Annahme des Antrages wird dem Bausparer von der Bausparkasse schriftlich mitgeteilt. Bei Ablehnung des Antrages ist die Bausparkasse zur Angabe von Gründen verpflichtet.

Der Bausparvertrag gelten die in dem Annahmeprotokoll enthaltenen Bausparbedingungen, wenn nicht der Bausparer innerhalb eines Monats, nachdem er den Vertrag empfangen hat und auf etwaige Abweichungen vom Antrag schriftlich Einspruch erhoben worden ist, Widerspruch (§ 21) hiergegen erhebt.

Abschlussgebühr

Beispieler kann unvöllig, nachdem ihm die Annahme seines Antrages mit-
ist, die Abschlußgebühr in Höhe von 1 v. H. der Vertragssumme zu entrich-
auf Vereinbarung kann die Zahlung in höchstens vier Monatsraten erfolgen
wird die Abschlußgebühr oder auch nur eine ihrer Raten innerhalb von vier
nach Antragannahme nicht gezahlt, so erlischt der Bauparvertrag. Die
Arkasse behält den Anspruch auf ein Viertel der Abschlußgebühr als Abmahn-
ung über das Abmahnung hinaus gezahlte Teile der Abschlußgebühr werden
an den Antragsteller zurückgegeben. Der Anspruch auf Zahlung der Abmahn-
kostenscheides verliert sechs Monate nach Antragannahme.

Arbeitsbeiträge und Zinsvergütung

Der monatliche Sparbeitrag beträgt $\frac{2}{3}$ v. T. der Vertragssumme. Der Bausparer ist verpflichtet, in der im Ausgabekonto angegebenen Höhe am 1. des Monats konfiszieren, die Bausparkasse entrichtet. Die Verpflichtung zur Konfiszierung endet mit der Fälligkeit des ersten Tilgungsbeitrags spätestens nach Ansparung der Bausparsumme. Die Sparbeiträge werden, so der Bausparvertrag nicht vorher zugeteilt wird, bei regelmäßiger Zahlung in ihren (längste Wartezeit) mit den Zinsen zur vollen Bausparsumme an, die dem Bausparer ohne Abzug zur freien Verfügung steht.

Während die Abschlußgebühr nicht voll entrichtet ist, werden alle Zahlungen ausschließlich zur Zinsen- und Tilgungszahlung verwendet.

ndersparzahlungen sind zulässig.

Sparrzahlungen werden von der Bauparkasse mit Beginn des der Einzahlung des Kalenderdritteljahres bis zu dem auf die Zuteilung folgenden Monats zu 3 v. H. jährlich verzinst. Wegen des Zinssatzes nach diesem Zeitpunkt § 13 Abs. 6. Die Zinsen werden dem Bauparer jeweils am Ende des Kalender auf volle 5 Dpf abgerundet, gutgeschrieben.

Zahlungsverzug

nach an einem Zuteilungstages (§ 11) das Sparguthaben zur Deckung fälliger Regelleistungen einschließlich der Zinsen nicht mehr ausreicht, so kann der Bausparer unter Hinweis auf die Rechte des weiteren Sparguthabens schriftlich auffordern, bis zum Ende des auf die Mahnung folgenden Monats die Zahlung einer Mahngebühr von 1,— DM die Hälfte des Rückstandes, bis Ende des darauffolgenden Monats die andere Hälfte des Rückstandes aufzu-

kommt der Bausparer dieser Aufforderung nicht in vollem Umfange nach, so wird der Vertrag. Die Bausparkasse kann den Vertrag mit Frist von sechs Monaten kündigen. Im Falle der Kündigung gilt § 9 Abs. 2 und 4 entsprechend.

am Zuteilungszeitpunkt (§ 11) ruhender Vertrag nimmt an der Zuteilung nicht
weitere Sparbeiträge werden nicht fällig. Wegen Wiederherstellung vgl. § 8.

Änderung der Vertragssumme

Der Bausparer ist jederzeit berechtigt, für das Ende des laufenden Kalenderjahres die Teilung des Bausparvertrages zu verlangen. Die Vertragssumme des Teilvertrages darf nicht geringer als die geschäftsplanmäßig vorgesehene Mindesttragssumme von 3000,— DM sein; sie muß durch 100 ohne Rest teilbar sein. Eine Teilung so vorgenommen, daß Teilvertragssummen geringerer Höhe entstehen, so gelten diese Verträge als rückständig.

der Teilung wird das Sparguthaben im Verhältnis der Vertragssummen der Verträge aufgeteilt.

Hierbestimmung der Vertragssumme, die der Darsteller jederzeit für das Ende der nächsten Kalenderjahre beantragen kann, erfolgt durch Teilung des Vertrages in zwei Teile, deren einer als gekündigt gilt (Teilkündigung). Der gekündigte Teilvertrag wird nach den Bestimmungen über gekündigte Verträge (§ 9 Abs. 1) im Rahmen dieser Bestimmungen wird dem Darsteller das gekündigte Entgelt auf seinem Sparkonto gutgeschrieben, sofern er nicht dessen Auszahlung beantragt.

Die nachträgliche Erhöhung der Vertragssumme ist ausgeschlossen. Der Abschluß der Verträge bleibt uneingeschränkt.

Einvernehmen mit dem Bausparer kann die Bausparkasse zwei oder mehrere der derselben Zuteilungsgruppe, bei denen die Abschlußgebühr voll gezahlt ist, nachteilig planmäßigen Grundeitzern zusammenlegen. Wird nach der Zusammen-

legung der Vertrag vor dem Zeitpunkt zugeteilt, in dem bei jedem der zusammengelegten Verträge seit der vollen Zahlung der Abschlußgebühr mindestens 1 Jahr verstrichen ist, so gilt der Vertrag als erst in diesem Zeitpunkt zugeteilt. Zugeteilte und nichtzugeteilte Verträge können nicht zusammengelegt werden.

§ 8 Wiederherstellung des Vertrages

- (1) Ein nach § 6 Abs. 2 ruhender oder ein nach § 7 Abs. 3 herabgesetzter Bausparvertrag kann vom Bausparer binnen 6 Monaten, im Einverständnis mit der Bausparkasse auch später, durch Wiederaufnahme der Zahlung der bedingungsgemäßen Sparrbeiträge ganz oder teilweise wiederhergestellt werden; siehe auch § 9 Abs. 6. Ist die Wiederaufnahme nicht erfolgt, so wird der Bausparvertrag als einseitige Zusage anzusehen; nachgezahlte, so wird der Bausparvertrag als einseitige Zusage anzusehen und sonstiger Vertragszins entsprechend hinausgeschoben.
- (2) Nach der Wiederherstellung wird die Bewertungsziffer so berechnet, als wäre ein Ruhen nicht eingetreten oder eine Herabsetzung nicht erfolgt.
- (3) Die Wiederaufstellung ist ausgeschlossen, wenn der Bausparer nach Inkrafttreten der Herabsetzung die Bausparkasse in Kenntnis der Sache mitteilt worden ist, daß er auf alle Rechte aus dieser Zuteilung verzichtet.

§ 9 Kündigung

- (4) Nach Zahlung der Abfindungsgebühr kann der Bausparer den Vertrag jederzeit ohne Einkehrlung seiner Frist kündigen (§ 21 Abs. 2). Vom Zeitpunkt der Kündigung an hat er Sparteibträge — auch Rückständige — nicht mehr zu zahlen.
- (5) Im Falle der Kündigung hat der Bausparer Anspruch auf Rückzahlung des Sparguthabens in Form seiner Rente. Die Laufzeit der Rente ist höchstens gleich der Zeit, innerhalb welcher der Bausparer, wenn er im Zeitpunkt der Kündigung als Regelsparer mit der Bausparsumme zugelegt worden wäre, sein Darlehen hätte tilgen können. Die Rente wird in 12 gleichmäÙigen Raten zu Beginn jedes Kalenderjahres bestimmt ist, nachschüÙig gezahlt, erstmals 1 Jahr nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Kündigung erfolgt ist. Bis zur vollständigen Rückzahlung werden dem jeweiligen Guthaben des Bausparers 3 v. H. Zinsen jährlich zugeschrieben.
- (6) Wird der Bausparvertrag innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Bausparers von seinen Erben unter Vorlage eines Erbscheines gekündigt, so wird das Sparguthaben an diese sofort zurückgelegt.
- (7) Die Bausparkasse verwendet jeweils bis zu 25 v. H. der eingehenden Spar- und Tilgungsbeträgen zur Tilgung von Darlehen. Der Restbetrag wird als Spar- und Tilgungsbetrag zur Bildung der Spar- und Tilgungssumme verwendet. Der Bausparer in der Reihenfolge des Eingangs der Kündigung berechnichtigt.
- (8) Die Wiederherstellung (vgl. § 8) eines gekündigten Vertrages ist binnen 6 Monaten möglich, sofern noch keine Auszahlung erfolgt ist.

II. Zuteilungsbedingungen

§ 10 Zuteilungsanwartschaft

Zuteilungsanwärter ist jeder Bausparer, dessen Sparguthaben am Zuteilungstermin (§ 11) mindestens 25 v. H. der Vertragssumme beträgt, sofern bis dahin seit dem Datum des Annahmefristes (§ 3 Abs. 2) mindestens 18 Kalendermonate verfloßen sind. Bei der Festsetzung der Zuteilungsreihenfolge (§ 11) werden nur Zuteilungsanwärter berücksichtigt.

§ 11 Zuteilungsreihenfolge

- (1) Die Zuteilungsreihenfolge ist jeweils für ein Halbjahr, und zwar für die Zuteilungen im ersten Kalenderhalbjahr nach den Bewertungsziffern der Verträge am 30. September des Vorjahres, für die im zweiten Kalenderhalbjahr nach den Bewertungsziffern am 31. März des laufenden Jahres (Zuteilungsstichtage) aufzustellen.
- (2) Die Bewertungsziffer ist die Summe sämtlicher an den Zuteilungsstichtagen (Abs. 1) ausgewiesenen Sparguthaben in Prozenten der Vertragssumme. Die höchste Bewertungsziffer hat den Vorrang.

§ 12 Zuteilung

- (1) Die Sperr- und Zuteilungszahlungen der Bausparer, der Erlös aus Hypothekenvorfällen, sowie etwaige von der Bausparkasse zur beschleunigten Zuteilung aufgenommene Kredite fließen in geschäftslänfigem Umfang in den Zuteilungsstock. Die Mittel werden laufend in der nach § 11 aufgestellten Reihenfolge vergeben. Die Einzelheiten des Verfahrens regelt der Geschäftsplan.
- (2) Die Zuteilung wird dem Bausparer unverzüglich schriftlich mitgeteilt mit der Aufforderung, binnen vier Wochen zu erklären, ob er die Zuteilung annimmt oder nicht.
- (3) Erklärt der Bausparer, daß er die Zuteilung annimmt, so wird ihm die Vertragssumme gemäß § 13 bereitgestellt.
- (4) Nimmt der Bausparer die Zuteilung nicht an oder gibt er die gewünschte Erklärung nicht fristgemäß ab, so wird der Vertrag fortgesetzt, sofern nicht der Bausparer binnen weiterer zwei Wochen unter Verzicht auf das Darlehen und den Nachweis der 1. Hypothek die Auszahlung des Sparguthabens verlaßt. Das gleiche gilt, wenn der Bausparer die Zuteilung nicht annimmt (vgl. auch § 13 Abs. 5).
- (5) Falls der Bausparer nur fortgesetzt, so ist die Auszahlung noch nicht begrünnet ab.
- (6) Falls der Bausparer seinen Vertrag fortsetzt, kann er während der nächsten 3 Jahre seine Rechte aus der früheren Zuteilung, wenn er dies 3 Monate vorher der Bausparkasse schriftlich mitgeteilt hat, wieder geltend machen. Machen gleichzeitig mehrere früher Zugewillte ihre Rechte wieder geltend, so werden sie in der Reihenfolge der ursprünglichen Reihenfolge berücksichtigt.
- (7) Nach Ablauf der dreijährigen Frist nimmt der Bausparer wieder in der ordentlichen Reihenfolge an den Zuteilungen teil.

§ 13 Bereitstellung der Vertragssumme

- (1) Mit der Zuteilung vermittelt die Bausparkasse dem Bausparer – in der Regel – in Höhe von 40 v. H. der Vertragssumme eine erstellende Hypothek von dritter Seite zu marktüblichen Bedingungen. Ferner stellt die Bausparkasse dem Bausparer das Sparguthaben zur Auszahlung bereit und gewährt ihm zu den unten folgenden Bedingungen Darlehen in Höhe des das Sparguthaben übersteigenden Teiles der Vertragssumme.
- (2) Der Bausparer kann von der Bausparkasse die Vermittlung einer I. Hypothek von dritter Seite nicht verlangen, solange er nicht die zur Darlehensbeschaffung erforderlichen Unterlagen beigebracht hat. Beschäftigt sich der Bausparer selbst mit der Beschaffung einer I. Hypothek, so ist die Bausparkasse zur Vermittlung einer II. Hypothek verpflichtet.
- (3) Kann die Bausparkasse aus einem von ihr nicht zu vertretenden Grunde für das Beleihungsobjekt eine I. Hypothek zu marktüblichen Bedingungen nicht beschaffen, so ist sie von der Vermittlungspflicht frei. In diesem Falle kann der Bausparer die Zuteilung der vollen Vertragssumme von der Bausparkasse mit der Maßgabe verlangen, daß er auf die Rechte aus der I. Hypothek des Bausparers verzichtet. Die Vertragssumme fortsetzt, Der Vertrag nimmt dann gemäß §§ 10 (Zuteilungsinanspruchnahme) und 11 (Zuteilungserhebenfolge) erneut an den Zuteilungen teil. Die Beweislast für die Erfüllung der Summe der jeweils an folgenden Zuteilungen stichtigen auszusprechen, durch den verzögerten Teil der Vertragssumme geteilten Sparguthabens. Für das Darlehen gelten die Bedingungen für die II. Hypothek (§ 19 Darlehen und Tilgung des Darlehens).
- (4) Das Darlehen darf nur kreditwürdigem Personen gewährt werden. Liegt Kreditwürdigkeit (a. B. bei Überschuldung, Konkursverurteilung, Vorstrafen) vor, so beschränkt sich der Anspruch des zugeleiteten Bausparers auf die sofortige Auszahlung seines Sparguthabens.

- (3) Die Bausparkasse hält dem Bausparer Sparguthaben und Darlehen während 10 Kalendermonaten nach der Zuteilung zur Auszahlung bereit. Hat der Bausparer innerhalb dieser Frist die von der Bausparkasse verlangten Unterlagen und Sicherheiten nicht beigebracht oder das Bauvorhaben nicht begonnen, so gilt der Vertrag nach fruchtlosem Ablauf einer dem Bausparer von der Bausparkasse unter Hinweis auf die Rechtsfolgen gerichteten Frist von 8 Wochen als nicht zuteilgeleitet; § 12 Abs. 4, Satz 2, findet Anwendung.
- (4) Von dem auf die Zuteilung folgenden Monatsantritt an wird das Sparguthaben nicht mehr verzinst. In den Fällen des § 12 Abs. 4 und des § 13 Abs. 5 werden vom nächsten Monatsantritt an wieder die üblichen Zinsen auf das Sparguthaben vergütet.

III. Darlehensbedingungen

§ 14 Sicherstellung des Darlehens

- (1) Die Darlehensforderung der Bausparkasse ist durch Bestellung einer Briefhypothek an zweiter oder – falls zutreffend – an erster Stelle auf dem Wohnungseigentum des Bausparers sicherzustellen. Eine etwaige Vorbelastung soll 40 v. H. des Beleihungswertes nicht übersteigen.
- Die Bausparkasse kann auch ein dem Bausparer nicht gebührendes Wohnungsdarlehen beileihen, wenn der Eigentümer denselben neben dem Bausparer die persönliche Verbindlichkeit aus dem Darlehen bzw. der I. Hypothek, sowie aus den Nebenverpflichtungen übernimmt. Inwieweit Rechte in Abs. II des Grundbuchs der Hypothek der Bausparkasse vorgehen dürfen, entscheidet diese im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen.
- (2) Durch Eintragung einer Vormerkung im Grundbuch ist zu sichern, daß die etwa der Hypothek im Range vorgehenden gleichartigen Belastungen gelöscht werden, wenn und soweit sie sich mit dem Eigentum in einer Person vereinigen.
- (3) Das auf zu Grundbuch befindliche Gebäude ist vor Darlehensauszahlung gegen Feuergefahr zu versichern. Der Bausparer ist die Nachweise darüber, außerdem – falls erforderlich – ein Hypothekensicherheitschein zu erbringen.
- (4) Die Beleihung findet grundsätzlich nur statt, wenn sich der Vorranggläubiger der Bausparkasse gegenüber in schriftsplanmäßig vorgeschriebener Weise zur Stillhaltung verpflichtet, und wenn die für die I. Hypothek zu zahlenden Zinsen bis zur Beendigung der Tilgung des Darlehens der Bausparkasse (II. Hypothek) des marktüblichen Zins nicht überschreiten und die Tilgung nicht mehr als 2 v. H. der I. Hypothek zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen betragen. Die II. Hypothek darf – auch bei mehreren Verträgen – weder für denselben Schuldner noch für dasselbe Grundstück mehr als 48000,- DM betragen.
- (5) Ehegatten haben sich gegenseitigdarüber zu verpflichten, der Schuldner hat sich der sofortigen Zwangsvollstreckung gemäß § 794 ZPO zu unterwerfen. Die zu bildenden Hypothekenbriefe sind der Bausparkasse als Gläubigerin unmittelbar von dem Grundbuchamt auszuhändigen.

§ 15 Lebensversicherungsschutz

- (1) Zur weiteren Sicherung ihrer Forderung und zum Schutze der Bausparersfamilie nimmt die Bausparkasse auf das Leben des zuteilten Bausparers, falls dieser bei Zuteilung nicht älter als 60 Jahre ist, eine Risiko-Lebensversicherung nach Maßgabe eines mit einer Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen Sammelversicherungsvertrages. Der Bausparer hat die von der Bausparkasse deswegen angeforderten Nachweise unverzüglich beizubringen. Hat der Bausparer bereits eine Lebensversicherung auf seine Person abgeschlossen, so kann sich die Bausparkasse insoweit mit der Abtretung seiner Ansprüche an dieser Versicherung begnügen.
- (2) Die Versicherungssumme ist in der Regel gleich dem Teil der Bausparsumme –, den der Bausparer § 13 Abs. 3 gleich der Hälfte des Teiles der Vertragssumme –, dem der Bausparer noch nicht durch Leistung von Spar- und Tilgungszahlungen aufgebracht hat.
- (3) Werden aus dem Darlehen mehrere Personen als Schuldner verpflichtet sein, so kann die Bausparkasse die Versicherung innerhalb der in Abs. 2 vorgesehenen Frist nach freier Wahl auf das Leben eines der einzelnen von ihnen nehmen.
- (4) Versicherungsschein ist die Bausparkasse, versichert ist der Bausparer.
- (5) Mit dem Betrag, den die Bausparkasse der Versicherungsgesellschaft als Versicherungsbeitrag zuzüglich Versicherungssteuer für das Kalenderjahr zu zahlen hat, wird das Konto des Bausparers jährlich im Voraus belastet.
- (6) Nach Eintritt des Versicherungsfalles wird der Betrag, den die Bausparkasse als Versicherungsleistung empfängt, dem Konto des Bausparers gutgeschrieben.

§ 16 Beleihungswert

- (1) Das Darlehen darf zusammen mit den Vorbelastungen 80 v. H. des Beleihungswertes nicht übersteigen. Der Beleihungswert wird vom Vorstand der Bausparkasse nach pflichtgemäßem Ermessen auf Grund einer Schätzung durch eine öffentliche Schätzungsbehörde, den Sachverständigen einer Grundkreditanstalt oder einen sonstigen privaten Sachverständigen endgültig festgestellt. Für die Schätzung und die Feststellung des Beleihungswertes sind der Ertragswert des Grundstückes sowie die gemeinen Bau- und Bodenkosten zugrunde zu legen. Das Nähere bestimmt der Geschäftsplan.
- (2) Bauvorhaben, Kauf und Schuldabfuhr bedürfen der Genehmigung der Bausparkasse. Bauteile, die infolge ihrer Lage, ihrer Bauweise oder aus einem sonstigen Grunde schwer verwertbar sein würden, werden gänzlich nicht beliehen. Sind in dem Gebäude auch Räume für Kleinbetriebe zur Ausübung eines Handels oder Gewerbes vorhanden, so findet die Beleihung nur statt, sofern der auf diese Räume entfallende Teil des Gebäudes wegräumt nicht überwiegt.

§ 17 Auszahlung des Darlehens

Der Bausparer kann die Auszahlung des Darlehens erst nach vertragsgemäßer grundbuchlicher Sicherstellung verlangen, insbesondere erst dann, wenn die Bausparkasse im Besitz ordnungsgemäßer Forderungsbekundungen und Hypothekenbriefe ist. Bei Neubauten sind der Bausparkasse ferner die Gesamtfinanzierung sowie die verkehrsbefähigte Fertigstellung des Wohnhauses und der Zugangswege nachzuweisen; die Bausparkasse kann nach freiem Ermessen die Auszahlung in Teilbeträgen nach Maßgabe des Fortschreitens des Baues bewilligen. Die Auszahlung erfolgt in der Regel unmittelbar an die Bau-, Kauf-, Hypotheken-, Zwischenkredit- usw.-Gläubiger des Darlehensnehmers.

§ 18 Darlehensauszahlungsgebühr

Mit Beginn der Darlehensauszahlung wird das Konto des Darlehensnehmers mit einer Gebühr belastet. Die Gebühr wird bei Fortsetzung der hypothekarisch einzutragenden Darlehensschuld direkt zugerechnet und vorweg gezahlt. Sie beläuft sich für die II. Hypothek auf 2 v. H. des Unterschiedsbetrages zwischen dem Sparguthaben und der Bausparsumme.

§ 19 Verzinsung und Tilgung des Darlehens

- (1) Das Darlehen ist vom Tage der jeweiligen Auszahlung an mit 5 v. H. zu ver-

lehens beendet ist, werden die Zinsen konkurrenzrentenmäßig, von da ab unter jährlicher Vorausbelastung nach der Darlehensschuld berechnet, die am Beginn des Kalenderviertelsjahres vorhanden ist.

- (2) Die Tilgung beginnt an dem im Darlehensvertrag festzusetzenden Zeitpunkt nicht später als 8 Kalendermonate, bei Neubauten nicht später als 12 Kalendermonate, gerechnet von der Zuteilung, liegen darf. Von diesem Zeitpunkt an monatlicher Tilgungsbeitrag von 1 v. H. des Anfangsdarlehens, jedoch mindestens 3 v. T., im Falle des § 13 Abs. 3 mindestens 5 v. T. der Vertragssumme zu solte sich hiernach eine Spar- und Tilgungszeit von zusammen mehr als 18 ergeben, so wird der Tilgungsbeitrag entsprechend höher festgesetzt. In den Tilgungsbeitrag sind die Zinsen enthalten.

Gegebenenfalls ist ein Versicherungszuschlag zusätzlich zu leisten; dieser richtet sich nach dem Alter des Bausparers bei Versicherungsbeginn, das sich aus Unterjahren des Versicherungsbeginns und des Geburtsjahres ergibt, und nach dem Alter

- bis einschließlich 47 Jahre 0,2 v. T. der Vertragssumme,
von 48 bis 52 Jahren 0,3 v. T. der Vertragssumme,
von 53 bis 56 Jahren 0,4 v. T. der Vertragssumme,
und von 57 bis 60 Jahren 0,5 v. T. der Vertragssumme.

(3) Gerät der Darlehensnehmer mit seinen Zahlungsverpflichtungen in Verzug, erhält sich der Zins für die Verzugszeit um jährlich 1 v. H. der Restschuld. Im Falle des Verzuges mit einem Teil der Tilgungsrate (Tilgungsbeitrag zuzüglich Versicherungszuschlag) wird der Verzugszins von dem entsprechenden Teil der Schuld berechnet.

- (4) Sondertilgungen sind jederzeit zulässig. Zahlt der Schuldner mindestens 10 v. H. der Anfangsschuld, mindestens aber 300 DM als Sondertilgung, so kann er mit Beginn des auf die Rückzahlung folgenden Kalenderjahres eine Herabsetzung der Leistungen dahingehend verlangen, daß für das Restdarlehen die ursprüngliche Tilgungszeit berechnet bleibt. Bei wesentlichen Sondertilgungen erfolgt die Ermäßigung der Darlehenszinsen nach besonderen Bestimmungen des Geschäftsplanes.

- (5) Die geleisteten Zahlungen werden zur Deckung der Darlehensauszahlung (§ 18) und der fälligen Versicherungssumme (§ 15) und Zinsen in der Reihenfolge verwendet; der Restbetrag ist Tilgung.

§ 20 Fälligkeit des Darlehens

Solange der Darlehensnehmer seine Verpflichtungen pünktlich erfüllt, kann die Bausparkasse das Darlehen nicht kündigen; die außerordentliche Kündigungsfrist der Bausparkasse ist in der von der Aufsichtsbehörde genehmigten Schuldurkunde geregelt.

IV. Allgemeines

§ 21 Erklärungen

- (1) Eine Willens- oder Wissenserklärung, welche die Bausparkasse durch einen Brief an den Bausparer unter seiner letzten ihm bekannten Anschrift aufträgt, gilt als in dem Zeitpunkt zugegangen, in welchem der Bausparer von dem Inhalt der Erklärung hätte Kenntnis nehmen können, wenn er sich am Ort der Anschrift befunden hätte. Erklärungen an Ehegatten gelten als vollzogen, wogegen dem Ehepartner eine Abschrift zugeht.
- (2) Eine Willens- oder Wissenserklärung des Bausparers wird wirksam, sobald sie der Bausparkasse an ihrem Sitz schriftlich zugegangen ist. Sind alle Bausparer, so werden Willens- und Wissenserklärungen durch den Ehepartner gegeben.

§ 22 Kosten und Gebühren

Für den Vertrag bzw. die Schuldurkunde erhobene öffentliche Abgaben, alle mit dem Beleihungsgeschäft und seiner Abwicklung verbundenen Kosten, besonders die Notarkosten und Gerichtskosten, ferner die Kosten der Schlichtung der etwaigen Baubewachung, sowie Porti und sonstige Auslagen der Bausparkasse, insbesondere Spesen für besondere Bemühungen, wie Zweitverwertungen etc., stehen in geschäftsplanmäßig festgesetzter Höhe zu Lasten des Bausparers. Von der Bausparkasse laufend herausgegebenen Mitteilungen betreffend A- und Bausparbedingungen (s. § 25), Zuteilungen, Bewertungsgrößen, Bauspar- und Tilgungsbeiträge werden dem Bausparer mit einem Unkostenbetrag von 3,- DM jährlich im Voraus belastet.

§ 23 Kontoauszug

Die Bausparkasse übersendet dem Bausparer in den ersten zwei Monaten des laufenden Geschäftsjahres einen Kontoauszug mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß dieser als anerkannt gilt, wenn der Bausparer nicht innerhalb eines Monats schriftlich Widerspruch erhebt.

§ 24 Abtretung und Verpfändung, Vertragsabtritte

Der Anspruch des Bausparers auf Darlehensgewährung kann nur mit Zustimmung der Bausparkasse abgetreten oder verpfändet werden; dergleichen bedarf die Abtretung des Bausparervertrages der Zustimmung der Bausparkasse. Der Bausparer kann die Bausparkasse zu einem Teil der Tilgungsbeträge eine Genehmigungsgeldgebühr in geschäftsplanmäßig festgesetzter Höhe zu entrichten. Über den Rest der Tilgungsbeträge hat der Bausparer das Recht, das Bausparervertrag ohne Zustimmung der Bausparkasse abzutreten und verpfänden.

§ 25 Bedingungen und Bestimmungen

Die Bausparbedingungen, insbesondere die Bestimmungen der §§ 5, 9, 11, 18 sowie der den Bausparbedingungen zugrunde liegende Geschäftsplan, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürfen nicht, und zwar auch dann, wenn für bereits bestehende Verträge. Die Bestimmungen der §§ 9 und 11 können Wirkung für bereits bestehende Verträge nur zugunsten des Bausparers werden, es sei denn, daß die Aufsichtsbehörde eine Anordnung gemäß § 18 des Versicherungsaufsichtsgesetzes trifft.

§ 26 Erfüllungsort und Gerichtsstand

- (1) Erfüllungsort für die Leistungen des Bausparers ist sein jeweiliger Wohnort. Erfüllungsort für die Leistungen der Bausparkasse ist deren jeweiliger Sitz.
- (2) Für Klagen aus dem Vertrag ist das Gericht des Erfüllungsortes zuständig.

I. Sparbedingungen

1 Zweck

(1) Die Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wittenroth, gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Ludwigsburg, nachfolgend Bausparkasse genannt, erteilt die Finanzierung von Wohnhäusern, insbesondere Eigenheimen. Sie stellt den Bausparern ihre Einrichtungen zur planmäßigen Ansparung des Eigenkapitals zur Verfügung und gewährt ihnen bei Zuteilung eine unkündbare zweistufige Tilgungshypothek gemäß den vertraglichen Bedingungen.

(2) Das Darlehen der Bausparkasse kann zum Bau, zur Verbesserung oder zum Erwerb eines Wohnhauses, sowie zur Ablösung von Bauwischkrediten und auf einem Hausgrundstück ruhenden Verbindlichkeiten verwendet werden. (Wegen der Begrenzung der Höhe des Darlehens vgl. § 14 Abs. 4.)

2 Bausparsumme

(1) Der Bausparvertrag lautet über eine bestimmte Bausparsumme. Die Bausparsumme umfasst den Betrag der von dem Bausparern benötigten 11. Hypothek, sowie des von ihm anzusparenden Eigenkapitals.

(2) Die vereinbarte Bausparsumme kann auf Antrag des Bausparers (vgl. §§ 7 und 8) geändert werden.

3 Vertragsabschluss

(1) Der Antrag auf Abschluss eines Bausparvertrages ist schriftlich auf einem hierfür bestimmten Vordruck zu stellen. Der Antragsteller hat den Empfang der Bausparbedingungen in dem Antragvordruck durch besondere Unterschrift zu bescheinigen. Der Antragsteller ist drei Wochen an seinen Antrag gebunden.

(2) Die Annahme des Antrages wird dem Bausparern von der Bausparkasse schriftlich mitgeteilt. Bei Ablehnung des Antrages ist die Bausparkasse zur Angabe von Gründen nicht verpflichtet.

(3) Für den Bausparvertrag gelten die in dem Annahmefrist enthaltenen Bausparbedingungen, wenn nicht der Bausparern innerhalb eines Monats, nachdem er den Brief empfangen hat und auf etwaige Abweichungen vom Antrag schriftlich hingewiesen worden ist, Widerspruch (§ 21) hiergegen erhebt.

(4) Bei der Ablehnung oder nach dem Vertragsabschluss sind ungültig, wenn die Bausparkasse sie nicht schriftlich bestätigt.

4 Abschlußgebühr

(1) Der Bausparern hat unverzüglich, nachdem ihm die Annahme seines Antrages mitgeteilt ist, die Abschlußgebühr in Höhe von 1 v. H. der Bausparsumme zu entrichten. Auf Vereinbarung kann die Zahlung in höchstens 4 Monatsraten erfolgen.

(2) Wird die Abschlußgebühr oder auch nur eine ihrer Raten innerhalb von vier Monaten nach Antragsannahme nicht gezahlt, so erlischt der Bausparvertrag. Die Bausparkasse behält den Anspruch auf ein Viertel der Abschlußgebühr als Abstandsgehalt. Über das Abstandsgehalt hinaus gezahlte Teile der Abschlußgebühr werden nicht zurückertattet; andere Rechte stehen ihr nicht zu. Der Anspruch auf Zahlung des Abstandsgebaldes verjährt 6 Monate nach Antragsannahme.

5 Sparbeiträge und Zinsvergütung

(1) Der monatliche Sparbeitrag beträgt 4,2 v. T. der Bausparsumme. Der Bausparern hat die Sparbeiträge in der in der Antragbestätigung angegebenen Höhe am 1. eines jeden Monats kostenfrei an die Bausparkasse zu entrichten. Die Verpflchtung zur Zahlung von Sparbeiträgen endet mit der Fälligkeit des ersten Tilgungssparbeitrages (§ 19), spätestens nach Ansparung der Bausparsumme. Die Sparbeiträge wachsen, wenn der Bausparvertrag nicht vorher zugeteilt wird, bei regelmäßiger Zahlung in 16 Jahren (längste Verzinszeit) mit den Zinsen zur vollen Bausparsumme an, die dann dem Bausparern ohne Abzug zur freien Verfügung steht.

(2) Solange die Abschlußgebühr nicht voll entrichtet ist, werden alle Zahlungen auf die Abschlußgebühr verrechnet.

(3) Sonderzahlungen sind zulässig.

(4) Die Sparguthaben werden von der Bausparkasse mit Beginn des der Einzahlung folgenden Kalenderdritteljahres bis zu dem auf die Zuteilung folgenden Monatszinseszins zu 3 v. H. jährlich verzinst. Wegen der Zinseszinsen nach diesem Zeitpunkt vgl. § 13 Abs. 5. Die Zinsen werden dem Bausparern jeweils am Ende des Kalenderjahres, auf volle 5 Dpf. abgerundet, gutgeschrieben.

(5) Gewinnanteile werden nicht vergütet.

6 Zahlungsverzug

(1) Wenn an einem Zuteilungstermin (§ 11) das Sparguthaben zur Deckung fällig gewordener Regelleistungen einschließlich der Zinsen nicht mehr ausreicht, so kann die Bausparkasse den Bausparern unter Hinweis auf die Rechtsfolgen weiterer Skundis schriftlich auffordern, bis zum Ende des auf die Mahnung folgenden Monats neben der Zahlung einer Mahngebühr von 1,— DM die Hälfte des Rückstandes bis zum Ende des darauffolgenden Monats die andere Hälfte des Rückstandes aufzulegen.

(2) Kommt der Bausparern dieser Aufforderung nicht in vollem Umfang nach, so ruht der Vertrag. Die Bausparkasse kann den Vertrag mit Frist von 6 Monaten kündigen. Im Falle der Kündigung gilt § 9 Abs. 2 und 4 entsprechend.

(3) Ein am Zuteilungstermin (§ 11) ruhender Vertrag nimmt an der Zuteilung nicht teil. Weitere Sparbeiträge werden nicht fällig. Wegen Wiederherstellung vgl. § 8.

(4) Andere als die in Abs. 1 und 2 bezeichneten Rechte stehen der Bausparkasse nicht zu.

7 Änderung der Bausparsumme

(1) Der Bausparern ist jederzeit berechtigt, für das Ende des laufenden Kalenderjahres die Teilung des Bausparvertrages zu verlangen. Die Bausparsumme jedes Teilvertrages darf nicht geringer als die geschäftsplanmäßig vorgesehene Mindestbausparsumme von 1800 DM sein, sie muß durch 100 ohne Rest teilbar sein. Wird die Teilung so vorgenommen, daß Teilbausparsummen geringerer Höhe entstehen, so gelten diese Vertragsteile als gekündigt.

(2) Bei der Teilung wird das Sparguthaben im Verhältnis der Bausparsummen der Teilverträge aufgeteilt.

(3) Die Herabsetzung der Bausparsumme, die der Bausparern jederzeit für das Ende des nachstehenden Kalenderdritteljahres beantragen kann, erfolgt durch Teilung des Bausparvertrages in zwei Teile, deren einer als gekündigt gilt (Teilungskündigung). Der gekündigte Teil verliert nach den Bestimmungen über gekündigte Verträge (§ 9) bei der Zuteilung seinen sparplanmäßigen Charakter. Der Bausparern kann die gekündigte Teilbausparsumme sparplanmäßig gutgeschrieben, sofern er nicht dessen Auszahlung verlangt, was eine unbedingte Erhöhung der Bausparsumme ist ausgeschlossen. Der Abschluß der Verträge bleibt bestehen.

(4) Der Bausparern kann mit dem Bausparern die Bausparkasse zwei oder mehrere Teilverträge in einen Teilungsvertrag, in dem die Abschlußgebühr voll gezahlt ist, zusammenfassen. Der Teilungsvertrag wird nach dem Zeitpunkt zugeteilt, in dem bei jedem der zusammengeführten Teilverträge seit der vollen Zahlung der Abschlußgebühr mindestens ein Jahr verstrichen ist, so gilt der Vertrag als erst in diesem Zeitpunkt zugeteilt. Zugewillte und nichtzugeteilte Verträge können nicht zusammengelegt werden.

§ 8 Wiederherstellung des Vertrages

(1) Ein nach § 6 Abs. 2 ruhender oder ein nach § 7 Abs. 3 herabgesetzter Bausparvertrag kann vom Bausparern binnen sechs Monaten, im Einverständnis mit der Bausparkasse auch später, durch Wiederaufnahme der Zahlung der bedingungs-gemäßen Sparbeiträge ganz oder teilweise wiederhergestellt werden, siehe auch § 9 Abs. 5. Werden hierbei die inzwischen fällig gewordenen Sparbeiträge und etwaige Zinsausfälle nicht nachgezahlt, so wird der Ablauf der kürzesten und längsten Ver-zinszeit und sonstiger Vertragstermine entsprechend hinausgeschoben.

(2) Nach der Wiederherstellung wird die Bewertungsziffer so berechnet, als wäre ein Ruhen nicht eingetreten oder eine Herabsetzung nicht erfolgt.

(3) Die Wiederherstellung ist ausgeschlossen, wenn der Bausparern nach Inkrafttreten der Herabsetzung und vor Wiederherstellung des Vertrages zugeteilt worden ist, sei denn, daß er auf alle Rechte aus dieser Zuteilung verzichtet.

§ 9 Kündigung

(1) Nach der Zahlung der Abschlußgebühr kann der Bausparern den Vertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen (§ 21 Abs. 2). Vom Zeitpunkt der Kündigung an hat er Sparbeiträge — auch rückständige — nicht mehr zu zahlen.

(2) Im Falle der Kündigung hat der Bausparern Anspruch auf Rückzahlung des Sparguthabens in Form einer Rente. Die Laufzeit der Rente ist höchstens gleich der Zeit innerhalb welcher der Bausparern, wenn er im Zeitpunkt der Kündigung als Regel-sparern mit der Bausparsumme zugeteilt wäre, sein Darlehen hätte tilgen müssen. Die Rente wird in jährlichen Raten, deren Mindesthöhe geschäftsplanmäßig bestimmt ist, nachschüssig gezahlt, erstmals ein Jahr nach Ablauf des Kalenderdrittel-jahres, in dem die Kündigung erfolgt ist. Bis zur vollständigen Rückzahlung werden dem jeweiligen Guthaben des Bausparers 3 v. H. Zinsen jährlich gutgeschrieben.

(3) Wird der Bausparvertrag innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Bausparers von seinen Erben unter Vorlage eines Erbscheins gekündigt, oder ist der Bausparern vertrag beim Tode des Bausparers bereits gekündigt, so wird das Sparguthaben an die Erben sofort zuruzugewiesen.

(4) Die Bausparkasse verwendet jeweils bis zu 25 v. H. der eingehenden Spar- und Tilgungszahlungen (Spar- und Tilgungsbeiträge, Sonder-Sparzahlungen und -Tilgungen) zur Ablösung der Kündigungsrenten. Hierbei werden die Bausparern in der Reihenfolge des Eingangs der Kündigung berücksichtigt.

(5) Die Wiederherstellung (vgl. § 8) eines gekündigten Vertrages ist binnen sechs Monaten möglich, sofern noch keine Auszahlung erfolgt ist.

II. Zuteilungsbedingungen

§ 10 Zuteilungsausschüttung

Zuteilungswürdiger ist jeder Bausparern, dessen Sparguthaben am Zuteilungstermin (§ 11) mindestens 40 v. H. der Bausparsumme (§ 2) beträgt, sofern bis dahin seit dem Datum des Annahmefristes (§ 3 Abs. 2) mindestens 18 Kalendermonate verlossen sind. Bei der Festsetzung der Zuteilungsreihenfolge (§ 11) werden nur Zuteilungswürdige anwärter berücksichtigt.

§ 11 Zuteilungsreihenfolge

(1) Die Zuteilungsreihenfolge ist jeweils für ein Halbjahr, und zwar für die Zuteilungen im ersten Kalenderhalbjahr nach den Bewertungsziffern der Verträge am 30. September des Vorjahres, für die im zweiten Kalenderhalbjahr nach den Bewer-tungsziffern am 30. September des laufenden Jahres an der Zuteilungswürdigkeit (Abs. 1) zu bestimmen.

(2) Die Bewertungsziffer ist die Summe sämtlicher an den Zuteilungswürdigen (Abs. 1) ausgewiesenen Sparguthaben, geteilt durch $\frac{1}{10}$ der Bausparsumme. Die höchste Bewertungsziffer hat den Vorrang.

§ 12 Zuteilung

(1) Die Spar- und Tilgungszahlen der Bausparern, der Erlös aus Hypothekenverkäufen, sowie etwaige von der Bausparkasse zur beschleunigten Zuteilung entnommene Kredite fließen in geschäftsplanmäßigem Umfang in den Zuteilungsru-mel. Die Mittel werden laufend in der nach dem § 11 aufgestellten Reihenfolge vergeben. Die Einzelheiten des Verfahrens regelt der Geschäftsplan.

(2) Die Zuteilung wird dem Bausparern unverzüglich schriftlich mitgeteilt mit der Anforderung, binnen 4 Wochen zu erklären, ob er die Zuteilung annimmt oder nicht.

(3) Erklärt der Bausparern, daß er die Zuteilung annimmt, so wird ihm die Bausparsumme gemäß § 13 bereitgestellt.

(4) Nimmt der Bausparern die Zuteilung nicht an oder gibt er die gewünschte Erklärung nicht fristgemäß ab, so wird der Vertrag fortgesetzt, sofern nicht der Bausparern binnen weiterer 2 Wochen unter Verzicht auf das Darlehen die Auszahlung des Sparguthabens verlangt. Das gleiche gilt, wenn der Bausparern die Annahme der Zuteilung widerruft (vgl. auch § 13 Abs. 4); der Vertrag wird jedoch nur fortgesetzt, sofern die Auszahlung noch nicht begonnen hat.

(5) Falls der Bausparern seinen Vertrag fortsetzt, kann er während der nächsten 3 Jahre seine Rechte aus der früheren Zuteilung, wenn er dies 3 Monate vorher der Bausparkasse schriftlich mitgeteilt hat, wieder geltend machen.

Machen gleichzeitig mehrere früher Zuteilungsteile ihre Rechte wieder geltend, so werden sie in der Reihenfolge ihrer früheren Zuteilung gemäß den vorhandenen Mitteln berücksichtigt. Nach Ablauf der dreijährigen Frist nimmt der Bausparern wieder der ordentlichen Reihenfolge an den Zuteilungen teil.

§ 13 Bereitstellung der Bausparsumme

(1) Mit der Zuteilung stellt die Bausparkasse dem Bausparern das Sparguthaben zur Auszahlung bereit und gewährt ihm ein Darlehen in Höhe des das Sparguthaben übersteigenden Teiles der Bausparsumme.

(2) Beschäftigt der Bausparern selbst eine I. Hypothek, so muß diese den Bedingungen des § 14 Abs. 1 und 4 entsprechen.

(3) Das Darlehen darf nur kreditwürdigen Personen gewährt werden. Liegt Kredit-unwürdigkeit (z. B. Zahlungsineinhalten, Überschuldung, Konkursverfahren) vor, so ist der Bausparern von der Zuteilung und dem zugeleiteten Bausparern auf die sofortige Auszahlung seines Sparguthabens.

(4) Die Bausparkasse hält dem Bausparern die Bausparsumme (Sparguthaben und Darlehen) während zehn Kalendermonaten nach der Zuteilung zur Auszahlung bereit. Hat der Bausparern innerhalb dieser Frist von der Bausparkasse verlangten Unter-lagen und Sicherheiten nicht beigebracht oder das Bausparverhältnis nicht begünstigt, gilt der Vertrag nach fruchtlosem Ablauf einer Frist von drei Monaten als gekündigt. Unter dieser Frist ist die Rechtsfolgen gestellten Frist von drei Wochen als nicht zu- teilt, § 12 Abs. 4 Satz 2 findet Anwendung.

(5) Von dem auf die Zuteilung folgenden Monatszinsen an wird das Sparguthaben nicht mehr verzinst. In den Fällen des § 12 Abs. 4 und des § 13 Abs. 4 werden ver-zinsten Monatszinsen an wieder die üblichen Zinsen auf das Sparguthaben vergütet.

III. Darlehensbedingungen

§ 14 Sicherstellung des Darlehens

(1) Die Darlehensforderung der Bauparkasse ist durch Bestellung einer Briefhypothek an zweiter oder — falls rangbereit — an erster Stelle auf dem Wohngrundstück des Bauparikers sicherzustellen. Eine etwaige Vorbelastung soll 40 v. H. des Beleihungswertes nicht übersteigen. Die Bauparkasse kann auch ein dem Baupariker nicht gebührendes Wohngrundstück beleihen, wenn der Eigentümer desselben neben dem Baupariker die persönliche Verbindlichkeit aus dem Darlehen und den Nebenverbindungen übernimmt. Inwieweit Rechte in Abteilung II des Grundbuchs der Hypothek der Bauparkasse vorgehen dürfen, entscheidet dies im Einzelfalle nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) Durch Eintragung einer Vormerkung im Grundbuch ist zu sichern, daß die etwa der Hypothek im Range vorgehenden oder gleichstehenden Belastungen gelöscht werden, wenn und soweit sie sich mit dem Eigentum in einer Person vereinigen.

(3) Das auf dem Grundstück befindliche Gebäude ist vor Darlehensauszahlung gegen Feuergefahr zu versichern. Der Baupariker ist ein Nachweis darüber, außerdem — falls erforderlich — ein Hypothekensicherungschein zu erbringen.

(4) Die Beleihung findet grundsätzlich nur statt, wenn sich der Vorranggläubiger der Bauparkasse gegenüber in geschäftsplanmäßig vorgeschriebener Weise zur Stillhaltung verpflichtet und wenn die für die i. Hypothek zu zahlenden Zinsen bis zur Beendigung der Tilgung des Darlehens der Bauparkasse (ii. Hypothek) den marktüblichen Zinsen nicht übersteigen und die Tilgung nicht mehr als 2 v. H. der i. Hypothek ausbleibt der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen beträgt. Die ii. Hypothek darf — auch bei mehreren Verträgen — weder für denselben Schuldner noch für dasselbe Grundstück mehr als 48 000,— DM betragen.

(5) Ehegatten haben sich gegenseitigdenn zu verpflichten. Der Schuldner hat sich der sofortigen Zwangsvollstreckung gemäß § 794 ZPO zu unterwerfen. Der zu bildende Hypothekenbrief ist der Bauparkasse als Gläubigerin unmittelbar von dem Grundbuchamt auszuhändigen.

§ 15 Lebensversicherungsschutz

(1) Zur weiteren Sicherung ihrer Forderung und zum Schutze der Bauparikerfamilie nimmt die Bauparkasse auf das Leben des zugewählten Bauparikers, falls dieser bei Zuteilung nicht älter als 60 Jahre ist, eine Risiko-Lebensversicherung nach Maßgabe eines mit einer Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen Sammelversicherungsvorganges. Der Baupariker hat die von der Bauparkasse deswegen angeforderten Nachweise unverzüglich beizubringen. Hat der Baupariker bereits eine Lebensversicherung auf seine Person abgeschlossen, so kann sich die Bauparkasse insoweit mit der Abtretung seiner Ansprüche aus dieser Versicherung begnügen.

(2) Die Versicherungssumme ist in der Regel gleich dem Teil der Bauparikkante, den der Baupariker noch nicht durch Leistung von Spar- und Tilgungszahlungen aufgebracht hat.

(3) Werden aus dem Darlehen mehrere Personen als Schuldner verpflichtet sein, so kann die Bauparkasse die Versicherung innerhalb der in Abs. 2 vorgesehenen Höchstgrenze nach ihrer Wahl auf das Leben aller oder einzelner von ihnen nehmen.

(4) Versicherungsschlichter ist die Bauparkasse, vernichtet ist der Baupariker.

(5) Mit dem Betrag, den die Bauparkasse der Versicherungsgesellschaft als Versicherungsbeitrag zurückerlegt, zuzüglich Versicherungssteuer für das Kalenderjahr zu zahlen hat, wird das Konto des Bauparikers jährlich im voraus belastet.

(6) Nach Eintritt des Versicherungsfalles wird der Betrag, den die Bauparkasse als Versicherungsleistung empfängt, dem Konto des Bauparikers gutgeschrieben.

§ 16 Beleihungswert

(1) Das Darlehen darf zusammen mit den Vorbelastungen 80 v. H. des Beleihungswertes nicht übersteigen. Der Beleihungswert wird vom Vorstand der Bauparkasse nach pflichtgemäßem Ermessen auf Grund einer Schätzung durch eine öffentliche Schätzungsbehörde, den Sachverständigen einer Grundkreditanstalt oder einen sonstigen privaten Sachverständigen endgültig festgestellt. Für die Schätzung und die Feststellung des Beleihungswertes sind der Ertrag des Grundstückes sowie die angemessenen Bau- und Bodenkosten zugrunde zu legen. Das Nähere bestimmt der Geschäftsplan.

(2) Bauvorhaben, Kauf- und Schuldablösung bedürfen der Genehmigung der Bauparkasse. Bauten, die infolge ihrer Lage, ihrer Bauweise oder aus einem sonstigen Grunde schwer verwertbar sein würden, werden grundsätzlich nicht beleihen. Sind in dem Gebäude auch Räume für Kleinbetriebe zur Ausübung eines Handels oder Gewerbes vorhanden, so findet die Beleihung nur statt, sofern der auf diese Räume entfallende Teil des Gebäudes wertmäßig nicht überwiegt.

§ 17 Auszahlung des Darlehens

Der Baupariker kann die Auszahlung des Darlehens erst nach vertragsgemäßer Grundbedingter Sicherung verlangen, insbesondere erst dann, wenn die Bauparkasse im Besitz ordnungsgemäßer Aufsertigungen der Schuldurkunden und Hypothekenbriefe ist. Bei Neubauten sind der Bauparkasse ferner die Gesamtfinanzierung, sowie die verkehrsbefähigte Fertigstellung des Wohnhauses und der Zugangswege nachzuweisen; die Bauparkasse kann nach freiem Ermessen die Auszahlung in Teilbeträgen nach Maßgabe des Fortschritts des Baues bewilligen. Die Auszahlung erfolgt in der Regel unmittelbar an die Bau-, Kauf-, Hypotheken-, Zwischenkredit- usw. Gläubiger des Darlehensnehmers.

§ 18 Darlehensauszahlungsgeld

Mit Beginn der Darlehensauszahlung wird das Konto des Darlehensnehmers mit einer Gebühr belastet. Die Gebühr wird bei Forderung der hypothekarisch einstragenden Darlehensschuld dieser zugerechnet und vorweg getilgt. Sie beläuft sich auf 2 v. H. des Unterschiedsbetrages zwischen dem Sparguthaben und der Bauparikkante.

§ 19 Verzinsung und Tilgung des Darlehens

(1) Das Darlehen ist vom Tage der jeweiligen Auszahlung an mit 5 v. H. zu verzinsen. Bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Auszahlung des Darlehens beendet ist, werden die Zinsen kontokorrentmäßig, von dem ab unter vierstelliger Vorrundung nach der Darlehensschuld berechnete, die am Beginn des Kalenderjahres vorhanden ist.

(2) Geht der Darlehensnehmer mit einem Darlehensvertragsverhältnis in ein neues Darlehen ein, so wird sich der Zins für die Verzugszeit um jährlich 1 v. H. der Darlehensschuld, des Verzuges mit einem Teil der Tilgungsrate (Tilgungsbeitrag zuzüglich Verzugszuschlag) wird der Verzugszins von dem entsprechenden Teil der Rate berechnet.

(3) Die Tilgung beginnt an dem im Darlehensvertrag festzusetzenden Zeitpunkt nicht später als 8 Kalendermonate, bei Neubauten nicht später als 12 Kalendermonate nach der Zuteilung, liegen darf. Von diesem Zeitpunkt ab ist ein jährlicher Tilgungsbeitrag von 1 v. H. des Anfangsdarlehens, jedoch mindestens der Bauparikkante zu zahlen; sollte sich hiernach eine Spar- und Tilgungssumme mehr als 18 Jahre ergeben, so wird der Tilgungsbeitrag entsprechend höher festgesetzt. In dem Tilgungsbeitrag sind die Zinsen enthalten. Gegebenfalls ist ein Verzugszuschlag zusätzlich zu leisten; dieser richtet sich nach dem Alter des Bauparikers bei Verzugsbeginn, das sich als Unter- oder Überschreitung des Verzugsbeginns und des Geburtsjahres ergibt und beträgt einem Alter

bis-einschließlich 47 Jahre 0,3 v. T. der Bauparikkante,

von 48 bis 52 Jahren 0,5 v. T. der Bauparikkante,

von 53 bis 56 Jahren 0,7 v. T. der Bauparikkante,

und von 57 bis 60 Jahren 0,8 v. T. der Bauparikkante.

(4) Sondertilgungen sind jederzeit zulässig. Zahlt der Schuldner mindestens den Teil der Anfangsschuld, mindestens aber 300 DM als Sondertilgung, so kann er mit Beginn des auf die Rückzahlung folgenden Kalenderjahres die Tilgung der Leistung dahingehend verlangen, daß für das Restdarlehen die ursprüngliche Tilgungszeit bestehen bleibt. Bei wesentlichen Sondertilgungen ist die Errechnung der Darlehenszinsen nach besonderen Bestimmungen des Geschäftsplanes.

(5) Die geleisteten Zahlungen werden zur Deckung der Darlehensauszahlung (§ 18), der fälligen Versicherungsbeiträge (§ 15), Kosten (§ 22) und Zinsen (§ 19) verwendet, der Restbetrag ist Tilgung.

§ 20 Fälligkeit des Darlehens

Solange der Darlehensnehmer seine Verpflichtungen pünktlich erfüllt, kann die Bauparkasse das Darlehen nicht kündigen; die außerordentliche Kündigungsbefugnis der Bauparkasse ist in der von der Aufsichtsbehörde genehmigten Schuldurkunde geregelt.

IV. Allgemeines

§ 21 Erklärungen

(1) Eine Willens- oder Wissenserklärung, welche die Bauparkasse durch einen Brief an den Baupariker unter seiner letzten ihr bekannten Anschrift abgibt, gilt als in dem Zeitpunkt zugegangen, in welchem der Baupariker von der Erklärung hätte Kenntnis nehmen können, wenn er sich am Orte der Abgabe befand. Erklärungen an Ehegatten gelten als vollzogen, wenn sie gegen den Ehemann abgegeben sind.

(2) Eine Willens- oder Wissenserklärung des Bauparikers wird wirksam, sobald sie der Bauparkasse an ihrem Sitz schriftlich zugegangen ist. Sind die Baupariker, so werden Willens- und Wissenserklärungen durch den Ehemann gegeben.

§ 22 Kosten und Gebühren

Die für den Vertrag bzw. die Schuldurkunde erhobenen öffentlichen Abgaben, alle mit dem Beleihungsschritt und seiner Abwicklung verbundenen Kosten, insbesondere die Notariats- und Gerichtskosten, ferner die Kosten der Schätzung der etwaigen Bauüberwachung sowie Pfort- und sonstige Auslagen der Bauparkasse, insbesondere Spesen für besondere Bemühungen, wie Zweitaufsertigungen usw., sind geschäftsplanmäßig festgesetzter Höhe zu Lasten des Bauparikers. Für die Bauparkasse laufen herausgebrachten Mitteilungen betreffend Änderung von Sparbedingungen (s. § 25) Zuteilungen, Bewertungstreffen, Baugestaltung u. gleiches wird das Konto des Bauparikers mit einem Unkostenbeitrag von 3 D.M. im voraus belastet.

§ 23 Kontoauszug

Die Bauparkasse übersendet dem Baupariker in den ersten zwei Monaten nach dem Geschäftsjahre einen Kontoauszug mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß er anerkennt gilt, wenn der Baupariker nicht innerhalb eines Monats nach schriftlichem Widerspruch erhebt.

§ 24 Abtretung und Verpfändung, Vertragsübertragung

Der Anspruch des Bauparikers auf Darlehensgewährung kann nur mit Zustimmung der Bauparkasse abgetreten oder verpfändet werden; dergleichen bedarf die Übertragung des Bauparikertrages der Zustimmung der Bauparkasse. Der Baupariker ist zur Abtretung oder Verpfändung der Rechte aus dem Darlehenvertrag ohne Zustimmung der Bauparkasse abtreten und verpfänden.

§ 25 Bedingungsänderungen

Die Bauparikkanten, insbesondere die Bestimmungen der §§ 5, 9, 11, 18 sowie der dem Bauparikkanten zugrunde liegende Geschäftsplan können Genehmigung der Aufsichtsbehörde geändert werden, und zwar auch mit Wirkung bereits bestehende Verträge. Die Bestimmungen der §§ 9 und 13 können mit für bereits bestehende Verträge nur zugunsten des Bauparikers geändert werden, wenn die Aufsichtsbehörde eine Anordnung gemäß § 81a des Verordnungsamtes trifft.

§ 26 Erfüllungsort und Gerichtsstand

(1) Erfüllungsort für die Leistungen des Bauparikers ist sein jeweiliger Wohnort. Die Leistungen der Bauparkasse deren jeweiliger Sitz.

(2) Für Klagen aus dem Darlehen ist das Gericht des Erfüllungsortes maßgebend. In allen übrigen Fällen bleiben die gesetzlichen Vorschriften über den Gerichtsstand unberührt.

Investitionssparbedingungen

=====

I. Sparbedingungen.

§ 1 Zweck

(1) Die Investitionssparkasse betreibt die Finanzierung von gewerblichen Investitionen aller Art. Sie stellt den bei ihr sparenden Unternehmen, künftig Investitionssparer genannt, ihre Einrichtungen zur planmässigen Ansparung des Eigenkapitals zur Verfügung und gewährt ihnen bei Zuteilung ein unkündbares Darlehen gemäss den vertraglichen Bedingungen.

(2) Das Darlehen der Investitionssparkasse kann zum Bau, zur Verbesserung oder zum Erwerb von gewerblichen Objekten, zur Anschaffung von Maschinen und maschinellen Einrichtungen aller Art sowie zur Ablösung von Zwischenkrediten und sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten, soweit sie auf Investitionen zurückzuführen sind, Verwendung finden.

§ 2 Investitionssparsumme

(1) Der Investitionssparvertrag lautet über eine bestimmte Investitionssparsumme. Diese umfasst den Betrag des vom Investitionssparer benötigten Darlehens sowie des von ihm anzusparenden Eigenkapitals.

(2) Die vereinbarte Investitionssparsumme kann auf Antrag des Investitionssparers (vergl. §§ 7 + 8) geändert werden.

§ 3 Vertragsabschluss

(1) Der Antrag auf Abschluss eines Investitionssparvertrages ist schriftlich auf einem hierfür bestimmten Vordruck zu stellen. Der Antragsteller hat den Empfang der Investitionssparbedingungen in dem Antragsvordruck durch besondere

Unterschrift zu bescheinigen. Der Antragsteller ist drei Wochen an seinen Antrag gebunden.

(2) Die Annahme des Antrages wird dem Investitionssparer von der Investitionssparkasse schriftlich mitgeteilt. Bei Ablehnung des Antrages ist die Investitionssparkasse zur Angabe von Gründen nicht verpflichtet.

(3) Für den Investitionssparvertrag gelten die in dem Annahmefree enthaltenen Investitionssparbedingungen, wenn nicht der Investitionssparer innerhalb eines Monats, nachdem er den Brief empfangen hat und auf etwaige Abweichungen vom Antrag schriftlich hingewiesen worden ist, Widerspruch (§ 21) hiergegen erhebt.

(4) Besondere Abreden bei oder nach Vertragsabschluss sind ungültig, wenn die Investitionssparkasse sie nicht schriftlich bestätigt.

§ 4 Abschlussgebühr

(1) Der Investitionssparer hat unverzüglich, nachdem ihm die Annahme seines Antrages mitgeteilt ist, die Abschlussgebühr in Höhe von 1 v.H. der Investitionssparsumme zu entrichten. Auf Vereinbarung kann die Zahlung in höchstens 2 Monatsraten erfolgen.

(2) Wird die Abschlussgebühr oder auch nur eine ihrer Raten innerhalb von drei Monaten nach Antragsannahme nicht bezahlt, so erlischt der Investitionssparvertrag. Die Investitionssparkasse behält den Anspruch auf ein Viertel der Abschlussgebühr als Abstandsgeld. Etwas über das Abstandsgeld hinaus gezahlte Teile der Abschlussgebühr werden nicht zurückerstattet; andere Rechte stehen ihr nicht zu. Der Anspruch auf Zahlung des Abstandsgeldes

verjährt 6 Monate nach Antragsannahme.

§ 5 Sparbeiträge und Zinsvergütung

(1) Der vierteljährliche Sparbeitrag beträgt 1,25 % der Investitionssparsumme. Der Investitionssparer hat die Sparbeiträge in der in der Antragsbestätigung angegebenen Höhe jeweils am Quartalsbeginn kostenfrei an die Investitionssparkasse zu entrichten. Die Verpflichtung zur Zahlung von Sparbeiträgen endet mit der Zuteilung des Vertrages. Die Sparbeiträge wachsen, sofern der Investitionssparvertrag nicht vorher zugeteilt wird, bei regelmässiger Zahlung in 16 Jahren (längste Wartezeit) mit den Zinsen zur vollen Investitionssparsumme an, die dann dem Investitionssparer ohne Abzug zur freien Verfügung steht.

(2) Solange die Abschlussgebühr nicht voll entrichtet ist, werden alle Zahlungen auf die Abschlussgebühr verrechnet.

(3) Sonderzahlungen sind zulässig.

(4) Die Sparszahlungen werden von der Investitionssparkasse mit Beginn des der Einzahlung folgenden Kalenderdritteljahres bis zu dem auf die Zuteilung folgenden Monatsersten zu 3 v.H. jährlich verzinst. Wegen des Zinssatzes nach diesem Zeitpunkt vgl. § 13 Abs. 5. Die Zinsen werden dem Investitionssparer jeweils am Ende des Kalenderjahres, auf volle 5 Dpf. abgerundet, gutgeschrieben.

(5) Gewinnanteile werden nicht vergütet.

§ 6 Zahlungsverzug

(1) Wenn an einem Zuteilungstichtag (§ 11) das Sparguthaben zur Deckung fällig gewordener Regelleistungen einschliesslich deren Zinsen nicht mehr ausreicht, so kann die Investitionssparkasse den Investitionssparer unter

Hinweis auf die Rechtsfolgen weiterer Säumnis schriftlich auffordern, bis zum Ende des auf die Mahnung folgender Monats neben der Zahlung einer Mahngebühr von 1.-- DM die Hälfte des Rückstandes, bis zum Ende des darauffolgenden Monats die andere Hälfte des Rückstandes aufzuholen.

(2) Kommt der Investitionssparer dieser Aufforderung nicht in vollem Umfange nach, so ruht der Vertrag. Die Investitionssparkasse kann den Vertrag mit Frist von 6 Monaten kündigen. Im Falle der Kündigung gilt § 9 Abs.2 und 4 entsprechend.

(3) Ein am Zahlungstichtag (§ 11) ruhender Vertrag nimmt an der Zuteilung nicht teil. Weitere Sparbeiträge werden nicht fällig. Wegen Wiederherstellung vgl. § 8.

(4) Andere als die in Abs.1 und 2 bezeichneten Rechte stehen der Investitionssparkasse nicht zu.

§ 7 Änderung der Investitionssparsumme

(1) Der Investitionssparer ist jederzeit berechtigt, für das Ende des laufenden Kalendervierteljahres die Teilung des Investitionssparvertrages zu verlangen. Die Investitionssparsumme jedes Teilvertrages darf nicht geringer als die geschäftsmässig vorgesehene Mindestinvestitionssparsumme von 3.000.-- DM sein, sie muss durch 100 ohne Rest teilbar sein. Wird eine Teilung so vorgenommen, dass Teilinvestitionssparsummen geringerer Höhe entstehen, so gelten diese Vertragsteile als gekündigt.

(2) Bei der Teilung wird das Sparguthaben im Verhältnis der Investitionssparsummen der Teilverträge aufgeteilt.

(3) Die Herabsetzung der Investitionssparsumme, die der Investitionssparer jederzeit für das Ende des vorhergehenden Kalendervierteljahres beantragen kann, erfolgt durch Teilung des Vertrages in zwei Teile, deren einer als gekündigt gilt (Teilkündigung). Der gekündigte Teilvertrag wird nach den Bestimmungen über gekündigte Verträge (§ 9) behandelt. Im Rahmen dieser Bestimmungen wird dem Investitionssparer das gekündigte Guthaben auf sein Sparkonto gutgeschrieben, sofern er nicht dessen Auszahlung verlangt.

(4) Eine nachträgliche Erhöhung der Investitionssparsumme ist ausgeschlossen. Der Abschluss weiterer Verträge bleibt gestattet.

(5) Im Einvernehmen mit dem Investitionssparer kann die Investitionssparkasse zwei oder mehrere Verträge derselben Zuteilungsgruppe, bei denen die Abschlussgebühr voll gezahlt ist, nach geschäftsplanmässigen Grundsätzen zusammenlegen. Wird nach der Zusammenlegung der Vertrag vor dem Zeitpunkt zugeteilt, in dem bei jedem der zusammengelegten Verträge seit der vollen Zahlung der Abschlussgebühr mindestens ein Jahr verstrichen ist, so gilt der Vertrag als erst in diesem Zeitpunkt zugeteilt. Zugeteilte und nicht-zugeteilte Verträge können nicht zusammengelegt werden.

§ 8 Wiederherstellung des Vertrages

(1) Ein nach § 6 Abs.2 ruhender oder ein nach § 7 Abs.3 herabgesetzter Investitionssparvertrag kann vom Investitionssparer binnen sechs Monaten, im Einvernehmen mit der Investitionssparkasse auch später, durch Wiederaufnahme der Zahlung der bedingungsgemässen Sparbeiträge ganz oder teilweise wiederhergestellt werden, siehe auch § 9 Abs.5. Werden hierbei die inzwischen fällig gewesenen Sparbeiträge

und etwaige Zinsausfälle nicht nachgezahlt, so wird der Ablauf der kürzesten und längsten Wartezeit und sonstiger Vertragstermine entsprechend hinausgeschoben.

(2) Nach der Wiederherstellung wird die Bewertungsziffer so berechnet, als wäre ein Ruhen nicht eingetreten oder eine Herabsetzung nicht erfolgt.

(3) Die Wiederherstellung ist ausgeschlossen, wenn der Investitionssparer nach Inkrafttreten der Herabsetzung und vor Wiederherstellung des Vertrages zugeteilt worden ist, es sei denn, dass er auf alle Rechte aus dieser Zuteilung verzichtet.

§ 9 Kündigung

(1) Nach Zahlung der Abschlussgebühr kann der Investitionssparer den Vertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen (§ 21 Abs.2). Vom Zeitpunkt der Kündigung an hat er Sparbeiträge - auch rückständige - nicht mehr zu zahlen.

(2) Im Falle der Kündigung hat der Investitionssparer Anspruch auf Rückzahlung des Sparguthabens in Form einer Rente. Die Laufzeit der Rente ist höchstens gleich der Zeit, innerhalb welcher der Investitionssparer, wenn er im Zeitpunkt der Kündigung als Regelsparer mit der Investitionssparsumme zugeteilt worden wäre, sein Darlehen hätte tilgen müssen. Die Rente wird in jährlichen Raten, deren Mindesthöhe geschäftsplanmässig bestimmt ist, nachschüssig gezahlt, erstmals ein Jahr nach Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem die Kündigung erfolgt ist. Bis zur vollständigen Rückzahlung werden dem jeweiligen Guthaben des Investitionssparers 3 v.H. Zinsen jährlich gutgeschrieben.

(3) Wird der Investitionssparvertrag innerhalb eines Jahr

nach dem Tode des Inhabers eines bei der Investitionssparkasse sparenden Unternehmens von dessen Erben unter Vorlage eines Erbscheines gekündigt, oder ist der Investitionssparvertrag beim Tode des Inhabers bereits gekündigt, so wird das Sparguthaben an die Erben sofort zurückgezahlt.

(4) Die Investitionssparkasse verwendet jeweils bis zu 25 v.H. der eingehenden Spar- und Tilgungszahlungen (Spar- und Tilgungsbeiträge, Sonder-Sparzahlungen und -Tilgungen) zur Ablösung der Kündigungsrenten. Hierbei werden die Investitionssparer in der Reihenfolge des Eingangs der Kündigung berücksichtigt.

(5) Die Wiederherstellung (vgl. § 8) eines gekündigten Vertrages ist binnen sechs Monaten möglich, sofern noch keine Auszahlung erfolgt ist.

II. Zuteilungsbedingungen

§ 10 Zuteilungsanwartschaft

Zuteilungsanwärter ist jeder Investitionssparer, dessen Sparguthaben am Zuteilungsstichtag (§ 11) mindestens 40 v.H. der Investitionssparsumme (§ 2) beträgt, sofern bis dahin seit dem Datum des Annahmepriefes (§ 3 Abs.2) mindestens 18 Kalendermonate verflossen sind. Bei der Festsetzung der Zuteilungsreihenfolge (§ 11) werden nur Zuteilungsanwärter berücksichtigt.

§ 11 Zuteilungsreihenfolge

(1) Die Zuteilungsreihenfolge ist jeweils für ein Halbjahr, und zwar für die Zuteilungen im ersten Kalenderhalbjahr

nach den Bewertungsziffern der Verträge am 30. September des Vorjahres, für die im zweiten Kalenderhalbjahr nach den Bewertungsziffern am 31. März des laufenden Jahres (Zuteilungsstichtage) aufzustellen.

(2) Die Bewertungsziffer ist die Summe sämtlicher an den Zuteilungsstichtagen (Abs.1) ausgewiesenen Sparguthaben, geteilt durch $\frac{1}{60}$ der Investitionssparsumme. Die höchste Bewertungsziffer hat den Vorrang.

§ 12 Zuteilung

(1) Die Spar- und Tilgungszahlungen der Investitionssparer, der Erlös aus Darlehensabtretungen, sowie etwaige von der Investitionssparkasse zur beschleunigten Zuteilung aufgenommene Kredite fliessen in geschäftsplanmässigem Umfang in den Zuteilungsstock. Die Mittel werden laufend in der nach dem § 11 aufgestellten Reihenfolge vergeben. Die Einzelheiten des Verfahrens regelt der Geschäftsplan.

(2) Die Zuteilung wird dem Investitionssparer unverzüglich schriftlich mitgeteilt mit der Aufforderung, binnen 4 Wochen zu erklären, ob er die Zuteilung annimmt oder nicht.

(3) Erklärt der Investitionssparer, dass er die Zuteilung annimmt, so wird ihm die Investitionssparsumme gemäss § 13 bereitgestellt.

(4) Nimmt der Investitionssparer die Zuteilung nicht an oder gibt er die gewünschte Erklärung nicht fristgemäss ab, so wird der Vertrag fortgesetzt, sofern nicht der Investitionssparer binnen weiterer 2 Wochen unter Verzicht auf das Darlehen die Auszahlung des Sparguthabens verlangt. Das gleiche gilt, wenn der Investitionssparer die Annahme der Zuteilung widerruft (vgl. auch § 13 Abs.4) bzw. die zur

Sicherstellung erforderliche Durchleitungsbereitschaft einer Bank nicht nachweisen kann; der Vertrag wird jedoch nur fortgesetzt, sofern die Auszahlung noch nicht begonnen hat.

(5) Falls der Investitionssparer seinen Vertrag fortsetzt, kann er während der nächsten 3 Jahre seine Rechte aus der früheren Zuteilung, wenn er dies 3 Monate vorher der Investitionssparkasse schriftlich mitgeteilt hat, wieder geltend machen. Machen gleichzeitig mehrere früher Zugeteilte ihre Rechte wieder geltend, so werden sie in der Reihenfolge ihrer früheren Zuteilung gemäss den vorhandenen Mitteln berücksichtigt. Nach Ablauf der dreijährigen Frist nimmt der Investitionssparer wieder in der ordentlichen Reihenfolge an den Zuteilungen teil.

§ 13 Bereitstellung der Investitionssparsumme

(1) Mit der Zuteilung stellt die Investitionssparkasse dem Investitionssparer das Sparguthaben zur Auszahlung bereit und gewährt ihm ein Darlehen in Höhe des das Sparguthaben übersteigenden Teiles der Investitionssparsumme.

(2) Voraussetzung für die Auszahlung des Investitionssparkassendarlehens ist die Vorlage einer Bereitschaftserklärung eines Bankinstituts zur Durchleitung des Investitionssparkassendarlehens unter ihrer Haftung.

(3) Das Darlehen darf nur kreditwürdigen Unternehmen gewährt werden. Liegt Kreditunwürdigkeit (z.B. Zahlungseinstellung, Überschuldung, Konkursöffnung) vor, so beschränkt sich der Anspruch des zugeteilten Investitionssparers auf die sofortige Auszahlung seines Sparguthabens.

(4) Die Investitionssparkasse hält dem Investitionssparer

die Investitionssparsumme (Sparguthaben und Darlehen) während zehn Kalendermonaten nach der Zuteilung zur Auszahlung bereit. Hat der Investitionssparer innerhalb dieser Frist die von der Investitionssparkasse verlangten Unterlagen und Sicherheiten nicht beigebracht oder das Investitionsvorhaben nicht begonnen, so gilt der Vertrag nach fruchtlosem Ablauf einer dem Investitionssparer von der Investitionssparkasse unter Hinweis auf die Rechtsfolgen gestellten Frist von acht Wochen als nicht zugeteilt, § 12 Abs. 4 Satz 2 findet Anwendung.

(5) Von dem auf die Zuteilung folgenden Monatsersten an wird das Sparguthaben nicht mehr verzinst. In den Fällen des § 12 Abs. 4 und des § 13 Abs. 4 werden vom nächsten Monatsersten an wieder die üblichen Zinsen auf das Sparguthaben vergütet.

III. Darlehensbedingungen

§ 14 Sicherstellung des Darlehens

(1) Die Darlehensforderung der Investitionssparkasse ist durch Übernahme der Primärhaftung seitens eines Bankinstituts sicherzustellen. Dieses Bankinstitut ist dazu verpflichtet, das Darlehen bei Weitergabe an den Investitionssparer in banküblicher Weise grundbuchlich abzusichern. Die Investitionssparkasse lässt sich die Rechte aus den bestellten Sicherheiten nach den für deckungsstockfähige Anlagen geltenden Bestimmungen abtreten. Zur Sicherstellung kann auch ein nicht zum Betriebsvermögen gehörendes Betriebsgrundstück herangezogen werden, sofern der Eigentümer desselben die persönliche Verbindlichkeit aus dem Darlehen und den Nebenverpflichtungen übernimmt. Inwieweit Rechte in Abt. II des Grundbuchs der Grundschuld vorgehen dürfen, entscheidet im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen

die Investitionssparkasse im Benehmen mit der primärhaftenden Bank.

(2) Durch Eintragung einer Vormerkung im Grundbuch ist zu sichern, dass die etwa der Grundschuld im Range vorgehenden oder gleichstehenden Belastungen gelöscht werden, wenn und soweit sie sich mit dem Eigentum in einer Person vereinigen.

(3) Das auf dem Grundstück befindliche Gebäude ist vor Darlehensauszahlung gegen Feuergefahr zu versichern. Der Investitionssparkasse ist über die durchleitende Bank ein Nachweis darüber, ausserdem - falls erforderlich - ein Hypothekensicherungsschein zu erbringen.

(4) Der Schuldner hat sich der sofortigen Zwangsvollstreckung gemäss § 794 ZPO zu unterwerfen. Der zu bildende Grundschuldbrief ist der primärhaftenden Bank als darlehensverwaltendem Institut unmittelbar vom Grundbuchamt auszuhändigen.

§ 15 Lebensversicherungsschutz

(1) Sofern von der durchleitenden Bank für erforderlich gehalten, nimmt die Investitionssparkasse auf das Leben des zugewiesenen Investitionssparers, falls dieser bei Zuteilung nicht älter als 60 Jahre ist, eine Risikolebensversicherung nach Massgabe eines mit einer Versicherungsgesellschaft abgeschlossenen Sammelversicherungsvertrages.

(2) Die Versicherungssumme ist in der Regel gleich dem Teil der Investitionssparsumme, den der Investitionssparer noch nicht durch Leistung von Spar- und Tilgungszahlungen aufgebracht hat.

(3) Versicherungsnehmer ist die primärhaftende Bank, die ihre Ansprüche an die Investitionssparkasse abtritt, versichert ist der Investitionssparer.

(4) Die Versicherungsprämie wird dem Investitionssparer gesondert zu den Zinsterminen in Rechnung gestellt.

(5) Nach Eintritt des Versicherungsfalles wird der Betrag, den die Investitionssparkasse als Versicherungsleistung empfängt, dem Konto des Investitionssparers gutgeschrieben.

§ 16 Absicherungsgrundsätze

(1) Das Darlehen der Investitionssparkasse darf 50 % des nach vorsichtigen Grundsätzen von der durchleitenden Bank zu ermittelnden Verkaufswertes des zur Sicherstellung zur Verfügung stehenden Objektes zuzüglich 30 % des Zeitwertes des als Zubehör mithaftenden Maschinenparks nicht übersteigen. Näheres bestimmt der Geschäftsplan.

(2) Die Sicherstellung des Investitionssparkassendarlehens muss vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparkassenwesen als ausreichend zur Deckungsstockfähigkeit anerkannt werden.

§ 17 Auszahlung des Darlehens

Der Investitionssparer kann die Auszahlung des Darlehens erst nach vertragsgemässer grundbuchlicher Sicherstellung verlangen, insbesondere erst dann, wenn die Investitionssparkasse im Besitz der Haftungserklärung der primärhaftenden Bank und des Nachweises, dass die Sicherheiten ordnungsgemäss bestellt sind, ist. Bei Neuinvestitionen ist der Investitionssparkasse die Gesamtfinanzierung des

Vorhabens sowie seine Durchführung nachzuweisen. Die Investitionssparkasse kann im Einvernehmen mit der primärhaftenden Bank die Auszahlung in Teilbeträgen nach Massgabe des Fortschrittes des Investitionsvorhabens bewilligen.

§ 18 Darlehensauszahlungsgebühr

Die Investitionssparkasse berechnet für die Bearbeitung des Darlehens eine Gebühr von 2 % von dem als Darlehen zur Verfügung gestellten Betrag. Diese Bearbeitungsgebühr ist am Ende des ersten tilgungsfreien Jahres zusammen mit der Zinszahlung zu entrichten. Die Hälfte dieser Gebühr wird von der durchleitenden Bank einbehalten.

§ 19 Verzinsung und Tilgung

(1) Das Darlehen ist vom Enddarlehensnehmer vom Tage der jeweiligen Auszahlung an mit 6 %, von der durchleitenden Bank mit 4 $\frac{1}{2}$ % zu verzinsen. Die Zinsen werden jeweils aus der Höhe der bestehenden Restschuld berechnet und vierteljährlich postnumerando entrichtet.

(2) Gerät der Darlehensnehmer mit seinen Zahlungsverpflichtungen in Verzug, so erhöht sich der Zins für die Verzugszeit um jährlich 1 v.H. der Restschuld, im Falle des Verzuges mit einem Teil der Tilgungsrate (Tilgungsbeitrag zuzüglich Versicherungszuschlag) wird der Verzugszins von dem entsprechenden Teil der Restschuld berechnet.

(3) Die Tilgung beginnt an dem im Darlehensvertrag festzusetzenden Zeitpunkt, in der Regel 2 Jahre nach Zuteilung des Darlehens. Sie wird in 32 möglichst gleichen vierteljährlichen Raten (Tilgungsdauer daher 8 Jahre) entrichtet. Sollte sich hiernach eine Spar- und Tilgungszeit von mehr

als 18 Jahren ergeben, so wird der vierteljährliche Tilgungsbetrag entsprechend höher festgesetzt. Gegebenenfalls ist ein Versicherungszuschlag zusätzlich zu leisten. Dieser richtet sich nach dem Alter des Inhabers des Unternehmens bei Versicherungsbeginn, das sich als Unterschied der Jahreszahlen des Versicherungsbeginns und des Geburtsjahres ergibt und beträgt bei einem Alter

bis einschliesslich 47 Jahre 0,3 v.T.der Inv.Sparsumme,
von 48 bis 52 Jahren 0,5 v.T.der Inv.Sparsumme,
von 53 bis 56 Jahren 0,7 v.T.der Inv.Sparsumme,
und von 57 bis 60 Jahren 0,8 v.T.der Inv.Sparsumme.

(4) Sondertilgungen sind jederzeit zulässig. Zahlt der Schuldner mindestens den zehnten Teil der Anfangsschuld, mindestens aber 300.- DM als Sondertilgung zurück, so kann er mit Beginn des auf die Rückzahlung folgenden Kalendervierteljahres eine Herabsetzung der Leistungen dahingehend verlangen, dass für das Restdarlehen die ursprüngliche Tilgungszeit bestehen bleibt. Bei wesentlichen Sondertilgungen erfolgt die Errechnung der Darlehenszinsen nach besonderen Bestimmungen des Geschäftsplanes.

(5) Die geleisteten Zahlungen werden zur Deckung der Darlehensauszahlungsgebühr (§ 18), der fälligen Versicherungsentgelte (§ 15), Kosten (§ 22) und Zinsen in dieser Reihenfolge verwendet, der Restbetrag ist Tilgung.

§ 20 Fälligkeit des Darlehens

(1) Solange der Darlehensnehmer seine Verpflichtungen pünktlich erfüllt, kann die Investitionssparkasse das Darlehen nicht kündigen, die ausserordentliche Kündigungsbefugnis der Investitionssparkasse ist in der von der Aufsichtsbehörde genehmigten Schuldurkunde geregelt.

(2) Die allgemeinen Kreditbedingungen des primärhaftenden Bankinstituts gelten auch für das Darlehen der Investitionssparkasse, soweit nicht hier enthaltene Bestimmungen ihnen zuwider laufen.

IV. Allgemeines

§ 21 Erklärungen

(1) Eine Willens- oder Wissenserklärung, welche die Investitionssparkasse über die primärhaftende Bank durch eingeschriebenen Brief an den Investitionssparer unter seiner letzten ihr bekannten Anschrift abgesandt hat, gilt als in dem Zeitpunkt zugegangen, in welchem der Investitionssparer von dem Inhalt der Erklärung hätte Kenntnis nehmen können, wenn er sich am Orte der Anschrift befunden hätte. Erklärungen an Ehegatten gelten als vollzogen, wenn sie gegenüber dem Ehemann abgegeben sind.

(2) Eine Willens- oder Wissenserklärung des Investitionssparers wird wirksam, wenn und sobald sie der Investitionssparkasse an ihrem Sitz schriftlich zugegangen ist. Sind Ehegatten Investitionssparer, so werden Willens- und Wissenserklärungen durch den Ehemann abgegeben.

§ 22 Kosten und Gebühren

Die für den Vertrag bzw. die Schuldurkunde erhobenen öffentlichen Abgaben sowie alle mit dem Beleihungsgeschäft und seiner Abwicklung verbundenen Kosten, insbesondere die Notariats- und Gerichtskosten, ferner die Kosten der Schätzung und der etwaigen Bauüberwachung sowie Porti und sonstige Auslagen der Investitionssparkasse, insbesondere Spesen für besondere Bemühungen, wie Zweitausfertigungen usw., gehen in geschäftsplanmässig festgesetzter Höhe zu

Lasten des Investitionssparers. Für die von der Investitionssparkasse laufend herausgebrachten Mitteilungen betreffend Änderung der Investitionssparbedingungen (s. § 25) Zuteilungen, Bewertungsziffern, Baugestaltung und dergleichen wird das Konto des Investitionssparers mit einem Unkostenbeitrag von 3.-- DM jährlich im voraus belastet.

§ 23 Kontoauszug

Die Investitionssparkasse übersendet dem Investitionssparer in den ersten zwei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres einen Kontoauszug in zweifacher Fertigung mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass dieser als anerkannt gilt, wenn der Investitionssparer nicht innerhalb eines Monats nach Empfang schriftlich Widerspruch erhebt.

§ 24 Abtretung und Verpfändung, Vertragsübertragung

Der Anspruch des Investitionssparers auf Darlehensgewährung kann nur mit Zustimmung der Investitionssparkasse abgetreten oder verpfändet werden; desgleichen bedarf die Übertragung des Investitionssparvertrages der Zustimmung der Investitionssparkasse.

Im übrigen kann der Investitionssparer die Rechte aus dem Investitionssparvertrag ohne Zustimmung der Investitionssparkasse abtreten und verpfänden.

§ 25 Bedingungsänderungen

Die Investitionssparbedingungen, insbesondere die Bestimmungen der §§ 5, 9, 11, 18 und 19, sowie der den Investitionssparbedingungen zugrunde liegende Geschäfts-

plan können mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde geändert werden, und zwar auch mit Wirkung für bereits bestehende Verträge. Die Bestimmungen der §§ 9 und 13 können mit Wirkung für bereits bestehende Verträge nur zugunsten des Investitionssparers geändert werden, es sei denn, dass die Aufsichtsbehörde eine Anordnung gemäss § 81 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes trifft.

§ 26 Erfüllungsort und Gerichtsstand

(1) Erfüllungsort für die Leistungen des Investitionssparers ist sein jeweiliger Firmensitz, für die Leistungen der Investitionssparkasse deren jeweiliger Sitz.

(2) Für Klagen aus dem Vertrage ist das Gericht des Erfüllungsortes zuständig. Auch im übrigen bleiben die gesetzlichen Vorschriften über den Gerichtsstand unberührt.

Anlage X

=====

Beispiele für die Entwicklung der Bewertungsziffer im für die Investitionssparkasse vorgeschlagenen Zuteilungssystem.

Guthaben	Bewertungsziffer
Proz.	Zuwachs 6/10 insges.

Beispiel A:

=====

Investitionssparsumme 17 000 DM

Vertragsbeginn: 1.8.52

Einzahlungen bis zum

Stichtag 30.9.1952	3 400 DM	20	12	12
--------------------	----------	----	----	----

neue Einzahlungen	<u>510 DM</u>			
-------------------	---------------	--	--	--

Guthaben am Stichtag

31.3.1953	3 910 DM	23	14	26
-----------	----------	----	----	----

neue Einzahlungen	<u>850 DM</u>			
-------------------	---------------	--	--	--

Guthaben am Stichtag

30.9.1953	4.760 DM	28	17	43
-----------	----------	----	----	----

Beispiel B:

=====

Investitionssparsumme 17 000 DM

Vertragsbeginn: 1.8.1952

Einzahlungen	<u>340 DM</u>			
--------------	---------------	--	--	--

Guthaben am Stichtag

30.9.1952	340 DM	2	1	1
-----------	--------	---	---	---

weitere Einzahlungen	<u>510 DM</u>			
----------------------	---------------	--	--	--

Guthaben am Stichtag

31.3.1953	850 DM	5	3	4
-----------	--------	---	---	---

neue Einzahlungen	<u>3 910 DM</u>			
-------------------	-----------------	--	--	--

Guthaben am Stichtag

30.9.1953	4 760 DM	28	17	21
-----------	----------	----	----	----

Investitionssparer A hat zum Stichtag 30. September die Bewertungsziffer 43, der Investitionssparer B dagegen trotz gleich hohem Guthaben nur die Bewertungsziffer 21. Investitionssparer A ist also infolge seiner früher geleisteten Zahlungen dem Investitionssparer B um 22 Punkte voraus.

Nimmt man an, daß künftig beide Inv.-Sparer weitere Sparleistungen in gleicher Höhe machen, so hat der Inv.-Sparer B vom Stichtag 30.9.1953 ab den gleichen Bewertungsziffernzuwachs wie Investitionssparer A.

Beispiele entnommen aus einer Werbeschrift der Bausparkasse "Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth".

Anlage XI

=====

Steuerersparnis bei niederen Einkommen mit Sparleistungen von TDM 1 - 5

Ursprüngl. Gewinn		Sparleistung		Gewinn nach Abzug d. Wertberichtigung		Steuerersparnis	
Steuer hieraus				Steuer hieraus		in % der Sparsumme	
DM	DM	TDM	TDM	DM	DM		
1	2	3	4	5	6	7	
5	106	1	4	-	106	11	%
6	253	1	5	106	147	15	%
6	253	2	4	-	253	13	%
7	426	1	6	253	173	17	%
7	426	2	5	106	320	16	%
7	426	3	4	-	426	14	%
8	620	1	7	426	194	19	%
8	620	2	6	253	367	18	%
8	620	3	5	106	514	17	%
8	620	4	4	-	620	15	%
9	831	1	8	620	211	21	%
9	831	2	7	426	405	20	%
9	831	3	6	253	578	19	%
9	831	4	5	106	725	18	%
9	831	5	4	-	831	16	%
10	1.056	1	9	831	225	22	%
10	1.056	2	8	620	436	21	%
10	1.056	3	7	426	630	20	%
10	1.056	4	6	253	803	20	%
10	1.056	5	5	106	950	19	%

Steuerersparnis bei mittleren Einkommen mit Sparleistungen
von TDM 2 - 11

ursprüngl. Gewinn		Sparleistung	Gewinn nach Abzug d. Wertberichtigung		Steuerersparnis
Steuer hieraus			Steuer hieraus		in %
TDM	DM	TDM	TDM	DM	DM
1	2	3	4	5	6
12	1.543	2	10	1.056	487
12	1.543	5	7	426	1.117
12	1.543	7	6	253	1.290
15	2.340	2	13	1.795	545
15	2.340	5	10	1.056	1.284
15	2.340	7	9	831	1.509
15	2.340	9	8	620	1.720
20	3.843	2	18	3.220	623
20	3.843	5	15	2.340	1.503
20	3.843	7	14	2.063	1.780
20	3.843	9	13	1.795	2.048
20	3.843	11	12	1.543	2.300
25	5.512	2	23	4.826	686
25	5.512	5	20	3.843	1.669
25	5.512	7	19	3.528	1.984
25	5.512	9	18	3.220	2.292
25	5.512	11	17	2.919	2.593
30	7.327	2	28	6.584	743
30	7.327	5	25	5.512	1.815
30	7.327	7	24	5.166	2.161
30	7.327	9	23	4.826	2.501
30	7.327	11	22	4.492	2.835
35	9.273	2	33	8.479	794
35	9.273	5	30	7.327	1.946
35	9.273	7	29	6.953	2.320
35	9.273	9	28	6.584	2.689
35	9.273	11	27	6.221	3.052

Steuerersparnis bei hohen Einkommen mit Sparleistungen
von TDM 5 - 15

ursprüngl. Gewinn		Sparleistung	Gewinn nach Abzug d. Wertberichtigung		Steuerersparnis	
TDM	Steuer hieraus DM	TDM	TDM	Steuer hieraus DM	DM	in % Sparnis
1	2	3	4	5	6	
40	11.341	5	35	9.273	2.068	41
40	11.341	11	32	8.090	3.251	36
40	11.341	15	30	7.327	4.014	28
45	13.488	5	40	11.341	2.147	41
45	13.488	11	37	10.086	3.402	33
45	13.488	15	35	9.273	4.215	28
50	15.545	5	45	13.488	2.057	41
50	15.545	11	42	12.201	3.344	36
50	15.545	15	40	11.341	4.204	28
55	17.648	5	50	15.545	2.103	41
55	17.648	11	47	14.305	3.343	33
55	17.648	15	45	13.488	4.160	28
60	19.792	5	55	17.648	2.144	41
60	19.792	11	52	16.381	3.411	33
60	19.792	15	50	15.545	4.247	28
65	21.974	5	60	19.792	2.182	41
65	21.974	11	57	18.501	3.473	33
65	21.974	15	55	17.648	4.326	28
70	24.190	5	65	21.974	2.216	41
70	24.190	11	62	20.661	3.529	33
70	24.190	15	60	19.792	4.398	28
75	26.438	5	70	24.190	2.248	41
75	26.438	11	67	22.856	3.582	33
75	26.438	15	65	21.974	4.464	33
80	28.715	5	75	26.438	2.277	41
80	28.715	11	72	25.085	3.630	33
80	28.715	15	70	24.190	4.525	33
85	31.020	5	80	28.715	2.305	41
85	31.020	11	77	27.345	3.675	33
85	31.020	15	75	26.438	4.582	33
90	33.351	5	85	31.020	2.331	41
90	33.351	11	82	29.634	3.717	33
90	33.351	15	80	28.715	4.636	33

Anlage XIV

=====

Zweitschrift eines Kontoauszugs der Investitionssparkasse

=====

(Ausfüllung durch Inv.-Sparkasse) (Ausfüllung durch Inv.-Spare

Datum:	Buchg.	Betrag:	Kontostand:	Veränderung:	Wertberichtigun
Zch.:		DM	DM	DM	DM
1. 1.56			3.400.--		3.400.--
20. 4.56	E	200.--	3.600.--		
15. 5.56	E	300.--	3.900.--		
15. 8.56	E	400.--	4.300.--		
15.10.56	E	200.--	4.500.--		
15.12.56	E	800.--	5.300.--		
31.12.56	Z	113.--	5.413.--	+ 2.013.--	5.413.--

E = Einzahlung

Z = Zins-Gutschrift

+ = Bildung der Wertberich-
tigung im jeweiligen Jah

- = Auflösung der Wertberich-
tigung im jeweiligen Jah

Literaturverzeichnis

=====

Bücher:

- Baier, C.G., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart, 1951
- Beckmann, L., Die betriebswirtschaftliche Finanzierung, Stuttgart, 1956
- Bühler, O., Steuerrecht, Band I Allgemeines Steuerrecht, Wiesbaden, 1951
- Fischer, G., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Heidelberg, 1952
- Halm, G., Geld, Aussenhandel und Beschäftigung, München, 1954
- Horn, A., Betriebsgrösse und Kapitalbedarf, Frankfurt, 1957
- Kolbe, K., Der Finanzbedarf, Düsseldorf, 1956
- Krahn, A., Technik des Deutschen Bausparens, Ludwigsburg, 1955
- Meier-Gruner, Das Gesetz über die Beaufsichtigung der Bausparkassen, Berlin, 1931
- Obst-Hintner, Geld-, Bank- und Börsenwesen, Stuttgart, 1955
- Rössle, K., Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart, 1956
- Schneider, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie 2. Teil, Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, Tübingen, 1955
- Stackelberg, H., Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Tübingen, 1951
- Terhalle, F., Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin, 1948

Beiträge in Zeitschriften und sonstige Publikationen:

- Barocka, E., "Die Beleihung von gewerblich genutzten Grundstücken" in 'Der langfristige Kredit', München, 1956
- Berg, K., "Bilanzkunde und Bilanzkritik" in 'Handbuch des Kaufmanns', Hamburg, 1950

- Bräuer, K., "Der Fiskus ist nicht Selbstzweck"
in 'Der Volkswirt', Sondernummer:
Die deutsche Wirtschaft zur Jahreswende
1954/55, Frankfurt/M., 1954
- Biber, W., "Das Pfandbriefjahr 1955 und seine
Lehren"
in 'Der langfristige Kredit',
München, 1956
- Bickert, G., "Kapitalbildung - eine Lebensfrage
der mittelständischen Wirtschaft"
in 'Der langfristige Kredit',
München, 1956
- Bickert, G., "Die Vorfinanzierung industrieller
Investitionen in betrieblicher Sicht"
in 'Der langfristige Kredit',
München, 1956
- Fischer-Dieskau, J., "Aufstieg der Bausparkassen"
in 'Der Volkswirt', Sondernummer:
Sparen und Investieren,
Frankfurt/M., 1956
- Hellwig, F., "Gleiche Chancen für alle Betriebe!
Sorgen um die Kapitalbeschaffung der
Mittleren und Kleineren"
in 'Handelsblatt Nr.107',
Düsseldorf, 1957
- Herrmann, W., "Der langfristige Kredit in der ge-
werblichen Wirtschaft"
in 'Der langfristige Kredit',
München, 1955
- Hesse, K., "Die Gliederung des Jahresabschlusses"
in 'Das neuzeitliche Rechnungswesen',
Hamburg, 1952
- Hölzer, H., "Wandlung der Sparmotive"
in 'Der Volkswirt', Sondernummer:
Sparen und Investieren,
Frankfurt/M., 1956
- Muthesius, V., "Überwindung des 'Programmismus'"
in 'Zeitschrift für das gesamte Kredit-
wesen',
Frankfurt/M., 1956
- Richardi, H., "Ein Blick auf den Wertpapiermarkt/
Die Zinssenkung nimmt Gestalt an"
in 'Der langfristige Kredit',
München, 1957
- Tridon, M., "Der Unterschied zwischen kurzfristi-
gem und langfristigem Kreditgeschäft"
in 'Der langfristige Kredit',
München, 1955

Geschäfts- und Jahresberichte:

Bank Deutscher Länder,	Geschäftsbericht für das Jahr 1954, Frankfurt, 1955
Bank Deutscher Länder,	Geschäftsbericht für das Jahr 1956, Frankfurt, 1957
Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenroth,	Geschäftsbericht über das 31. Geschäftsjahr (1956), Ludwigsburg, 1957
Bayerische Vereinsbank,	Geschäftsbericht 1954, München, 1955
Bundesverband der Deutschen Industrie,	Jahresbericht 1956/1957, Köln, 1957
Deutsche Pfandbriefanstalt,	Jahresbericht 1956, Wiesbaden, 1957
Industriekreditbank AG.,	Geschäftsbericht über das sechste Geschäftsjahr (1954/55), Düsseldorf, 1955
Industriekreditbank AG.,	Geschäftsbericht über das siebente Geschäftsjahr (1955/56), Düsseldorf, 1956
Industriekreditbank AG.,	Geschäftsbericht über das achte Geschäftsjahr (1956/57), Düsseldorf, 1957

Die zitierten Gesetzesstellen wurden dem Bundesgesetzblatt Teil I entnommen.

Lebenslauf

=====

Geboren wurde ich am 6. Januar 1923.

Meine Eltern, Otto Mayer, Lehrer, und Josefine Mayer, geb. Hofer, wohnten damals in Raitenbuch bei Weissenburg in Bayern. Seit 28. November 1953 bin ich mit Ernestine, geb. Gruber, verheiratet und habe 1 Tochter.

Nach 5 Klassen Volksschule besuchte ich das humanistische Gymnasium in Würzburg und Eichstätt; Ostern 1942 bestand ich die Reifeprüfung. Anschliessend war ich 3 Jahre im Kriegsdienst und 3 Jahre in russischer Gefangenschaft.

Mit Beginn des Sommersemesters 1948 begann ich an der Hochschule in Eichstätt meine Studien; zunächst besuchte ich allgemeinbildende Vorlesungen.

Mit dem Wintersemester 1949/50 immatrikulierte ich mich an der Universität München in der staatswirtschaftlichen Fakultät. Am 29. Februar 1952 bestand ich die Diplom-Prüfung für Kaufleute.

Seitdem bin ich im langfristigen gewerblichen Kreditgeschäft tätig.

